

Impressum

Koordinierende Redakteure / Coordinating Editors

Peter Birke, Kristin Carls, Sarah Graber, Helmut Dietrich, Thomas Funk, Max Henninger, Norbert Meder, Hartmut Rübner, Anika Walke

Themenredakteure / Thematic Editors

Peter Birke

Globales 1968 / 1968 from a global perspective / 1968 dans le monde

Marc Buggeln

Geschichte Europas / European history / histoire de l'Europe

Dirk Hoerder

Globale Migrationsgeschichte / history of migration from a global perspective / histoire mondiale de l'immigration

Reinhart Kößler

Geschichte des Kolonialismus und Post-Kolonialismus / history of colonialism and postcolonialism / histoire du colonialisme et du post-colonialisme

Lothar Peter

Soziologiegeschichte und Methodenfragen der Sozialwissenschaften / history of sociology and methodological issues in the social sciences / histoire de la sociologie et méthodologie des sciences sociales

Peter Schöttler

Historiographieggeschichte und Methodenfragen der Geschichtswissenschaft / history of historiography and methodological issues in historiography / histoire de l'historiographie et méthodologie de la science historique

Kristina Schulz

Geschlechtergeschichte / gender history / histoire des genres

Yves Sintomer

Geschichte der Sozialbewegungen / history of social movements / histoire des mouvements sociaux

Lucien van der Walt

Globale Arbeitsgeschichte / global labor history / histoire mondiale du travail

Anschrift der Redaktion / Contact the Editors

pbirke@stiftung-sozialgeschichte.de

mhenninger@stiftung-sozialgeschichte.de

Sozial.Geschichte Online / Social History Online

Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts

Fritz-Gansberg-Str. 14

28213 Bremen, Germany

www.stiftung-sozialgeschichte.de

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico, Duisburg-Essen Publications Online

Universität Duisburg-Essen

<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de>

Satz / Typesetter

Norbert Meder, Köln

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

13 (2014)

Inhalt / Contents

Editorial	5
Forschung / Research	7
<i>Anne Lisa Carstensen</i> Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit in globalen Produktionsketten – informelle Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie in Puebla und São Paulo	7
<i>Anna Curcio / Commonware</i> Arbeitskämpfe in der italienischen Logistikbranche: Gedanken zur Klassenneuzusammensetzung und zur Neubestimmung des Streiks	41
Diskussion / Discussion	68
<i>Helmut Dietrich</i> Unliebsamer Aufstand? Zur Diskussion über Azawad und Arabellion	68
<i>Max Henninger</i> Rhetorik der Desillusionierung. Kritische Anmerkungen zu Jörg Baberowskis Gewaltbegriff	74
Zeitgeschehen / Current Events	80
<i>Peter Birke</i> Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren	80
Freie und unfreie Arbeit / Free and Unfree Labour	105
<i>European Labour History Network</i> Working Group on Free and Unfree Labour	105

Buchbesprechungen / Book Reviews	108
<i>Philipp Rauh / Karl-Heinz Leven</i> , Ernst Wilhelm Baader (1892–1962) und die Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus (Wolfgang Hien)	108
<i>Wolfgang Streek</i> , Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus (Peter Birke)	114
<i>John Randolph / Eugene M. Avrutin (Hg.)</i> , Russia in Motion: Cultures of Human Mobility since 1850 (Anika Walke)	120
<i>Christoph Jünke</i> , Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert; <i>Susanne Martin</i> , Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller (Gottfried Oy)	125
<i>Steven Hirsch / Lucien van der Walt</i> , Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940: The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution (Torsten Bewernitz)	131
Abstracts	139
Autorinnen und Autoren / Contributors	143

Editorial

In *Sozial.Geschichte Online* stehen auch in der vorliegenden dreizehnten Ausgabe historische und aktuelle soziale Kämpfe im Mittelpunkt. Im Forschungsteil vergleicht Anne Lisa Carstensen unterschiedliche Formen informeller Heimarbeit in den Bekleidungsindustrien Brasiliens und Mexikos. Damit schließt sie an ein Thema an, das in der aktuellen kritischen Arbeitsforschung zunehmend relevant geworden ist: Der Text verweist auf die verbundene Ungleichzeitigkeit der Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, deren Schrittmacher der globale Süden ist. Wichtig ist auch, dass der Artikel – eines der Resultate einer Tagung, die unsere Zeitschrift 2011 in Kooperation mit der Global Labour University in Kassel veranstaltet hat – die Frage nach den Perspektiven von ArbeiterInnenwiderstand und Arbeitskämpfen in den Mittelpunkt stellt. Diese Perspektive teilt Carstensens Beitrag mit dem von Anna Curcio, der die Kämpfe in der italienischen Logistikbranche während der letzten drei Jahre bilanziert. Curcio verbindet die Frage der Klassenneuzusammensetzung mit denen des Rassismus und der Migration. Der Text ist auf einer Tagung über die aktuellen globalen Streikbewegungen vorgestellt worden, die das Zentrum für ökonomische und soziologische Analysen der Universität Hamburg veranstaltet und über die Isabel Weber in der letzten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* berichtet hat.

Im Diskussionsteil dieser Ausgabe werden Fragen aufgegriffen, die in dieser Zeitschrift bereits seit längerer Zeit thematisiert werden. Max Henninger kritisiert den affirmativen Gehalt der Konzeption des „Gewalttraums“, die derzeit durch den Berliner Historiker Jörg Baberowski propagiert und totalitarismus-theoretisch verlängert wird. Helmut Dietrich antwortet auf die in der vorletzten Ausgabe von uns veröffentlichte Kritik der Bremer Gruppe NoLager an

seiner Analyse der sozialen Bewegungen und militärisch ausgetragenen Konflikte in Mali. Einen sehr aktuellen und doch auf die Geschichte der Stadtentwicklung und der Gentrifizierung seit den 1980er Jahren bezogenen Beitrag bietet – hier in der Sparte „Zeitgeschehen“ veröffentlicht – der Text von Peter Birke über die Geschichte und die gegenwärtigen Kämpfe um das Hamburger autonome soziale Zentrum Rote Flora. Im Rezensionsteil finden sich schließlich Beiträge zu Texten vom „langen roten Jahrhundert“ bis zur Eurokrise.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen. Und wir können mitteilen, dass sich die Redaktion der Zeitschrift aktuell in einem Neukonstituierungsprozess befindet, von dem wir erwarten, dass er das analytische Profil der Zeitschrift schärfen, unser historisches Wissen erweitern und die Nähe des Projekts zu Sozialprotesten und emanzipatorischen sozialen Bewegungen erhalten wird. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

Berlin, Hamburg, St. Louis / USA und anderswo, 16. April 2014

Anne Lisa Carstensen

Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit in globalen Produktionsketten – informelle Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie in Puebla und São Paulo

1. Einleitung

Beverly Silver wirft in der Einleitung ihres viel zitierten Buches *Forces of Labour* die Frage auf, ob Globalisierungstendenzen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen zu einem „Wettkampf nach unten“ geführt haben.¹ Diese Frage ist vielfach und anhand unterschiedlicher Fälle diskutiert worden. In diesem Artikel sollen Tendenzen der Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit in der Bekleidungsindustrie in Mexiko und Brasilien mit Blick auf die Fragen nach einer Neuzusammensetzung lokaler Arbeiterklassen sowie nach den Mechanismen der Herstellung „billiger“ Arbeitskraft diskutiert werden. Mit Spivak soll davon ausgegangen werden, dass es „natürlich nicht im Wesen menschlicher Arbeitskraft [liegt], ‚billig‘ oder ‚teuer‘ zu sein“.² Es wird sich zeigen, dass die Flexibilisierung der Produktion durch Auslagerung von Produktionsschritten an Dritte (Heimarbeit, Hinterhofwerkstätten) in der Bekleidungsbranche ein zentrales Prinzip der Flexibilisierung darstellt, unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten davon aber unterschiedlich betroffen sind, weswegen auch ihre Organisierungsmöglichkeiten

¹ Beverly Silver, *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin / Hamburg 2005, S. 20 ff.

² Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien 2008, S. 58.

sich unterscheiden. Um dies zu beleuchten, wird unter Rückgriff auf die Analyse globaler Produktionsnetzwerke die Einbettung von Arbeitsverhältnissen diskutiert. Die zentrale These lautet, dass es sich um eine doppelte Einbindung der Arbeit handelt, und zwar zum einen in globale Produktionsstrukturen und zum anderen in lokale (Über-)Lebenskontexte. Zudem wird in diesem Text die Frage nach den Perspektiven lokaler Arbeiterbewegungen gestellt.

Arbeitsbeziehungen und Arbeiterbewegungen können nicht ausschließlich als Resultat einer durch die Erfordernisse des globalisierten Kapitals determinierten Struktur der Warenproduktion erklärt werden. Stattdessen muss es darum gehen, die inhärent widersprüchlichen Mechanismen ihrer Produktion und Reproduktion auf unterschiedlichen sozialen und politischen Ebenen zu beschreiben. Aus diesem Grund bedarf es eines methodischen Zugangs, der es erlaubt, Wertschöpfungsprozesse historisch wie geographisch zu verorten. Hier stellt der *Global-Commodity-Chain*-Ansatz (GCC) den Ausgangspunkt der Überlegungen zur Analyse der Integration unterschiedlicher Arbeitsbeziehungen und Produktionsprozesse dar; er ermöglicht es, einzelne Akteure der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Waren in ihren Beziehungen zueinander und zum Weltmarkt zu sehen.³ Eine Produktionskette ist definiert als „sets of interorganizational networks clustered around one commodity or product, linking households, enterprises, and states to one another within the world-economy“.⁴

Mithilfe der Analyse von Produktionsketten kann die veränderte Integration von Industrien aus Schwellen- oder Drittweltländern in den Prozess ökonomischer Globalisierung (verstanden als funktionelle Integration räumlich verstreuter Aktivitäten) erklärt werden. Während bei Gereffi allerdings Unternehmen die zentralen Analyseeinheiten darstellen,⁵ wird in diesem Text argumentiert, dass erst

³ Jennifer Bair (Hg.), *Frontiers of Commodity Chain Research*, Stanford 2009.

⁴ Gary Gereffi / Miguel Korzeniewicz (Hg.), *Commodity Chains and Global Capitalism*, Westport 1994, S. 2, 58.

⁵ Die entwicklungspolitische Position Gereffis liegt dann in der modernisierungstheoretischen Annahme, dass in den Regionen, wohin die arbeitsintensiven

eine Analyse von Arbeit und Arbeitsbeziehungen ein Verständnis der historischen Entwicklung von Produktionsbeziehungen ermöglicht.

Um dies zu leisten, muss danach gefragt werden, in welchen sozialen Kontexten und unter welchen gesellschaftlichen Prämissen Arbeit stattfindet. Der Blick wird also einerseits auf die staatliche und soziale Regulierung der Rahmenbedingungen von Arbeit, andererseits auf die Anforderungen gelenkt, die im Rahmen der Produktionsketten an die Arbeitenden gestellt werden. Die im englischen Sprachraum geführte Diskussion um die Analyse globaler Produktionsnetzwerke ist dabei hilfreich.⁶ Beginnend mit einer Kritik an der Linearität und Vertikalität des Produktionskettenbegriffs haben diese Autoren einen Netzwerkbegriff eingeführt, um Querverbindungen unterschiedlicher Knotenpunkte von Produktionsnetzwerken operationalisieren zu können. Jeder dieser Knotenpunkte ist wiederum „embedded in much wider sets of non-linear/horizontal relationships“.⁷ Denn obwohl Produktionsnetzwerke in ihrer Reichweite und ihren Bezügen global sind, so ist doch jede produktive Tätigkeit „grounded“ in „specific locations [...] [and] concrete socio-political, institutional and cultural ‘places’ within which they are embedded, produced and reproduced“.⁸

Produktionsschritte ausgelagert werden, organisationsbezogene Entwicklungsprozesse eine Aufwertung (*industrial upgrading*) der produzierenden Industrie bedingen können. Vgl. Gary Gereffi, *Las cadenas productivas como marco analítico para la globalización*, *Problemas del Desarrollo*, 32 (2001), 125, S. 9–35, hier S. 28.

⁶ Vgl. Jeffrey Henderson et al., *Global Production Networks and the Analysis of Economic Development*, *Review of International Political Economy*, 9(2002), 3, S. 436–464; Peter Dicken et al., *Chains and Networks, Territories and Scales: Towards a Relational Framework for Analysing the Global Economy*, *Global Networks*, 1(2001), 2, S. 89–112; Martin Hess, *‘Spatial’ Relationships? Towards a Reconceptualization of Embeddedness*, *Progress in Human Geography*, 28(2004), 2, S. 165–186.

⁷ Neil M. Coe et al., *‘Globalizing’ Regional Development: A Global Production Networks Perspective*, *Transactions of the Institute of British Geographers*, 29 (2004), 4, S. 275.

⁸ Ebd., S. 279.

Daraus ergibt sich die Frage, wie die Analyse dieser unterschiedlichen Einbettungen in wirtschaftliche und soziale Strukturen für die Analyse von Arbeiterbewegungen und ihren Perspektiven nutzbar gemacht werden kann. Marcus Taylor setzt lokale und globale Machtverhältnisse als konstitutiv für eine marktgesteuerte globalisierte Weltwirtschaft, indem er den Blick auf die Frage nach den lokalen institutionellen Voraussetzungen von Produktionsnetzwerken lenkt. Institutionen (zum Beispiel Staat, Haushalt, Familie) sind hier zentral, da sie einerseits ökonomisches Handeln (zum Beispiel Arbeitsmarktpartizipation) überhaupt ermöglichen, dieses aber andererseits auch begrenzen und regulieren.⁹ Die Zusammensetzung lokaler Arbeiterklassen und die (heterogene) Zusammensetzung von Haushaltseinkommen sind, ebenso wie Geschlechterverhältnisse oder rassistische Ausgrenzungsmechanismen, Beispiele für solche konstituierenden und zugleich regulierenden Variablen, welche entsprechend am Anfang der Analyse stehen müssen.

Doch was trägt diese Analyse zu einem Verständnis der Handlungsmöglichkeiten von Arbeiterbewegungen bei? Beverly Silvers Analyse historischer und zeitgenössischer Bewegungen bietet einen analytischen Rahmen für diese Frage. Die Macht der Arbeitenden gegenüber dem Kapital kann sich ihr zufolge aus verschiedenen Quellen speisen: Zunächst trifft Silver unter Berufung auf Eric Olin Wright die Unterscheidung zwischen organisationaler und struktureller Macht. Während erstere Machtform auf kollektiven Zusammenschlüssen der Arbeiter_innen (Gewerkschaften) basiert, leitet sich strukturelle Macht aus der Position der Arbeitenden ab. Dabei kann zwischen Marktmacht und Produktionsmacht unterschieden werden. Erstere bezieht sich auf die aus unterschiedlichen Gründen vorherrschende Knappheit der fiktiven Ware Arbeit, die zweite bezieht sich auf die strategische Relevanz der Arbeitskraft in komplexen Produktionsnetzwerken, welche besonders im Rah-

⁹ Vgl. Marcus Taylor, *Power, Conflict and the Production of the Global Economy*, in: ders. (Hg.), *Global Economy Contested: Power and Conflict Across the International Division of Labour*, London 2008, S. 19.

men der Just-In-Time-Logik anfällig für Arbeitskämpfe sind.¹⁰ Silvers These lautet nun, dass die Einbeziehung neuer Arbeiterklassen im Rahmen von Expansionsstrategien des Kapitals zwar die Marktmacht der Arbeitenden schwächt, zugleich aber auch ihre Produktionsmacht und Organisationsmacht stärken kann. Der oben erwähnte „Wettlauf nach unten“ ist also keine automatische Folge von Globalisierungstendenzen. Denn gleichzeitig entstehen neue Arbeiterklassen, „die als eine unbeabsichtigte Folge der Entwicklung des historischen Kapitalismus fortlaufend gebildet und gestärkt werden – auch wenn alte Arbeiterklassen zersetzt werden“.¹¹ Dabei finden Arbeiterbewegungen auch außerhalb kollektiv organisierter oder gar institutionalisierter Formen ihren Ausdruck.¹² Mit Blick auf die Zusammensetzung sich im Wandel befindender Arbeiterklassen schreibt Marcel van der Linden:

We may thus conclude that the “authentic” working class is largely a fiction. The “classical” proletariat is surrounded by, and intermingled with, a variegated “semi-proletariat” of peddlers, sharecroppers, home workers, prostitutes, self-employed workers, beggars and scavengers. The boundaries between the different social segments are fluid, and this also finds expression in their forms of organization.¹³

Wenn diese Frage nach „unauthentischen“ Arbeiterklassen ernst genommen werden soll, ist es methodisch wichtig, den Blick auch über klassische Formen industrieller Organisation hinaus zu richten. Im Folgenden werden anhand von zwei Fallbeispielen Prozesse industrieller Flexibilisierung und ihre Konsequenzen für die Beschäftigten beschrieben. Durch den Vergleich der beiden Fälle sollen Gemeinsamkeiten der Produktionsanforderungen und Unterschiede in den sozialen Grundlagen industrieller Arbeit herausgearbeitet werden.

¹⁰ Vgl. Silver, *Forces of Labor* (wie Anm. 1), S. 30 f.

¹¹ Ebd., S. 38.

¹² Ebd., S. 228.

¹³ Marcel van der Linden, *Globalizing Labour Historiography: the IISH Approach*, Amsterdam 2002, S. 8.

Das mexikanische Fallbeispiel zeigt, wie informelle Heimarbeit in der poblanischen Textil- und Bekleidungsindustrie einerseits in globale Produktionsnetzwerke und andererseits in lokale soziale Strukturen und Beziehungen (wie Gemeinden, Familien, Geschlechterverhältnisse) eingebettet ist. Arbeiter_innen in unterschiedlichen Stadtteilen und Gemeinden konkurrieren miteinander um Aufträge, welche in Heimarbeit oder informelle Werkstätten ausgelagert werden. Diese Fallstudie stützt sich auf eine qualitative Untersuchung, durchgeführt im Jahr 2008, deren Kernmaterial aus zwanzig Interviews in zwölf Heimwerkstätten in unterschiedlichen Regionen des Bundesstaates Puebla besteht.¹⁴

Als zweiter Fall wird das erhöhte Aufkommen moderner Sklavenarbeit in der Bekleidungsindustrie São Paulos besprochen. In dieser Industrie arbeiten viele lateinamerikanische Migrant_innen. Über die Strukturen und Kosten der Migrationsprozesse entstehen komplexe Zwangs- und Abhängigkeitsmomente in den Arbeitsbeziehungen.¹⁵ Daher wird diese Situation von einem Diskurs um die Besonderheiten „moderner Sklavenarbeit“ und entsprechenden staatlichen Interventionen begleitet. Dieses Fallbeispiel basiert auf qualitativen Expert_inneninterviews, welche im Herbst 2012 und 2013 durchgeführt wurden. Da die Expert_inneninterviews für die Analyse von Arbeitsbeziehungen in globalen Produktionsnetzwerken kein hinreichendes Material darstellen, wird verstärkt Rückgriff auf die Forschungsliteratur genommen und betont, dass die Ausführungen einen vorläufigen Charakter haben.

¹⁴ Lisa Carstensen, *La maquila clandestina. Informelle Heimarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie in Puebla, Mexiko*, [http://archiv.labournet.de/internationales/mexiko/carstensen_kmpl.pdf]. Alle im Folgenden zitierten Interviewquellen wurden selbstverständlich anonymisiert.

¹⁵ Vgl. Carlos Freire da Silva, *Precisa-se: Bolivianos na indústria de confecções em São Paulo*, *Travessia*, 22 (2009), 63, S. 5–11; Siobhan McGrath, *Many Chains to Break: The Multi-Dimensional Concept of Slave Labour in Brazil*, *Antipode*, 45 (2013), 4, S. 1005–1028.

2. Informelle Arbeit im Rahmen industrieller Flexibilisierungsstrategien

An dieser Stelle soll zunächst ein kurzer Überblick über die industrielle Umstrukturierung der Bekleidungsindustrie in den jeweiligen Ländern gegeben werden, um darüber die Rolle der Auslagerung von Arbeit an informelle Betriebe als Flexibilisierungsstrategie in globalen Produktionsnetzwerken zu beleuchten. Von herausragender Bedeutung ist sowohl in Brasilien als auch in Mexiko die wirtschaftspolitische Umorientierung vom Modell der importsubstituierenden Industrialisierung zu internationalisierten und geöffneten Wirtschaften.¹⁶ Dieser Transformationsprozess hatte sowohl für lokale Arbeitsmärkte als auch für Arbeitsverhältnisse und die Organisation von Arbeit innerhalb der Betriebe wichtige Folgen. Die im Rahmen der importsubstituierenden Industrialisierung aufgebaute Industrie war in erster Linie eine kapital- und technologieintensive Industrie und aufgrund von staatlicher Protektion nur begrenzt dem Druck des Weltmarktes ausgesetzt.¹⁷ Nur ein geringer Teil der Bevölkerung war über Erwerbsarbeitsverhältnisse in die Arbeit in diesen Industrien integriert, und so wurde in Lateinamerika weder die Figur eines „Normalarbeitsverhältnisses“ noch eine Institutionalisierung der für den Fordismus typischen Beziehung zwischen Massenproduktion und lokaler Nachfrage verallgemeinert.¹⁸ Mit der Öffnung der Ökonomien entstand ein hoher Druck auf die Flexibilisierung der Arbeit bei einer gleichzeitigen Neuzusammensetzung

¹⁶ Vgl. Enrique de la Garza Toledo, *Modelos de producción en la maquila de exportación: La crisis del toyotismo precario*, México D. F. 2005.

¹⁷ Somit entsprachen die Produktionsketten dem von Gereffi herausgearbeiteten Idealtypus von *producer-driven commodity chains* (PDCC). Hierbei handelt es sich um Produktionsketten, in welchen große, oftmals transnationale Unternehmen eine zentrale Stellung einnehmen und Innovation in zentral gesteuerten Produktionsprozessen eine wichtige Rolle spielt. Vgl. Gary Gereffi, *Las cadenas productivas* (wie Anm. 5), S. 14.

¹⁸ Martha Novick, *La Transformación de la organización del trabajo*, in: Enrique Garza Toledo (Hg.), *Tratado latinoamericano de sociología del trabajo*, México 2000, S. 123–147, hier S. 129.

lokaler Arbeiterklassen. Sowohl in Mexiko als auch in Brasilien entstanden im Rahmen der in den 1980er Jahren beginnenden Krise der Textil- und Bekleidungsindustrie komplexe Netzwerke aus formellen und informellen Fabriken, Hinterhofwerkstätten und Heimarbeitsstätten.¹⁹ In solchen Produktionsnetzwerken basiert die Wertschöpfung auf netzwerkförmiger Organisation und strategischen Beziehungen,²⁰ auf Vertriebspolitik und der Entwicklung von Marken. Einzelne Fertigungsschritte können ohne großen Koordinationsaufwand ausgelagert werden, und die Suche nach billiger Arbeitskraft wird zentral.²¹ In den hier beschriebenen Bekleidungsindustrien in Mexiko und Brasilien ist die Auslagerung von Arbeit in informelle Betriebe eine Strategie, um mit den daraus resultierenden Flexibilisierungsanforderungen umzugehen.

Garza unterscheidet drei Formen der Flexibilisierung: eine durch die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen bedingte (externe) Flexibilisierung, eine mit Bezug auf den Einsatz der Arbeitskraft funktionale (interne) Flexibilisierung und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und Entlohnung (zum Beispiel leistungsbezogene Entlohnung). Flexibilisierung von Arbeit geht in den meisten Fällen, wenn auch nicht notwendigerweise, mit einer Prekarisierung von Arbeit hinsichtlich des Lohnes,²² der Arbeitszeiten und der Arbeitsbedin-

¹⁹ Vgl. Angela Maria Carneiro Araújo / Elaipe Regina Aguiar Amorim, *Redes de subcontratação e trabalho a domicílio na indústria de confecção: Um estudo na região de Campinas*, *Cadernos Pagu*, 17 / 18 (2001), S. 267–310; Célia Maria Pedrosa / Magda de Almeida Neves, *Gênero, Flexibilidade e precarização: O trabalho a domicílio na indústria de confecções, Sociedade e Estado*, 22 (2007), 1, S. 11–34; Huberto Juárez Núñez, *Allá ... donde viven los más pobres: Cadenas globales, regiones productoras, la industria maquiladora del vestido*, México D. F., 2004; Lourdes Beneria / Martha Roldán, *The Crossroads of Class & Gender: Industrial Homework, Subcontracting, and Household Dynamics in Mexico City*, Chicago 1987.

²⁰ Eine solche Organisation der Produktion wird von Gereffi als *buyer-driven commodity chain* (BDCC) beschrieben.

²¹ Gary Gereffi, *Las cadenas productivas* (wie Anm. 5), S. 15.

²² Der Begriff der Informalität ist für das Verständnis der Prekarisierungsdebatte in Lateinamerika zentral. Er beschrieb ursprünglich ein heterogenes Feld unterschiedlichster wirtschaftlicher Aktivitäten und Arbeitsbeziehungen an den Rändern

gungen sowie der Arbeitssicherheit einher.²³ Die in der Bekleidungsindustrie beobachtete Dezentralisierung und Informalisierung der Produktion durch die Auslagerung von Produktionsschritten in Heimarbeit und Hinterhofwerkstätten ist daher als Strategie (externer) Flexibilisierung zu verstehen. Eine solche Auslagerung von Arbeit beinhaltet automatisch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und Entlohnung, da diese über Stücklohnmodelle reguliert wird.

Heimarbeit und informelle Arbeit werden in der Forschungsliteratur vielfach auf ihre genderspezifischen und politischen Implikationen hin untersucht.²⁴ Die Arbeitsmarktintegration von Frauen ist oftmals prekär und an die Anforderungen der Vereinbarung von Reproduktionsarbeit und Erwerbsarbeit gebunden. So sind spezifische Modelle der Teilzeit- oder Heimarbeit gefragt, und diese häufig niedrigqualifizierten und durch eine patriarchale Kultur abgewerteten Tätigkeiten sind oft schlecht bezahlt. Heimarbeit stellt eine typische Form der Kombination von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit dar. Wenn von den besonderen Bedingungen der Arbeitsmarktintegration von Frauen die Rede ist, ist es aber auch wichtig zu betonen, dass mit Migration, Arbeit und dem Kampf um Rechte auch eine Reihe individueller und kollektiver emanzipatorischer Momente einhergehen können; außerdem ist in den betreffenden Regionen eine Veränderung der Rolle von Frauen im öffentlichen Raum zu beobachten.²⁵ Ein verhältnismäßig neues Forschungsfeld ist die Frage nach der Rolle von Migration in globalen Produkti-

kapitalistischer Metropolen. Im Rahmen exportorientierter Industrialisierungsstrategien rückte mit dem Aufkommen neuer Formen atypischer und prekärer Beschäftigung der Begriff der Informalisierung von Arbeitsbeziehungen ins Zentrum. Vgl. Juan Pérez Sáinz, *The new Faces of Informality in Central America*, *Journal of Latin American Studies*, 30 (1998), 1, S. 157–179; Garza Toledo, *Modelos de producción* (wie Anm. 16); Juárez Núñez, *Allá ... donde viven* (wie Anm. 19).

²³ Vgl. Garza Toledo, *Tratado* (wie Anm. 18), S. 162.

²⁴ Vgl. Araújo / Amorim, *Redes de subcontratação* (wie Anm. 19); Benéria / Roldán, *Crossroads* (wie Anm. 19); Isabel Georges / Carlos Freire da Silva, *A naturalização da precariedade: Trabalho informal, 'autônomo' e cooperativado entre costureiras em São Paulo (Brasil)*, *Revista Latinoamericana de Estudios de Trabajo*, 13 (2007), S. 79–95.

onsnetzwerken der Bekleidungsindustrie. Darauf wird im vierten Abschnitt eingegangen.

3. Mexiko

a) Die Textil- und Bekleidungsindustrie in Puebla

Die Textil- und Bekleidungsindustrie hatte schon seit den 1950er Jahren eine Sonderstellung in der mexikanischen Industriepolitik, da im Rahmen der Programme *Nación Más Favorecida* (NMF), *Sistema Generalizado de Preferencias* (SGP) und *Esquema de Maquiladoras* (EPZ) auf eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung hingewirkt wurde. Hierbei sind die besondere Beziehung zu den USA und die Maquila-Steuermodelle oder *producción compartida*, im Rahmen derer arbeitsintensive Produktionsschritte ausgelagert wurden, zentral.²⁶ Mit der Unterzeichnung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (TLCAN / NAFTA) im Jahr 1994 intensivierte sich die transnationale Integration der Textil- und Bekleidungsindustrie. Ab 1997 wurde Mexiko in diesem Industriezweig zum wichtigsten Handelspartner der USA, eine Entwick-

²⁵ Vgl. Maria Eugenia de la O Martínez, El trabajo de las mujeres en la industria maquiladora de México: Balance de cuatro décadas de estudios, AIBR – Revista de Antropología Iberoamericana, 1(2006), 3, S. 404–427, hier S. 416.

²⁶ Der Begriff *maquila* stammt aus dem Arabischen und bezeichnet ursprünglich den Anteil Mehl, den ein Müller oder eine Müllerin als Lohn für das Mahlen von Mehl erhält. Entsprechend wird der Begriff heutzutage für eine industrielle Dienstleistung verwendet, bei der nicht das fertige Produkt, sondern nur die entsprechende Dienstleistung entlohnt wird. Die als *maquila* bezeichneten bilateralen Steuerabkommen zwischen Mexiko und den USA erhielten diesen Namen, weil Steuern nicht auf das exportierte Produkt, sondern nur auf den durch einzelne Produktionsschritte (zum Beispiel Montage oder Näherei) hinzugefügten Wert erhoben wurden. Die transnationale Fragmentierung von Produktionsprozessen wurde dadurch begünstigt und ein spezifisches Modell industrieller Entwicklung bildete sich heraus. Vgl. José Alonso, Maquila domiciliaria y subcontratación en México en la era de la globalización neoliberal, México D. F. 2002, S. 127; Garza Toledo, Modelos de producción (wie Anm. 16), S. 18; Juárez Núñez, Allá ... donde viven (wie Anm. 19).

lung, die allerdings nur von kurzer Dauer war. Zwischen 2000 und 2005 ging nicht nur das Volumen der Exporte, sondern auch der Anteil der mexikanischen Industrie an den US-Märkten von 13,6 auf 8,3 Prozent zurück, während der Anteil chinesischer Exporte 26,1 Prozent betrug.²⁷ Vielfach wurde seit den 1990er Jahren in empirischen Studien darauf hingewiesen, dass das erwartete *industrial and social upgrading* ausblieb, während eine starke Flexibilisierung und Retaylorisierung der Arbeit in den Maquiladora-Fabriken sowie Probleme für gewerkschaftliche Interessensvertretung das Bild prägten.²⁸ Die beobachtete Zunahme der Auslagerung produktiver Tätigkeiten in informelle Heimarbeit stellt eine Bewältigungsstrategie der seit 2001 in die Krise geratenen exportorientierten Bekleidungsindustrie dar.²⁹

Die mexikanische Bekleidungsindustrie ist aber trotz dieser generellen Tendenzen sehr vielfältig, und es lassen sich unterschiedliche Akteure und Produktionsnetzwerke ausmachen, in welche die informelle Arbeit eingebettet ist.

Einen ersten Typus stellen am transnational organisierten Einzelhandel ausgerichtete Produktionsnetzwerke dar. Hier sind Kaufhausketten wie WalMart, SEARS (USA / Mexiko), Palacio de Hierro, Suburbia und Fábricas de Francia (Mexiko) die zentralen *lead firms*, an denen sich die nationalen Bekleidungsproduzenten orientieren. Bereits seit den 1980er Jahren wurde im Bundesstaat Mexiko die Auslagerung von arbeitsintensiven Produktionsschritten an

²⁷ Vgl. Gary Gereffi, *The New Offshoring of Jobs and Global Development*, Genf 2005, [<http://www.newunionism.net/library/internationalism/ILO%20-%20The%20New%20Offshoring%20of%20Jobs%20and%20Global%20Development%20-%202005.pdf>], S. 25.

²⁸ Vgl. z. B. Juárez Núñez, *Allá ... donde viven* (wie Anm. 19); Stefan Schmalz / Johannes Schulten / Frido Wenten, *Arbeiterbewegungen in der Globalisierten Welt: Eine kritische Würdigung des Ansatzes von Beverly Silver*, in: Hans-Günter Thien (Hg.), *Klassen im Postfordismus*, Münster 2010, S. 336–357.

²⁹ Vgl. Maria Eugenia de la Martínez, *Geografía del empleo femenino en las maquiladoras de México*, in: *Papeles de Población*, Universidad Autónoma del Estado de México, 2006, S. 91–126, hier S. 103.

informelle Heimarbeiter_innen beobachtet.³⁰ Hervorzuheben ist, dass im Rahmen dieser Produktionsnetzwerke vielfach von Fabriken berichtet wurde, in denen (abgesehen vom Zuschneiden der Stoffe und der Verpackung der Produkte) fast gar keine Produktion stattfindet. Dies ist anders in der Heimarbeit im Umfeld der Maquiladoras in Tehuacán. Die Stadt erlebte in den 1990er Jahren eine rasante Industrialisierungswelle, wobei fast ausschließlich Bluejeans für US-amerikanische Marken produziert wurden. Im Umfeld der Fabriken entstanden viele Heimwerkstätten, in welchen besonders einfache Zuarbeiten durchgeführt werden. Eine typische Tätigkeit, die in der Jeansproduktion in Heimarbeit durchgeführt wird, ist der *deshebrado*, das Entfernen von Nähmaschinenfäden. Die Heimarbeit ist hier das unterste Glied der Produktionspyramide, an deren Spitze Marken wie GAP, Levi's, Tommy Hilfiger, Calvin Klein, Guess und andere stehen.³¹ An letzter Stelle ist die selbstständige Produktion für den lokalen Markt (*tianguis*) zu nennen. Hier werden besonders Kleidung aus regionaler Produktion sowie asiatische Importe vertrieben. Für viele Werkstätten der Region sind die selbstständige Produktion und der Vertrieb der Produkte eine Alternative zur Arbeit in anderen Produktionsnetzwerken. Als Mikrounternehmen ohne (oder mit sehr geringem) Kapitalstock stellen sie die Spitze regionaler Produktionsketten dar und lagern wiederum Arbeit als *maquila* an andere aus. Da die Produktion für den *tianguis* einerseits starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt ist und andererseits die Produkte von geringer Qualität und niedrigem Preis sind, ist die Integration in diese Produktionsnetzwerke besonders prekär.

Bereits anhand dieser kurzen Darstellung ist erkennbar, dass diese unterschiedlichen Produktionsmodelle eine Vielfalt von Arbeits-

³⁰ Benería / Roldán, Crossroads (wie Anm. 19); Alonso, Maquila domiciliaria (wie Anm. 26).

³¹ Barrios, Martín Amaru / Rodrigo Santiago Hernández, Tehuacán: Del calzón de manta a los blue jeans. La nueva industria del vestido en México, los trabajadores y las comunidades indígenas, Tehuacán 2003; Juárez Núñez, Allá ... donde viven (wie Anm. 19).

und Lebensbedingungen und dementsprechend auch verschiedene Handlungsspielräume und Perspektiven beinhalten. Dennoch weisen sie auch viele Gemeinsamkeiten auf; auf diesen wird im Folgenden der Schwerpunkt liegen.

b) Die Arbeit in informellen Heimwerkstätten: Dumping als Organisationsprinzip

Heimarbeit umfasst laut mexikanischem Arbeitsgesetz jede Arbeit, welche an einem anderen Ort als den Räumlichkeiten des Arbeitgebers durchgeführt wird.³² Es wird ein im Vorfeld durch den Arbeitgeber spezifiziertes Produkt hergestellt oder eine Dienstleistung durchgeführt.³³ Dies bedeutet, dass der eigentliche Produktionsprozess außerhalb der Verantwortung des Arbeitgebers liegt, aber durch seine Vorgaben geprägt ist. Heimarbeit kann somit klar von Subsistenz-, Haushaltsarbeit oder der Produktion für den eigenständigen Vertrieb unterschieden werden. Es handelt sich um eine spezifische Form der Arbeitsteilung, welche auf der Dezentralisierung und Auslagerung der Produktion an rechtlich unabhängige Produzenten basiert.

Die Gründe für die Auslagerung von Arbeit sind in allen beobachteten Fällen in der Ersparnis von Kosten durch externe Flexibilisierung von Arbeitskraft zu suchen. Die Werkstätten und Haushalte sind dann über ihre Beziehungen zum Auftraggeber in globale Produktionsnetzwerke integriert. Vermittler dieser Integration sind Ansprechpartner in den jeweiligen Fabriken. Diese koordinieren die Vergabe in Heimarbeit und mit ihnen werden Preisniveau, Rhythmus von Auftrag und Abgabe sowie das Arbeitsvolumen verhandelt. In den meisten Fällen sind die Werkstätten selber für Transport und Sicherheit der Produkte zuständig. Solche Aufträge

³² Cámara de Diputados del H. Congreso de la Unión, Ley Federal de Trabajo, 1970, Art. 311, [<http://www.diputados.gob.mx/LeyesBiblio/>].

³³ ILO, "Home Work Convention," Convention No. 177, Genf, 7. April 1996, [http://www.ilo.org./dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::MP:12100:P12100_INSTRUMENT_ID:312322:NO].

werden wöchentlich neu und unter dem Vorzeichen extremer Konkurrenz unter den Werkstätten verhandelt, wobei der Lohn meist in Form eines Stücklohns festgesetzt wird. Die Kurzfristigkeit der Aufträge hat zur Folge, dass in den Werkstätten keine Planungssicherheit für die nächsten Wochen oder Monate besteht; alle befragten Arbeiter_innen waren sowohl mit Situationen von extrem hoher Arbeitsbelastung als auch mit wochenlangen „Durststrecken“ vertraut. Diese Unstetigkeit übt Druck auf die Organisation innerhalb der Werkstätten aus. Maria, die in Tehuacán eine kleine Hinterhofwerkstatt betreibt, in der mehr als sieben Frauen arbeiten, berichtet:

Aber die Frauen können nicht bleiben. Und deshalb haben wir diese Art von Problemen. Ich sage, sie [die Auftraggeber; L. C.] sollen anrufen und sagen, was sie wollen, und das ist ihnen scheißegal. Es ist ihnen egal, um wieviel Uhr wir fertig werden oder ob wir Überstunden machen müssen. Sie sagen dann: „Es ist uns egal, ob du das allein machst, ich will es zu dem Termin, den ich gesagt habe.“ [...] Und wenn wir die Arbeit nicht schaffen, dann schickt er uns am nächsten Tag keine mehr! Und dann jammere ich und sage den Frauen: „Wisst ihr, bleibt hier und helft mir! Warum? Weil es dringend ist!“ Sie sagen: „Nein, wir haben auch andere Sachen zu tun!“ Und sie wollen nicht. Das ist jetzt auch nicht jeden Tag, vielleicht einmal in der Woche oder so. Und dann gibt es Momente, wo ich sage: „Wenn wir das nicht fertig kriegen, dann werden wir nicht bezahlt!“ Und dann bringen sie uns keine Arbeit mehr. Das ist unser Problem.³⁴

Die beschriebene Situation zeigt, dass die Arbeiterinnen in den informellen Heimwerkstätten in ihrer Funktion und Struktur nicht mit einer Gruppe konventioneller Fabrikarbeiter_innen verglichen werden können und doch in ihrer Verhandlungsposition nicht anders gestellt sind. Sie tragen selbst die Verantwortung für die Organisation, Aus- und Weiterbildung der Arbeitskraft sowie für die Wartung und Erweiterung der Produktionsmittel. Sie sind Arbeiter und Arbeiterinnen im Besitz der Produktionsmittel, die ihre eigene

³⁴ Interview María Ramírez, Tehuacán, 17. Juni 2008.

Arbeitskraft selbst transformieren. Ihre Situation ist schizophoren: Einerseits sind sie für die Organisation und Kosten der Arbeit und Produktionsmittel verantwortlich, als wären sie ein eigenes Unternehmen. Andererseits stehen sie in einer Beziehung der Abhängigkeit und Unterwerfung zum Auftraggeber, als wenn es sich um die Belegschaft einer Fabrik handelte. Konflikte und Widersprüche, die eigentlich Konflikte mit dem Arbeitgeber sind, werden so in die Werkstätten, Haushalte und Subjekte hinein verlegt. Darüber entsteht eine besondere Form der Fragmentierung der Belegschaften; diese führt nicht zu dem kollektiven (politischen) Subjekt der klassischen Fabriken und erschwert es, dass man sich selbst als arbeitendes und somit Rechte genießendes Subjekt wahrnimmt.

Es ist zu beobachten, dass besonders infolge der Krise der Bekleidungsindustrie, und bei gleichzeitiger geographischer Ausweitung der Produktionsnetzwerke durch Integration immer abgelegenerer Gemeinden, ein Konkurrenzdruck unter den Arbeitenden entsteht, welcher eine Abwärtsspirale der Löhne und gleichzeitig die gefühlte Unmöglichkeit kollektiver Organisation mit sich bringt. Der zentrale Mechanismus zur Disziplinierung der Arbeitskraft ist dann die Konkurrenz unter den einzelnen Werkstätten. Sie antizipieren das mögliche "Dumping" durch andere Marktteilnehmer und versuchen andere von vornherein zu unterbieten. Einen Einblick in diese Situation bietet das folgende Zitat eines Besitzers einer kleinen Hinterhofwerkstatt:

Wir nehmen siebzig, und weniger. Warum? Damit es überhaupt Arbeit gibt. Einmal hatte ich Arbeit in anderen Maquiladoras, und ich habe viel dafür verlangt. Aber ich hatte nur anderthalb Monate Arbeit. Und dann... „Weißt du, wir haben andere Leute gefunden, die sind billiger.“ Und dann hatte ich keine Arbeit mehr.³⁵

Die Konkurrenz der unterschiedlichen Werkstätten untereinander lässt sich aber erst über ein Verständnis der sozialen Rahmenbedingungen der Produktion verstehen. Die unterschiedliche Lage

³⁵ Interview Oscar Álvarez, Tehuacán, 21. Juli 2008.

der jeweiligen Gemeinden und die unterschiedlichen Überlebensstrategien der Arbeitenden in ihren Haushaltskonstellationen bedingen völlig unterschiedliche Lohnforderungen. Der Bundesstaat Puebla ist eine soziostrukturell vielfältige Region, in der sowohl urbane als auch unterschiedliche ländliche (Über-)Lebenskontexte zu beobachten sind. Während im urbanen San Martín Texmelucan die Arbeit in der Bekleidungsindustrie für viele Haushalte die einzige Einnahmequelle darstellt, kombinieren Familien im ländlichen Kontext ihre Einkünfte mit denen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte sowie mit der Produktion für den Eigenbedarf. Die Ergänzung des Einkommens durch landwirtschaftliche Produktion stellt in vielen Fällen aber auch eine eher prekäre Überlebensstrategie dar. Die Stickerinnen Sarah Ochoa und Juana Romero berichten beispielsweise: „Wir haben ja schon erzählt, dass das Geld manchmal nicht reicht. Deswegen säen wir manchmal auch Mais aus und ernten ihn für die Zeiten, in denen wir nichts zu essen haben. Denn manchmal reicht es nicht einmal für ein Kilo Tomaten.“³⁶ Sie sind nicht vollkommen von der Maquila-Produktion abhängig und können so auch Zeiten ohne Aufträge irgendwie überbrücken. In den Begrifflichkeiten von Wallerstein handelt es sich um semi-proletarische Haushalte.³⁷

Mit der Verlagerung der Produktion in die Gemeinden und Haushalte wird auch eine Überlagerung betrieblicher und vermeintlich privater Strukturen beobachtet; Institutionen wie Familie und lokale nachbarschaftliche Netzwerke oder Gemeindestrukturen werden grundlegend für die Organisation industrieller Arbeit, zum Beispiel im Rahmen einer spezifischen Arbeitsteilung innerhalb der Haushalte. Die Produktion wird dann aufgrund ihrer Einbettung in solche Institutionen ermöglicht, verändert diese aber auch. Zwar wurde in allen besuchten Werkstätten auf eine räumliche und zeitliche Trennung von Familienleben und Erwerbsarbeit geachtet, beson-

³⁶ Interview Sarah Ochoa / Juana Romero, 14. August 2008.

³⁷ Vgl. Immanuel Wallerstein, *World-Systems Analysis: An Introduction*, Durham 2004, S. 35.

ders die Anwesenheit und Mitarbeit durch Kinder bedingt aber ein besonderes Verhältnis beider „Sphären“, das Familienleben wird entlang der Erfordernisse der Produktion gestaltet. Die Tatsache, dass allen besuchten Werkstätten Haushalte zugrundeliegen, verweist auf die Relevanz von Arbeit, die nicht im Rahmen eines expliziten Lohnarbeitsverhältnisses durchgeführt wird. Hierzu lässt sich feststellen, dass die durch die Haushaltsmitglieder geleistete Arbeit nicht gesondert entlohnt, sondern als Beitrag zum Haushaltseinkommen betrachtet wird. Davon zu unterscheiden ist die Arbeit von haushaltsexternen Personen, die in den Werkstätten informell beschäftigt werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um Personen, denen aus unterschiedlichen Gründen die Arbeit in einem regulären Arbeitsverhältnis in einer Fabrik nicht offen steht. Am häufigsten wurden weitere Verpflichtungen der arbeitenden Frauen (Haushaltsarbeit, Zweitjobs, persönliche Situation, insbesondere Kinderbetreuung) aber auch das Mindestalter von 16 Jahren genannt. Jüngere Arbeiter_innen und Mütter sind so besonders auf die Arbeit in informalisierten Hinterhofwerkstätten angewiesen. Die Arbeit in den eigenen Räumen und innerhalb familiärer Strukturen führt auch dazu, dass viele der oben angesprochenen, mit weiblicher Erwerbsbeteiligung einhergehenden Emanzipationsversprechen für die arbeitenden Mädchen und Frauen nicht eingelöst werden.

c) Perspektiven lokaler Arbeiterbewegungen

Sämtliche in den Interviews mit Beschäftigten thematisierten Widerstandsstrategien liegen außerhalb formeller gewerkschaftlicher Organisationen. Während die Heimarbeitenden von den Gewerkschaften eher nicht wahrgenommen werden, sehen diese die großen korporatistischen Gewerkschaftsdachverbände teilweise als feindliche und ihrer Arbeitswelt äußerliche Organisationen. Gerade der Konkurrenzdruck unter den Arbeitenden legt aber nahe, dass Absprachen und kollektive Organisierung über die fragmentierten Produktionsstandorte hinaus eine Möglichkeit wären, (informelle)

Mindeststandards und Entlohnungsmodelle durchzusetzen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass die Arbeitenden sich physisch begegnen, denn anders als bei der Fabrikarbeit kennen Heimarbeiter_innen sich nicht unbedingt untereinander. Diejenigen, die mit anderen Werkstätten interagieren, berichten zwar von einem Austausch über Preise und Produktionsbedingungen; dieser führt aber nicht immer zu einer Solidarisierung. Ein Beispiel für solche Absprachen bietet folgende Aussage:

Wenn man mir einen Preis bezahlt für ein Kleidungsstück, das ich mit einer anderen Person zusammen herstelle, und wenn der andere dann besser oder schlechter bezahlt wird, dann merkt man: Oh, ich liege also falsch. Oder der andere liegt falsch. „Weißt du was, mir bezahlt man X“, und dann versuchen wir die Sachen auszugleichen. Aber viele Leute interessieren sich nicht dafür. Viele Leute sagen: „Nein, was ich will ist Arbeit haben.“³⁸

Arbeitskonflikte innerhalb der Werkstätten sind dagegen komplexer, da die Überlagerung unterschiedlicher sozialer Strukturen eine klare Unterscheidung zwischen Arbeitgeber und Belegschaft erschwert und das Wissen um die Strukturen und Entscheidungsknotenpunkte in den ausdifferenzierten Produktionsnetzwerken fehlt. So ist die gesamte Werkstatt von den an sie ausgelagerten Risiken betroffen. Arbeitskonflikte innerhalb der Werkstatt erscheinen infolgedessen aussichtslos. Eine informell in einer Heimwerkstatt beschäftigte Arbeiterin sagt auf die Frage, ob sie und ihre Kolleginnen den Lohn verhandeln können: „Ja, wir reden darüber. Wir sagen ihm, wie viel er uns bezahlen sollte. Aber dann verstehen wir, dass auch er nicht viel Geld bekommt.“³⁹

Aufgrund der mangelnden Organisierungsmöglichkeiten ist also nicht in erster Linie die Organisationsmacht von Bedeutung. Genauso schwächt die oben beschriebene Fragmentierung die Produktionsmacht. Die Befragten selbst sehen ihre Zukunftsperspektive nicht in der Heimarbeit, sondern in alternativen Erwerbsstrate-

³⁸ Interview Braulio Vásquez, San Martín, 30. Juli 2008.

³⁹ Interview Amalia Flores, 30. Juni 2008.

gien, wobei besonders Migration, die (partielle) Rückkehr zur Landwirtschaft und das eigene Mikrounternehmertum Gegenstand der Zukunftspläne und -träume sind: Strategien also, die auf die strukturelle Marktmacht der Arbeitenden verweisen.⁴⁰ Zwar schwächt die geringe Qualifikation, bei gleichzeitiger hoher Nachfrage nach Arbeit in der Region, die Position der Arbeitenden auch in dieser Hinsicht. Dennoch ist es wichtig, dass die Situation der Heimarbeitenden nur im Zusammenspiel mit anderen Erwerbsformen zu verstehen ist, welche nicht nur als „Exit“-Optionen, sondern als arbeitsmarktstrukturierende und -ergänzende Variablen fungieren.

4. Brasilien

In Brasilien wurden gegen den Einzelhändler „ZARA“ im Sommer 2011 insgesamt 48 Strafanzeigen wegen sklavenähnlicher Arbeitsbedingungen in der Zulieferkette eingereicht. Zuvor wurden im Rahmen von Arbeitsinspektionen insgesamt über fünfzig Arbeiter und Arbeiterinnen aus solchen Arbeitsverhältnissen „befreit“.⁴¹ Die in diesem Zusammenhang bekannt gewordenen Informationen über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der brasilianischen Bekleidungsindustrie weisen darauf hin, dass es sich auch hier um eine Form der Prekarisierung und Informalisierung von Arbeit handelt, die wie im mexikanischen Fall im Rahmen der Restrukturierung marktförmig organisierter Produktionsnetzwerke verstanden werden muss. Im brasilianischen sozio-ökonomischen und politischen Kontext nehmen Prekarisierung und Informalisierung aber teilweise eine andere Form an. Denn während in Mexiko ein Wettbewerb unterschiedlicher Gemeinden und Haushalte den zentralen Mechanismus zur Disziplinierung der Arbeitskraft darstellt, sind im Fall der brasilianischen Bekleidungsindustrie Migrati-

⁴⁰ Vgl. Silver, *Forces of Labor* (wie Anm. 1), S. 31.

⁴¹ Reporter Brasil, *Roupas da Zara são fabricadas com mão de obra escrava*, 2011, [<http://reporterbrasil.org.br/2011/08/roupas-da-zara-sao-fabricadas-com-mao-de-obra-escrava/>].

onsbewegungen der Arbeiter_innen konstitutiv. Anders als in Puebla wird nicht die Arbeit in die Haushalte ausgelagert, sondern die Arbeitenden leben am Arbeitsplatz, ein Arrangement, welches spezifische Konstellationen und Konflikte ebenso wie Regulierungsversuche mit sich bringt. Diese Arbeitsverhältnisse koexistieren allerdings mit Heimarbeitsverhältnissen, welche der in Mexiko beobachteten Struktur ähneln.

a) Die brasilianische Bekleidungsindustrie und ihre Produktionsketten

Die brasilianische Textil- und Bekleidungsindustrie hat sich im Rahmen der neoliberalen Öffnungspolitik der 1980er und 1990er Jahre von einer im Rahmen der importsubstituierenden Industrialisierung protegierten zu einer international wettbewerbsfähigen Industrie entwickelt. Sie konzentriert sich im Südosten des Landes, insbesondere im Bundesstaat São Paulo,⁴² wobei es sich bei den Betrieben in erster Linie um kleine und mittelgroße Unternehmen handelt. Zwischen 1993 und 1995 war die Zahl der Konkurse in der Bekleidungsindustrie von São Paulo um 86,88 Prozent gestiegen.⁴³ Portos Pérez zufolge ist es der brasilianischen Textil- und Bekleidungsindustrie (anders als der mexikanischen) gelungen, die negativen Effekte der neoliberalen Öffnung durch eine nationale industriepolitische Entwicklungsstrategie abzufedern, sich lokal zu verankern und auf internationalen Märkten zu positionieren. Diese Umstrukturierung und Modernisierung führte ab 1995 zu einer Erholung der in die Krise geratenen Industrie und ging im arbeitsintensiven Segment der Bekleidungsproduktion nicht mit technologischen Innovationen,⁴⁴ sondern mit einer Neukonfiguration der Arbeitsbeziehungen einher. Studien zu den industriellen Strukturen weisen im Rahmen der „Modernisierung“ der Industrie auf

⁴² Vgl. Irma Portos, *La industria textil en México y Brasil: dos vías nacionales de desarrollo industrial*, México D.F., 2008, S. 83 ff.

⁴³ Araújo / Amorim, *Redes de subcontratação* (wie Anm. 19), S. 278.

⁴⁴ Portos, *La industria textil* (wie Anm. 42).

einen Trend zur massiven Informalisierung⁴⁵ und Dezentralisierung von Arbeit in dieser Branche hin.⁴⁶ In diesem Segment der Bekleidungsindustrie wurde in erster Linie prekäre informelle Heimarbeit beobachtet, welche vor allem von Frauen ausgeführt wurde.⁴⁷ Daneben gibt es seit einigen Jahren eine entstehende Produktionsstruktur, welche eng mit den Migrationsbewegungen aus anderen lateinamerikanischen Ländern verknüpft ist.⁴⁸ Neben einer Neuorganisation der Produktion ist also auch eine veränderte und durch innerlateinamerikanische Migrationsbewegungen geprägte Neuzusammensetzung der lokalen Arbeiterklasse beobachtbar. Diese Entwicklungen werden oft anhand von auf ethnischer Zugehörigkeit basierenden Produktions- und Migrationsnetzwerken beschrieben. Simone Buechler hat die Beziehungen zwischen der koreanischen und der bolivianischen Einwanderung herausgearbeitet. Erstere hat bereits seit den späten 1960er Jahren ein ausgedehntes Netzwerk von Bekleidungsproduktion und Vertrieb in den Stadtteilen Brás, Bom Retiro und Aclimação aufgebaut. Seit den 1980er Jahren ist die koreanische Einwanderungswelle durch die Migration von Bolivianern und Bolivianerinnen abgelöst worden, welche im Rahmen von informellen Rekrutierungs- und Migrationsnetzwerken aufs engste mit der von der koreanischen Community dominierten Bekleidungsindustrie verbunden waren.⁴⁹ Handelte es sich ursprüng-

⁴⁵ Hinsichtlich der quantitativen Bedeutung liegen keine Daten vor, aber Simone Buechler zitiert Schätzungen durch Gewerkschaftsfunktionäre, welche davon ausgehen, dass etwa die Hälfte der Bekleidungsproduktion in São Paulo in informellen Strukturen angesiedelt ist: Simone Buechler, *Sweating It in the Brazilian Garment Industry; Korean and Bolivian Immigrants and Global Economic Forces in São Paulo*, *Latin American Perspectives*, 31(2004), 3, S. 99–119, hier S. 102.

⁴⁶ Vgl. Pedrosa / Neves, *Gênero, Flexibilidade e precarização* (wie Anm. 19); Araújo / Amorim, *Redes de subcontratação* (wie Anm. 19).

⁴⁷ Auch der Trend, dass sich zumeist Frauen zu Nähkooperativen in der Metropole São Paulo zusammenschließen, wird in erster Linie als eine Form der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen verstanden. Vgl. Georges / Freire da Silva, *A naturalização* (wie Anm. 24), S. 79–95.

⁴⁸ Vgl. Buechler, *Sweating It* (wie Anm. 45); Freire da Silva, *Precisa-se* (wie Anm. 15); McGrath, *Many Chains to Break* (wie Anm. 15).

⁴⁹ Buechler, *Sweating It* (wie Anm. 45), S. 104–109.

lich vorwiegend um Produktionsketten, welche für lokale und informelle Märkte in den Stadtteilen Brás und Bom Retiro produzieren, deutet die aktuelle Debatte um die Nutzung der in diesem Umfeld gewachsenen Strukturen durch transnationale Einzelhandelsketten und Marken (zum Beispiel ZARA, C&A) auf eine relevante Einbindung dieser Produktionsstätten in globale Produktionsnetzwerke hin. Auf der anderen Seite sind die lokalen informellen Märkte im Zentrum der Metropole São Paulos, welche auch durch transnationale Einkäufer_innen besucht werden, weiterhin nachfragestark und international wettbewerbsfähig.

b) Migration als konstitutive Bedingung der Arbeit in informellen Hinterhofwerkstätten

Anhand der paulistanischen Bekleidungsindustrie kann anschaulich nachvollzogen werden, wie Migration und Arbeitsverhältnisse in einem konstitutiven Verhältnis zueinander stehen können. Die durch Dezentralisierung und Informalisierung von Arbeit induzierte räumliche und personelle Umverteilung der Arbeit fiel mit der Entwicklung von Migrationsnetzwerken zwischen Bolivien, Paraguay und São Paulo zusammen und hat diese mit gestaltet. Viele Arbeitsverhältnisse beginnen daher nicht vor Ort, sondern mit der Anwerbung der Arbeiter_innen in Bolivien.⁵⁰

Verschiedene Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 200.000 und 350.000 Menschen bolivianischer Staatsbürgerschaft in São Paulo leben, gerade einmal 50.000 davon verfügen über einen

⁵⁰ Carlos Freire da Silva, *Caminhos Cruzados: Migrantes bolivianos e o trabalho informal na indústria de confecções em São Paulo*, in: Robert Cabanes / Isabel Georges / Cibele Rizek / Vera Telles (Hg.), *Saídas de emergência: Ganhar/perder a vida na periferia de São Paulo*, São Paulo 2011, S. 75–93; Freire da Silva, *Precisa-se* (wie Anm. 15); Tanja Bastia / Siobhan McGrath, *Temporality, Migration and Unfree Labour: Migrant Garment Workers*, Manchester 2011, [<http://www.socialsciences.manchester.ac.uk/PEI/publications/wp/documents/BastiaamdMcGrathunfreepaper.pdf>]; Patricia Tavares de Freitas, *Bolivianos(as) por entre oficinas de costura na cidade de São Paulo: Novos aspectos da dinâmica migratória no século 21*, in: Rosana Baeninger (Hg.), *Migrações Internacionais*, Campinas 2013, S. 77–103.

gesicherten Aufenthaltsstatus.⁵¹ Es wird darüber hinaus davon ausgegangen, dass ein Großteil der erwerbsfähigen Menschen dieser Gruppe in der Bekleidungsindustrie beschäftigt ist.⁵²

Während in den hauptsächlich von brasilianischen Frauen geleiteten informellen Heimwerkstätten deren Arbeitsmarktlage und die Vereinbarkeit von Arbeit und anderen (Reproduktionsarbeits-) Verpflichtungen ausschlaggebend sind, wird die Situation der bolivianischen Arbeitsmigrant_innen in erster Linie durch Fragen der Anwerbung, der Aufenthaltsregulierung und der sozialen Isolation in einer fremden Stadt bestimmt. Die konstitutive Funktion dieser Arbeitsverhältnisse ist daher nicht nur in der geringen Marktmacht der bolivianischen Arbeitsmigrant_innen, sondern in den Strukturen solcher Migrationsnetzwerke zu suchen. Diese sind einerseits Netzwerke der sozialen (Arbeitsmarkt-)Einbindungen der migrierenden Arbeiterklassen, finden aber andererseits auch in Strategien der Selbstidentifikation und kollektiven Organisation in identitätsstiftenden und kulturellen Zusammenhängen wie den religiösen Marienfeierlichkeiten ihren Ausdruck.⁵³ Solche Netzwerke können sowohl einen emanzipatorischen als auch einen paternalistischen Charakter annehmen.

Die Anwerbestruckturen sind nicht nur für die Organisation der Migrationsprozesse, sondern auch für die Arbeitsverhältnisse zentral. Die hohen Kosten der Migration bieten in vielen Fällen einen Hebel für Zwangsmechanismen am Arbeitsplatz, denn über die Kosten der vermittelten Migration sowie eine Eingewöhnungs- und

⁵¹ In der jüngeren Migrationsgeschichte Brasiliens gab es mehrere wesentliche Amnestien für illegalisierte Migrant_innen (1980, 1988, 1998 sowie zwischen 2009 und 2011). 2002 wurde darüber hinaus ein Freizügigkeitsabkommen zwischen dem Mercosur und assoziierten Staaten abgeschlossen. Staatsbürger_innen der Länder des Mercosur sowie Chile und Bolivien können ihren Wohnort zwar prinzipiell frei wählen, die Formalisierung des Aufenthaltsstatus ist aber bürokratisch kompliziert und an eine Reihe von Nachweisen (zum Beispiel Arbeitsplatz, fester Wohnort) gebunden und stellt daher für viele Personen ein Problem dar.

⁵² Vgl. Freire da Silva, *Precisa-se* (wie Anm. 15).

⁵³ Vgl. Buechler, *Sweating It* (wie Anm. 45); Sidney Silva, *Costurando Sonhos: Trajetória de um Grupo de Imigrantes Bolivianos em São Paulo*, São Paulo 1997.

Anlernphase ist ein besonderes, und zunächst durch Verschuldung, Loyalität, Dankbarkeit geprägtes Verhältnis zwischen Arbeitenden und Arbeitgebern typisch.⁵⁴ In der Sichtweise paulistanischer Arbeitsinspektoren wird der Umgang mit den durch die Kosten des Migrationsprozesses entstandenen Schulden folgendermaßen beschrieben:

Die Verletzlichkeit des Arbeiters bedingt, dass er mit diesem Überkommen einverstanden ist. Manchmal weiß er es nicht, aber oft weiß er, dass ihm ein Teil des Lohnes abgezogen wird. Wir hören dann oft von den Arbeitern: „Aber das war die Übereinkunft, ich muss das Geld zahlen.“⁵⁵

Die Erzählung über die im Migrationsprozess akkumulierten Schulden taucht in der Literatur sowie in den Expert_inneninterviews immer wieder auf und deutet ebenfalls auf den Zusammenhang von Migrationsprozess und Arbeitsplatz hin. Die Beschreibung einer Gruppe von „verletzlichen“ Arbeitern ohne Alternativen, möglicherweise unaufgeklärt über die Gefahren der Migration, birgt wiederum die Gefahr einer Homogenisierung und Vulnerabilisierung. Durch die Betonung der „Verletzlichkeit“ werden die Arbeitenden problematisiert, nicht aber die globalen Produktionsketten.

Ein weiteres wichtiges Merkmal ist das Zusammenfallen von Wohn- und Arbeitsplatz unter oftmals mangelhaften hygienischen sowie schwierigen sozialen Bedingungen. Die Fremdheit in der neuen Stadt, mangelnde Sprachkenntnisse und Desorientierung erschweren das Knüpfen von Kontakten außerhalb des Arbeitsplatzes und verschärfen die Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Der Überausbeutung der Arbeitskraft sind somit wenig Grenzen gesetzt; lange Arbeitszeiten, keine Pausen, schlechte Ernährung und Stücklohn bestimmen den Arbeitsalltag in diesen Hinterhofwerkstätten. Siobhan McGrath und Tania Bastia nennen fünf typische Merkmale von Unfreiheit bei der Arbeit: abgeschlossene Türen am Arbeits-

⁵⁴ Vgl. Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012.

⁵⁵ Vgl. Interview Arbeitsinspektion, São Paulo, 5. Dezember 2013.

platz; das Einbehalten von Ausweisdokumenten durch den Arbeitgeber; die Verpflichtung, Schulden abzarbeiten; Drohungen bezüglich einer möglichen Abschiebung nach Bolivien; verspätete oder ausgesetzte Lohnzahlungen.⁵⁶ Sidney Silva zufolge sind rassistische Zuschreibungen und Ethnisierungen ein weiteres, die urbanen Arbeitsmärkte strukturierendes Moment. Bolivianische Arbeitsmigranten gelten einerseits als fleißig und arbeitssam, andererseits als rückschrittliche „Indios“; ihre Präsenz in der Stadt wird durch die Medien zudem mit Illegalität und Drogenhandel in Verbindung gebracht.⁵⁷ So stellen sie ein isoliertes und stigmatisiertes Segment einer lokalen Arbeiterklasse dar. Allianzen mit anderen (unter Umständen ebenfalls prekarierten) Belegschaften, insbesondere innerhalb der Bekleidungsindustrie, werden erschwert.

Die obigen Ausführungen zur Migrations- und Anwerbebelegschaft, zur Flexibilisierung der Arbeitskraft sowie zum häufigen Zusammenfallen von Arbeits- und Wohnort der Migrant_innen beschreiben Situationen, in denen die Arbeit extreme Formen annehmen kann. Es sollte dennoch deutlich geworden sein, dass es sich bei der Bekleidungsindustrie keinesfalls um einen unregulierten und chaotischen Sektor handelt. Viel eher wird eine Form der informellen Regulierung von Arbeit unter extremem Flexibilisierungs- und Kostendruck beschrieben. Im Folgenden sollen, zusammen mit der Frage nach der Handlungsfähigkeit lokaler sozialer Bewegungen, die brasilianische Diskussion um den Begriff der „modernen Sklavenarbeit“ und die damit verbundene Strafverfolgung erörtert werden.

c) Perspektiven lokaler Arbeiterbewegungen

Die oben beschriebenen Entwicklungen sind von Öffentlichkeit und Staat nicht unbemerkt geblieben und haben eine Reihe von Re-

⁵⁶ Vgl. Bastia / McGrath, *Temporality* (wie Anm. 50), S. 13.

⁵⁷ Vgl. Silva, *Costurando sonhos* (wie Anm. 53); Sidney Silva, *Clandestinidade e intolerância. O caso dos bolivianos em São Paulo, Travessia* (April 1998), S. 25–29; siehe auch Freire da Silva, *Precisa-se* (wie Anm. 15), S. 9.

aktionen hervorgerufen. In Brasilien hat sich ein spezifisches Modell staatlichen Eingreifens in prekäre Beschäftigungsverhältnisse herausgebildet, welches unter dem Stichwort der Bekämpfung moderner Sklavenarbeit diskutiert wird. Mit der Regierung Lula wurde im Jahr 2003 der erste „Nationale Plan zur Bekämpfung moderner Sklavenarbeit“ verabschiedet, welcher in erster Linie eine Professionalisierung und Verbesserung der Arbeitsinspektion sowie nationale Bildungs- und Präventionskampagnen vorsah. Im Jahr 2012 wurden in Brasilien insgesamt 2.750 Menschen aus Situationen moderner Sklavenarbeit „befreit“. Davon waren 32 Personen in drei unterschiedlichen Betrieben in der Bekleidungsindustrie in São Paulo beschäftigt.⁵⁸

Das brasilianische Strafgesetzbuch definiert *condições de trabalho análogas às de escravo* entsprechend der ILO-Konvention 29 als Arbeitsbeziehungen, für die eine Person sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.⁵⁹ Im Unterschied zur ILO-Konvention sind in Brasilien auch die für die Arbeit in der Bekleidungsindustrie typischen „unwürdigen Arbeitsbedingungen“ Bestandteil der rechtlichen Definition von unfreier Arbeit.⁶⁰ Es wäre aber ein irreführendes Vorurteil anzunehmen, alle Arbeit in São Paulos Hinterhofwerkstätten sei unfreie Arbeit im Sinne dieser Definitionen.⁶¹ Viel eher

⁵⁸ MTE, SIT/MTE registra um aumento de 10,39 % no número de trabalhadores em situação análoga à de escravo em 2012, Brasília, 16. Mai 2013, [<http://reporterbrasil.org.br/wp-content/uploads/2013/05/DETRAE-RESULTADOS-2012.pdf>, zuletzt abgerufen am 03.03.2014].

⁵⁹ Wörtlich übersetzt bedeutet dies „der Sklaverei analoge Bedingungen“. Zu einer Debatte um die Formulierung siehe Ricardo Rezende Figueira / Antonia Antunes Prado / Edna Maria Galvão (Hg.), *Privação da liberdade ou atentado à dignidade: Escravidão contemporânea*, Rio de Janeiro 2013.

⁶⁰ Código Penal – Decreto-lei 2848/40, 1940 [2003]. Redução a condição análoga à de escravo, [<http://www.jusbrasil.com.br/legislacao/103275/codigo-penal-decreto-lei-2848-40>].

⁶¹ In einer langjährigen akademischen Debatte werden die Kriterien für die Definition von unfreier Arbeit kontrovers diskutiert. An dieser Stelle soll, trotz aller Kritik, in erster Linie von der im Strafgesetzbuch und der ILO-Kernarbeitsnorm festgelegten Definition ausgegangen werden, da diese für die lokalen Institutionen als handlungsleitend gilt und daher empirische Relevanz besitzt. Mit Bezug auf an-

deutet vieles darauf hin, dass, wie oben erwähnt, die Kombination verschiedener Droh- und Zwangsmechanismen zwecks Disziplinierung der Arbeitskraft ein typisches Phänomen dieser Industrie ist.

Die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Bekämpfung moderner Sklavenarbeit sind nicht nur bezüglich der punktuellen Strafverfolgung, sondern auch als den Arbeitsmarkt regulierende Strategien zu verstehen. Unter anderem aus diesem Grund ist eine interessante Kontroverse unter migrantischen und gewerkschaftlichen Bewegungen zu beobachten: Während einige im staatlichen Eingreifen eine Möglichkeit zur Stärkung der Interessen von Arbeitenden und eine Bestrafung der Profiteure sehen, kritisieren andere die mit diesen Begrifflichkeiten einhergehende Stigmatisierung und Viktimisierung sowie eine Verschiebung auf ein strafrechtliches Terrain abseits von Arbeits- und sozialen Rechten.⁶² Besonders prominent ist in Brasilien eine zivilgesellschaftliche Kampagne, der nationale Pakt zur Abschaffung der Sklaverei. Dieses Instrument basiert auf einer öffentlich zugänglichen Liste,⁶³ auf welcher Sklavenarbeit in globalen Produktionsnetzwerken nachvollzogen und öffentlich gemacht wird, um diejenigen, die von diesen Arbeitsverhältnissen profitieren, durch öffentliche *shame-and-blame*-Kampagnen zu sanktionieren. Die Einbeziehung oder Beteiligung der Beschäftigten ist dabei nicht vorgesehen. Unter

dere wirtschaftliche Sektoren und Regionen wurden in Brasilien seit den 1970er Jahren unterschiedliche Formen unfreier Arbeit beobachtet und diskutiert. Gegenstand war vor allem die Situation interner Arbeitsmigrant_innen, welche in der Landwirtschaft arbeiten. Vgl. Tom Brass / Marcel van der Linden (Hg.), *Free and Unfree Labour: The Debate Continues*, New York 1997; Figueira /Antunes Prado / Galvão, *Privação da Liberdade* (wie Anm. 59).

⁶² Vgl. Bastia / McGrath, *Temporality* (wie Anm. 50); Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012; Interview CDHIC, São Paulo, 15. Oktober 2012.

⁶³ Nach der Aktualisierung im Dezember 2013 stehen derzeit vier Bekleidungsproduzenten auf dieser Liste; bei ihnen wurden insgesamt 29 Beschäftigte aus Situationen moderner Sklavenarbeit befreit. Vgl. Stefano Wroblewski, *Cresce número de casos de trabalho escravo urbano na 'lista suja'*, *Repórter Brasil*, 2014, [<http://reporterbrasil.org.br/2014/01/cresce-numero-de-casos-de-trabalho-escravo-urbano-na-lista-suja>].

Rückbezug auf die oben eingeführten Begriffe von struktureller *versus* Organisationsmacht lässt sich festhalten, dass hier das Vertrauen auf die strategische Positionierung der informellen Werkstätten in den Produktionsketten global bekannter Marken und Einzelhändler sowie deren Wunsch nach einem korrektem Image im Vordergrund stehen. Eine (Selbst-)Organisation der Beschäftigten wird dagegen *ex ante* ausgeschlossen.⁶⁴

Ein weiterer staatlich geförderter Ansatz sind Versuche der Formalisierung der Werkstätten durch die Gründung von Kleinbetrieben.⁶⁵ Darüber soll einerseits die Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze erleichtert, andererseits die Position der Arbeitenden gestärkt werden. Argumentiert wird, dass diese Strategie auch im Sinne der zentralen Akteure (*lead firms*) in globalen Produktionsnetzwerken sei, da Monitoring und Imagepflege so leichter zu kontrollieren seien. Von Arbeitsinspektoren wird allerdings beobachtet, dass eine Formalisierung der Unternehmen nicht unbedingt mit einer Formalisierung der Arbeitsverhältnisse einhergeht:

Arbeitsinspekteur A: Die Betriebe sind nicht einmal informell, sie formalisieren sich nach und nach. In Bezug auf die Registrierung des Unternehmens haben die meisten das bereits. Nur die Arbeiter werden nicht formalisiert. Es gibt dann eine Produktion ohne Arbeiter, wie kann das sein?

Arbeitsinspekteur B: Es gibt eine Erwartung innerhalb der Produktionsketten. Das ist eine Art, mit der die einzelnen Akteure sich aus der Verantwortung ziehen. Denn sie machen einen Vertrag mit einem formellen, registrierten Unternehmen. Aber sie achten nicht darauf, ob dieses produzierende Unternehmen auch Angestellte hat.⁶⁶

⁶⁴ Im Rahmen des vermehrten Aufkommens unfreier Arbeit in der Bekleidungsindustrie von São Paulo wurde 2009 ein an dieses Instrument angelehnter „Pakt gegen Prekarisierung und für würdige Arbeit“ von mehreren Organisationen, Regierungsinstitutionen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entwickelt und verabschiedet.

⁶⁵ Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012.

⁶⁶ Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012; Interview SRTE, Arbeitsinspektion, São Paulo, 5. Dezember 2013.

Auch bezüglich der Qualität der Arbeitsverhältnisse kann anhand der Dichotomie Formalität / Informalität keine Aussage getroffen werden. Es stellen sich in diesem Zusammenhang aber auch weitere Fragen. Zunächst besteht bei Strategien der Formalisierung und vermehrten Kontrolle natürlich immer die Gefahr, dass informelle Produktion einfach an andere, dezentralere Akteure ausgelagert wird. Die in den letzten Jahren beobachtete geographische Verlagerung informeller Werkstätten aus den zentralen in periphere Stadtteile oder Nachbargemeinden São Paulos könnte einer solchen Entwicklung (sowie anderen Faktoren) geschuldet sein.⁶⁷ Zweitens stellt sich die Frage, inwiefern formalisierte Mikrounternehmen mehr Möglichkeiten haben, Einfluss auf die Preispolitik in den jeweiligen globalen Produktionsnetzwerken oder lokalen Märkten zu nehmen. Arbeitsinspekture berichten darüber hinaus, dass oftmals die Arbeitgeber, also die Besitzer informeller Werkstätten, unter denselben Bedingungen arbeiten und leben wie die Beschäftigten. Die Gründe für die Arbeitsrechtsverletzungen sind dann, ähnlich wie im mexikanischen Fall, nicht in der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitenden, sondern in der Strukturierung der Produktionsnetzwerke und den geringen Handlungsspielräumen der Werkstätten zu suchen.

Bezüglich der Handlungsspielräume und Bearbeitungsstrategien am Arbeitsplatz legen Bastia und McGrath den Fokus auf die Frage nach der Temporalität von Arbeitssituationen.⁶⁸ Das durch die Migration bedingte Zusammenfallen von Arbeits- und Wohnort ist, ihren empirischen Untersuchungen zufolge, ein zentrales Element der Unfreiheit von Arbeit. Die Autorinnen betonen aber, dass die von ihnen befragten Migrant_innen diese Situation als vorübergehend und der vor kurzem erfolgten Migration sowie den damit einhergehenden Unsicherheiten und Verpflichtungen geschuldet

⁶⁷ Renato Cymbalista / Iara Rolnik Xavier, A comunidade boliviana em São Paulo: definindo padrões de territorialidade, *Cadernos Metrópole*, 17 (2007), S. 119–133.

⁶⁸ Vgl. Bastia / McGrath, *Temporality* (wie Anm. 50).

begreifen. Da die Arbeitenden eine sukzessive Verbesserung der Arbeitssituation oder eine Rückkehr in die Heimat einkalkulieren, das heißt von einer temporären Arbeitssituation ausgehen, beziehen sich ihre Forderungen in erster Linie auf die Bedingungen der unmittelbaren Reproduktion (Schlafen, Essen, Duschen), nicht aber auf weitreichende, die Regulierung des Arbeitsverhältnisses betreffende Fragen. Dies zeigt, wie zentral die durch die Rahmenbedingungen bedingten persönlichen Erwartungen sind, welche die Beschäftigten selber an die Arbeit stellen. Wichtig ist außerdem, dass viele Beschäftigte die aus arbeitsorganisatorischer Sicht vielfach kritisierten Stücklohnmodelle präferieren, weil sie ihnen ermöglichen, in kurzer Zeit verhältnismäßig viel Geld zu verdienen. Eine Anwältin der Beratungsstelle *Centro de Apoio ao Migrante* sagt dazu:

Ich glaube, die wesentliche Besonderheit dieser Gruppe ist ihr Wille zu arbeiten. Um jeden Preis. [...] Und hier leben sie nicht. Damit sie dreihundert Reais nach Hause schicken können und von den restlichen dreihundert Reais leben, und hier haben sie nicht viel zu tun, also nur Arbeit. Daher glaube ich, dass dies die wesentliche Besonderheit dieser Gruppe ist. Der Wille, Geld zu verdienen. Und auf der Gegenseite gibt es Personen, die den Willen haben, Profit daraus zu schlagen, dass die Leute sich ausbeuten lassen.⁶⁹

Auch in diesem Zitat findet sich wieder eine Beschreibung von außen, in der die Arbeitenden als in ihren Migrationsentscheidungen einheitliche Gruppe dargestellt werden. Die Interviewte arbeitet aber auch ein zentrales Merkmal temporärer Arbeitsmigration heraus, nämlich dass es sich um zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse handelt, während derer die Ansprüche an das eigene Leben ausgesetzt und dem Ziel, Geld zu verdienen, untergeordnet werden. Gerade gewerkschaftliche Forderungen, die auf eine langfristige Regulierung der Arbeitsverhältnisse (zum Beispiel durch Formalisierung) abzielen, scheinen dann für die Beschäftigten zunächst nicht relevant. Andererseits stellen diese Arbeiter_innen für die

⁶⁹ Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012.

Gewerkschaften auf den ersten Blick keine wichtige Zielgruppe dar, da ihr Lebensmittelpunkt an einem anderen Ort zu liegen scheint. Deutlich wird auch, dass Empfindungen und Bedürfnisse der Beschäftigten durchaus im Gegensatz zu objektiven Kriterien der Arbeitsinspektion stehen können.

Migrantische Mobilisierungen und Bewegungen setzen sich dagegen eher mit den migrationspolitischen Rahmenbedingungen auseinander. Diese decken ein heterogenes Feld politischer Spektrien und Forderungen ab: Hier geht es um die Mobilisierung gegen das gegenwärtige Migrationsregime und für eine universelle Staatsbürgerschaft. Die Argumentation lautet, dass ein sicherer Aufenthaltsstatus und eine Arbeitserlaubnis die Rechte und Möglichkeiten der Arbeitenden in jeglicher Hinsicht stärken würden, da gerade die Unsicherheit des Aufenthaltsstatus sowie die mangelnde Integration von Migrant_innen in die brasilianischen Sozialsysteme zentrale Gründe für ihre schwache arbeitsmarktbezogene Machtposition darstellen würden.⁷⁰

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Mit der Heimarbeit und den Hinterhofwerkstätten sind Knotenpunkte der Organisation von Arbeit in globalen Produktionsnetzwerken identifiziert und ihre sozialen Voraussetzungen empirisch analysiert worden. Auf dieser Ebene werden prekäre Arbeitsverhältnisse sichtbar. Sie im Kontext globaler Produktionsnetzwerke zu diskutieren dient dazu, sie analytisch zueinander und zur gesamten Wertschöpfung in Beziehung zu setzen. Deutlich wird dabei, dass sich die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht nur aus den Erfordernissen globaler Produktion oder aus lokalen Besonderheiten herleiten lässt, sondern im Zusammenspiel beider zu suchen ist. Es geht also um eine doppelte Einbettung der Arbeitsverhältnisse

⁷⁰ Interview CAMI, São Paulo, 17. Oktober 2012; Interview CDHIC, São Paulo, 15. Oktober 2012.

in globale Produktionsnetzwerke einerseits und lokale Überlebens- und Migrationsnetzwerke andererseits.

In beiden beschriebenen Fällen ist informelle Arbeit im Rahmen von Strategien industrieller Umstrukturierung und als Möglichkeit der (externen) Flexibilisierung von Arbeitskraft entstanden. Während im Mexiko des exportorientierten Maquiladora-Booms ein Industrialisierungsmodell gescheitert ist, ist Brasilien aufgrund des enormen Binnenmarktes nicht auf die Exportorientierung der Industrie angewiesen. In beiden Fällen stehen die Produkte (beziehungsweise die Produktionskosten) aber in einem globalen Preiswettbewerb, wodurch eine permanente Abwärtsspirale der Preise und Druck auf die Arbeitskosten hervorgerufen werden. In beiden Fällen sind die informellen Arbeitsverhältnisse Ausdruck der Auslagerung von Arbeit im Rahmen industrieller Flexibilisierungsstrategien. Auch lokale Märkte sind transnational vernetzt und globaler Preiskonkurrenz ausgesetzt.

Wesentliche Unterschiede zwischen den untersuchten Fällen zeigen sich in den Mechanismen zur Lohnkostensenkung und Arbeitskraftdisziplinierung. In den hier vorgestellten Fallstudien wurden zwei unterschiedliche Mechanismen identifiziert: Wettbewerb und Zwang, wobei davon auszugehen ist, dass diese auch in Kombination auftreten beziehungsweise sich gegenseitig bedingen können. Während in Mexiko ein Standortwettbewerb zwischen unterschiedlichen Gemeinden, Werkstätten und Beschäftigten ausschlaggebend ist, die räumliche Flexibilität der Produktion also im Mittelpunkt steht, ist in São Paulo die räumliche Flexibilität der Arbeitenden, nämlich der transnationalen Migrant_innen konstitutiv. Die komplexen Verkettungen und Abhängigkeitssysteme in den Migrations- und Produktionsnetzwerken ermöglichen die Existenz der vielfach beschriebenen Zwangsmechanismen.

Anhand der Beispiele wird daher deutlich, dass lokale Arbeiterklassen nicht einfach vorhanden sind, sondern erst im Rahmen von Industrialisierungsstrategien entstehen oder aber sich neu zusammensetzen. Während im mexikanischen Fall die Einbettung der

Arbeit in alternative Einkommens- und Subsistenzstrategien das Überleben mit niedrigen Löhnen ermöglicht, scheint es im Fall der Arbeitsmigrant_innen in São Paulo die zeitliche Begrenzung der Arbeitsarrangements zu sein, auf welcher die körperlich schädigende und anstrengende Überausbeutung basiert. Aber auch die rassistische Diskriminierung in der brasilianischen Metropole muss hier als ein arbeitsmarktstrukturierendes Element diskutiert werden. Im mexikanischen Fall sind die Werkstätten in Haushalte und somit in das Familienleben der Arbeitenden integriert, im brasilianischen Fall dagegen leben die Arbeitenden (und unter Umständen auch ihre Kinder) am Arbeitsplatz.

Die Diskussion der Fallstudien zeigt einerseits, dass es in globalen Produktionsnetzwerken eine hohe Produktionsmacht gibt, welche sich gerade in der Bekleidungsindustrie auch die eher symbolische oder diskursive Ebene des Markenimages der betreffenden Unternehmen zunutze machen kann. Doch ob und wie diese Machtressourcen in der Praxis lokaler Arbeiterbewegungen überhaupt relevant werden, ist eine andere Frage. Deutlich wurde auch, dass es für die Beschäftigten schwierig ist auszumachen, wer in den durch Konkurrenz und Lohndumping gesteuerten Produktionsnetzwerken überhaupt Verhandlungspartner_innen und Verbündete sein können. Unterschiedliche Ebenen des Zwangs und der Abhängigkeit überlagern sich. Die Einbettung der Arbeit in andere Überlebensstrategien oder die biographisch-zeitliche Begrenztheit der Arbeitsmigration sind weitere Faktoren, welche die Arbeit strukturieren und einen „Wettlauf nach unten“ ermöglichen.

Die Einbindung der Arbeit in hochgradig fragmentierte und flexibilisierte Produktionsnetzwerke macht diese theoretisch anfällig für Streiks oder Widerstände organisierter Arbeiterbewegungen, verleiht also den Arbeitenden eine hohe Produktionsmacht. Dennoch entstehen wenig Organiserungen, da ihnen gerade die Konkurrenz- beziehungsweise Zwangsmechanismen im Weg stehen.

Regulierungen und ihre Umkämpftheit müssen nicht nur im formalisierten Arbeitsrecht oder in öffentlichkeitswirksamen Kampa-

gnen gesucht werden. Gerade im Fall informeller Arbeitsverhältnisse ist es analytisch notwendig, über die Abwesenheit formeller Regulierungen der Arbeitsverhältnisse hinauszugehen und stattdessen zu rekonstruieren, wie einerseits durch industriepolitische Entwicklungen die Bedingungen der Informalität überhaupt erst geschaffen werden. Zudem ist es wichtig, auch die spezifischen informellen Regulierungen zur Disziplinierung der Arbeitskraft und die entsprechende Gegenwehr in den Blick zu nehmen. Gerade im Fall unfreier Arbeit stehen die Forschung und Debatte hierzu noch ganz am Anfang. Methodisch ist es für zukünftige Forschungen zentral, dass auch die Beschäftigten selbst eine Stimme bekommen und ihre Sichtweise auf die Produktionsnetzwerke in den Mittelpunkt gestellt wird. Der Fall der Arbeitsmigrant_innen in São Paulo zeigt aber, dass Arbeitspolitik auch über klassische gewerkschaftliche Themenfelder hinausgeht und beispielsweise stadt- und migrationspolitische Forderungen zentral für die Stärkung lokaler und / oder migrantischer Arbeiterklassen werden können. Durch eine integrierte Betrachtung rücken daher Bewegungen und Alternativen in den Blick, die anderweitig nicht als Teil des Produktionsregimes und der Arbeiterbewegungen angesehen werden. Deren politische Entwicklung ist weder aus der Zusammensetzung von Produktionsnetzwerken noch aus der Verteilung von Machtressourcen herleitbar, sondern in vielerlei Richtungen offen.

Arbeitskämpfe in der italienischen Logistikbranche: Gedanken zur Klassenneuzusammensetzung und zur Neubestimmung des Streiks

Den Streik neu denken und auf seine Verallgemeinerung setzen. Das ist es, was sich vom Arbeitskampfzyklus in der italienischen Logistikbranche 2011–2013 lernen lässt. In den letzten drei Jahren kam es dort zu vermehrten Kämpfen, und zwar vor allem in den Kooperativen, die für große multinationale Distributionskonzerne wie TNT, SDA und UBS oder für große Marken von IKEA bis Coop den Gütertransport auf der Straße abwickeln und die dafür notwendigen Lagerarbeiter_innen und Packer_innen beschäftigen. Die folgenden Darstellungen werden sich auf zwei von vielen Kampforten fokussieren: die Warenlager von IKEA in Piacenza und von Granarolo in Bologna.¹ In diesen Kämpfen ist es den Arbeitern und (wenigen) Arbeiterinnen gelungen, sich einen Teil der (auch vorher schon minimalen) Rechte zurückholen, die ihnen in einer langen Phase der Deregulierung genommen wurden. Entscheidend für diese Deregulierung und die sich daraus ergebenden miesen Arbeitsbedingungen in der Logistik sind das Zusammenspiel zwischen dem typisch italienischen System der Kooperativen und dem europäischen wie italienischen Migrationsregime.

Die Kooperativen in der italienischen Logistikbranche (und nicht nur dort) haben nicht mehr viel zu tun mit Arbeiter_innengemeinschaften im traditionellen Sinne eines Zusammenschlusses

¹ Granarolo ist einer der größten italienischen Produzenten von Milchprodukten.

von Arbeiter_innen zur Verringerung der gegenseitigen Konkurrenz und zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und -preise. Im Gegenteil können sie im italienischen Kontext als ein wesentliches Instrument der Durchsetzung und Verallgemeinerung prekärer Arbeitsbedingungen angesehen werden. Sie funktionieren heutzutage wie Zeitarbeitsfirmen, wobei die Zeitarbeiter_innen keine Angestellten, sondern Genoss_innen sind, die aber genauso flexibel einsetzbar sind, dank einer ständig veränderbaren Zahl von Arbeitsstunden, an die wiederum die Bezahlung geknüpft ist. Arbeitende/r Genoss_in einer Kooperative zu sein, bedeutet, weniger Rechte zu haben als andere Arbeiter_innen. Denn die Kooperativen sind nicht verpflichtet, die jeweiligen branchenspezifischen nationalen Tarifverträge anzuwenden, sondern können sich eigene Statuten geben. Darüber hinaus sind sie für die Arbeitgeber ein profitables Modell, weil sie verschiedene rechtliche und steuerliche Vorteile genießen. So brauchen Kooperativen nur verringerte Sozialabgaben zu zahlen, erhalten Steuererleichterungen und können außerdem viel einfacher gegründet und auch wieder geschlossen werden als normale privatwirtschaftliche Unternehmen.² Besonders „effizient“ wird dieses System der Kooperativen in Kombination mit den geltenden Migrationsgesetzen. In den Kooperativen, die die Arbeit in den Warenlagern managen, sind ungefähr 98 Prozent der Arbeiter_innen Migrant_innen, die sich aufgrund der engen Verknüpfung von Aufenthaltsrecht und Arbeitsvertrag am Arbeitsplatz in einer besonders prekären Position befinden. Unterstützt durch die geltenden Migrationsgesetze konnte in den Kooperativen so ein umfassendes System der Erpressung mit unmenschlichen Arbeitszeiten und -rhythmen durchgesetzt werden.

Beschleunigung und Linearität der Güter-, Dienstleistungs-, Informations- und Datenströme sind im kognitiven Kapitalismus mit

² Siehe hierzu Sergio Bologna, *Lavoro e capitale nella logistica italiana: alcune considerazioni sul Veneto*, Uninomade, 15. März 2013, [http://www.uninomde.org/wp/wp-content/uploads/2013/02/lavoro_e_capitale_nella_logistica.pdf]; ders., *Banche e crisi. Dal petrolio al container*, Rom 2013.

seiner *just-in-time*-Produktion bevorzugte Strategien der Inwertsetzung.³ Aber auch Rassifizierungsprozesse, die Produktion von Segmentierungen und Hierarchien entlang von Hautfarbe oder nationaler Herkunft, dienen heute als Terrain der Akkumulation.⁴ In den Kooperativen der Distributionslogistik sind diese beiden Ebenen untrennbar miteinander verbunden.⁵ Die Folge ist eine so spezifische wie explosive Mischung aus beschleunigten Güterströmen, purer körperlicher Anstrengung und nackter Ausbeutung.⁶ Angesichts dieser Situation war es für die Kampfstärke und Konfliktfähigkeit der Logistikarbeiter_innen entscheidend, das sie es geschafft haben, sich zwei Waffen anzueignen: die Fähigkeit, die rassistischen Segmentierungen aufzubrechen, und die, effektiv die Güterströme zu blockieren. Diese zwei Strategien haben sich als besonders effizient erwiesen, um den betroffenen Unternehmen in der Auseinandersetzung sowohl einen materiellen als auch einen Imageschaden zuzufügen.

Wie hoch die Unternehmensverluste in Folge der Blockade des IKEA-Lagers in Piacenza genau waren, lässt sich einem Betriebsrat der Basisgewerkschaft S.I. Cobas zufolge nicht so einfach bestimmen.⁷ „Aber diese Blockade hat dazu geführt, dass die Güter nicht auf die LKW verladen wurden und nicht pünktlich zum Weiter-

³ Zum Begriff des kognitiven Kapitalismus siehe Carlo Vercellone (Hg.), *Capitalismo cognitivo. Conoscenza e finanza nell'epoca postfordista*, Rom 2006; ders., *From Formal Subsumption to General Intellect: Elements for a Marxist Reading of the Hypothesis of Cognitive Capitalism*, *Historical Materialism*, 15 (2007), S. 13–36.

⁴ Anna Curcio / Miguel Mellino, *Race at work. The rise and challenge of Italian racism*, *Darkmatter Journal*, 6 (2010).

⁵ Wie Sergio Bologna kürzlich in einem Interview hervorgehoben hat, lassen sich im Logistiksektor zwei Branchen unterscheiden: die „industrielle Logistik“ und die „Distributionslogistik“. Die erste „liefert Unterstützung bei der Programmierung der Produktion, beim Marketing und der Produktionsortwahl [...], bei der Auswahl von Zulieferern und manchmal auch beim Produktdesign.“ Die zweite „kümmert sich darum, die Waren zu den Verkaufsorten zu bringen, gemäß den logistischen Vorgaben der Warenbesitzer oder des produzierenden Unternehmens.“ Siehe [<http://www.commonware.org/index.php/neetwork/51-dentro-la-logistica>].

⁶ Siehe Sandro Chignola, *Per l'analisi del lavoro nero*, *Uninomade*, 8. September 2012, [<http://www.uninomade.org/per-lanalisi-del-lavoro-nero/9>].

transport auf den Schiffen und an ihren Zielorten in Osteuropa, im Mittleren Osten und in Nordafrika angekommen sind. Sie hat dazu geführt, dass die gesamte Organisation der Logistik und der Arbeit unterbrochen wurde. Und um sie wieder anzuschieben, brauchten die Unternehmen mindestens zehn Tage. Es handelt sich also um einen enormen Schaden, zu dem auch noch der nicht messbare Imageschaden hinzugerechnet werden muss.“⁸ Die Verluste in den Lebensmittellagern lassen sich dagegen leichter berechnen. In den Lagern, an denen frische Lebensmittel umgeschlagen werden, bedeuten vier Stunden Blockade einen Verlust von 200.000 bis 300.000 Euro. Daran wird deutlich, warum die mehr als siebzig Protesttage vor dem Granarolowerk in Bologna den Arbeiter_innen einen ersten, wenn auch nur teilweisen Sieg in der im April 2013 begonnen Auseinandersetzung gebracht haben.

Kurz zusammengefasst besteht die Schlagkraft dieser Kämpfe, wie die Arbeiter_innen nie müde geworden sind zu betonen, darin, dass sie gelernt haben, dem Unternehmen weh zu tun und damit die Ebene des rein symbolischen Streiks zu verlassen. Während der Kämpfe in den Logistikkoooperativen bestand der Streik nicht einfach nur aus einer eintägigen Arbeitsniederlegung mit ein paar Fahnen vor den Werkstoren. Er war vielmehr real, in dem Sinne, dass er darauf abzielte, den gesamten Produktions- und Distributionszyklus effektiv zu blockieren. Dafür war das Wissen der Arbeiter_innen um die internen Abläufe des Lagerbetriebes zentral. Dies war das privilegierte Terrain, auf dem sich die Kämpfe konstituiert haben. Es entwickelte sich eine Blockadedynamik, die Kettenreaktionen produzierte, indem sie, den Güterströmen folgend, gezielt die wesentlichen Knotenpunkte des gesamten Prozesses lahm legte.

⁷ S.I. Cobas und ADL Cobas sind die zwei basisgewerkschaftlichen Strukturen, die die Arbeitskämpfe in den Kooperativen der Distributionslogistik unterstützt und sich dabei in den Dienst der Selbstorganisation der Arbeiter_innen gestellt haben. Siehe hierzu auch die Ausführungen weiter unten.

⁸ Siehe das Interview in der Radiosendung von Uninomade vom 21. Dezember 2012, [<http://www.uninomade.org/deposito-ikea-bloccato-diretta-su-radio-uninomade/>].

Gleichzeitig haben die Arbeiter_innen in jedem der bestreikten Lager sorgfältig die Momente ausgewählt, „an denen die Unternehmensinteressen am effektivsten gestört werden können, an denen sie [die Unternehmensleitung] es also nicht schaffen, den Schaden, den wir anrichten, zu beseitigen“, wie ein Arbeiter im Interview mit Uninomade klarstellt.⁹ In der Auseinandersetzung bei Granarolo haben die Arbeiter_innen zum Beispiel beschlossen, alle Lager des Werkes genau in dem Moment zu blockieren, in dem sie sicher waren, die größtmögliche Warenmenge am Ausgang an der Ausfuhr zu hindern. So ist der „Cappuccinostreik“ entstanden: eine Blockade der ungefähr vierzig Kleinlaster, die jeden Tag frühmorgens die Bars und kleinen Läden in Bologna und Umgebung beliefern.

In diesem kurzen Artikel möchte ich über eine militante Untersuchung in der Distributionslogistik berichten,¹⁰ die 2013 in der Region Emilia-Romagna initiiert wurde, also in einer der Regionen, wo die Arbeitskämpfe in diesem Sektor besonders stark waren. Diese militante Untersuchung hat Lagerarbeiter_innen unterschiedlicher Kooperativen und Politaktivist_innen aus Bologna zusammengebracht.¹¹ In ihrem Verlauf wurden mehrere Interviews mit

⁹ Siehe das Interview mit Mohamed Arafat vom 11. Januar 2013 auf Uninomade, [<http://www.uninomade.org/la-rivoluzione-nei-poli-della-logistica/>]; in deutscher Übersetzung: [<http://www.uninomade.org/revolution-in-den-logistik-zentren/>].

¹⁰ Zum hier verwendeten Konzept der militanten Untersuchung siehe Romano Alquati, *Per fare conricerca*, Turin 1993; Gigi Roggero, *Brief Observations on Method: the Production of Knowledge and Conricerca*, in: ders., *The Production of Living Knowledge: The Crisis of the University and the Transformation of Labor in Europe and North America*, Philadelphia 2011.

¹¹ Die Mituntersuchung wurde von den Kollektiven Uninomade (bis zu dessen Auflösung im Frühjahr 2013, [www.uninomade.org]) und anschließend von Commonware ([www.commonware.org]) durchgeführt. Darin waren verschiedene Subjekte involviert, die auf unterschiedliche Art und Weise Teil der Mobilisierung und des Arbeitskampfes waren: politisch aktive Wissenschaftler_innen einerseits, Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen andererseits. Subjekte also, die fraglos unterschiedliche Positionen im Prozess der Wissensproduktion einnehmen, die aber alle an der Konstruktion eines gemeinsamen Wissens- und Erfahrungsschatzes beteiligt waren. Anders ausgedrückt: entgegen der wissenschaftstypischen Unterscheidung zwischen Forschungssubjekten (die ersten) und -objekten (die zweiten), geht es bei

streikenden Arbeiter_innen geführt, aus denen im Folgenden zitiert wird. Wesentlich für den Untersuchungsprozess war aber, über diese Interviews hinaus, die gemeinsame Teilnahme an den Arbeitskämpfen. Die gemeinsame Präsenz an den Streikposten im kalten Morgengrauen oder unter der heißen Sommersonne der Poebene, das gemeinsame Bewältigen der kritischen Momente während der Blockaden, die Auseinandersetzung mit Polizei und Unternehmen, die Untersuchungsinterviews wie die Versammlungen und Diskussionsrunden, die Arbeiter_innen und Aktivist_innen gemeinsam organisiert haben, haben auf zwei Ebenen funktioniert. Einerseits ist eine gemeinsame Wissensproduktion entstanden, die die unterschiedlichen Positionen der Beteiligten (Aktivist_innen und Arbeiter_innen) reflektiert und als Ausgangspunkt nimmt. Andererseits wurden, ausgehend von einer geteilten prekären Lebenssituation, kollektive Organisationsprozesse angestoßen. In diesem Sinne muss auch die zunehmende Beteiligung von Student_innen und prekär beschäftigten jungen Menschen an den von den Lagerarbeiter_innen organisierten Streikposten verstanden werden: nicht als ein einfacher Akt der Solidarität, sondern als Ausdruck einer sich immer weiter verbreitenden Wahrnehmung, dass deren Kampf ein Kampf aller ist. Es versteht sich von selbst, dass „gemeinsame Situation“ dabei nicht gleiche Lebens- und Ausbeutungsformen meint, sondern die Positionierung in einem Kontext, der, wenn auch von Segmentierungen gekennzeichnet, doch materielle Potenziale der Verallgemeinerung aufweist.

Die militante Untersuchung bezieht sich nicht auf abstraktes, geronnenes Wissen. Sie stellt einen offenen Prozess dar, der sich innerhalb der Kämpfe entwickelt. An dieser Stelle kann nicht mehr geleistet werden, als einige theoretische und politische Knotenpunkte anzusprechen, um direkt in diese spezifischen Kämpfe ein-

einer militanten Untersuchung gerade darum, Wissen zu kollektivieren und gemeinsam zu produzieren, mit dem Ziel, kollektive Organisationsprozesse voranzutreiben und die eigene Konfliktfähigkeit zu steigern. So haben wir, während wir als militante Wissenschaftler_innen zur Analyse der Arbeitskämpfe beitragen, gleichzeitig auch an der Produktion eben dieser Kämpfe mitgewirkt.

zutauchen und daraus Hinweise auf verallgemeinerbare Tendenzen zu ziehen. Es ist ein Versuch, sich im unwegsamen Gelände der Kämpfe im kognitiven Kapitalismus zu orientieren. In dieser Absicht geht dieser Artikel zunächst auf den spezifischen Produktionskontext der Warenlager ein und setzt sich dann mit der Zusammensetzung der Arbeit, der in den Kämpfen sichtbar werdenden Subjektivität, den Beziehungen zwischen Arbeiter_innen und Gewerkschaft und den Kräfteverhältnissen in der Distributionslogistik auseinander.

Die Logistikkoooperativen im *just-in-time*-Kapitalismus

Die Kooperativen der Distributionslogistik, die im Zentrum des Kampfzyklus 2011–2013 standen, befinden sich alle in der Poebene Norditaliens und damit in einer spezifischen geografischen Position. Denn die Poebene stellt ein zentrales Drehkreuz für die Waren-distribution in Europa und darüber hinaus dar. Vor allem zwischen Mailand, Piacenza und Bologna, und darüber hinaus nach Nordosten in Richtung Verona und Padua, haben sich die Kämpfe zwischen 2011 und 2013 zu einem virtuosen Dreieck verknüpft. So konnte anlässlich der drei Generalstreiks des Sektors am 22. März, 15. Mai und 8. Juli 2013 jeweils eine fast vollständige Blockade der Warenströme erreicht werden. In allen drei Fällen lag die Streikbeteiligung fast überall bei nahezu hundert Prozent, was beträchtliche Schäden für den ganzen Sektor verursachte. Eine Blockade der Distributionskanäle zwischen Mailand, Piacenza, Bologna, Verona und Padua legt das gesamte System der Warenzirkulation lahm, mit Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus. Diese Orte sind die entscheidenden Knotenpunkte der Warenzirkulation in Italien und Europa. Sie sind direkt verbunden mit den Häfen in Genua und Venedig, durch die der Warenverkehr in Richtung Nordeuropa, Mittleren Osten und Nordafrika läuft. Es ist kein Zufall, dass ein Riese der globalen Distribution wie IKEA sein größtes europäisches La-

ger in Piacenza angesiedelt hat, oder dass Amazon in der gleichen Gegend ein enormes Lager für ganz Italien betreibt. Und die deutsche Unternehmensgruppe Hangartner hat kürzlich das Logistikzentrum von Verona gekauft, über das der gesamte Im- und Export von Obst und Gemüse zwischen dem Mittleren Osten, Spanien, Lateinamerika und Nordeuropa abgewickelt wird.

Von dieser geografischen Position aus haben die Kooperativen der Distributionslogistik im Zusammenspiel mit den großen internationalen Unternehmen ein machtvolleres Dispositiv der Inwertsetzung entwickelt, das wie gesagt auf der Beschleunigung und linearen Gestaltung der Zirkulationsprozesse basiert. Es ist daher nicht überraschend, dass dieser Sektor praktisch nichts von der aktuellen Wirtschaftskrise abbekommen hat. Der Transportsektor trägt heute ganz wesentlich dazu bei, dass das italienische BIP nicht vollends einbricht. Aber im Unterschied zu anderen europäischen Ländern resultiert die gesteigerte Mehrwertproduktion in der italienischen Distributionslogistik nicht aus Investitionen in Informatiksysteme, automatisierte Lager und Vernetzung, sondern aus der Ausbeutung gering qualifizierter beziehungsweise als solcher bezahlter, leicht erpressbarer migrantischer Arbeitskräfte.

Den Schilderungen der Arbeiter_innen des Sektors zufolge sind die Kooperativen der Distributionslogistik regelrechte Dispositive der Sklaverei, deren mafiöse Managementpraktiken in den Arbeitskämpfen vehement angeprangert wurden. Auf den bei den Blockaden und Streiks verwendeten Transparenten standen dementsprechend Slogans wie „IKEA + CGS coop = MAFIA“ oder „Logistikkooperativen = Sklaverei“.¹² Bei der Erwähnung der Mafia handelt es sich nicht um eine Metapher, sondern um einen Verweis auf reale Praktiken. Dazu gehören zum Beispiel die mit Hilfe der Kooperativen getätigte Geldwäsche oder der regelmäßige Einsatz von Mafiabanden, die gegen exponierte Streikaktivist_innen vorgehen. Solche Einschüchterungen in mafiösem Stil sind Teil der alltäglichen Managementpraktiken in den Warenlagern. Etliche Arbeiter_innen

¹² CGS coop ist die Kooperative, die das Warenlager von IKEA betreibt.

ter_innen, vor allem Gewerkschaftsvertreter_innen, waren während des Arbeitskampfes physischer Gewalt, Drohungen und Aggressionen ausgesetzt. Teilweise wurde ihr Besitz beschädigt, indem beispielsweise Autoreifen aufgeschnitten wurden. Gegen die wenigen dennoch präsenten Arbeiter_innen wurden mehr oder weniger explizite sexuelle Übergriffe verübt.

Der zweite Slogan, „Logistikkooperativen = Sklaverei“, verweist auf die rassistisch strukturierten Mechanismen der Unterwerfung und Ausbeutung der Arbeit innerhalb der Kooperativen. Ein Beispiel hierfür ist das Warenlager von Cogefrin im Logistikzentrum von Bologna, über das ein Großteil des Im- und Exports von Plastikmaterialien aus den arabischen Ländern nach Europa läuft. Die Arbeit ist hier, wie auch in anderen Warenlagern, entlang rassistischer Hierarchien organisiert. So arbeiten die italienischen Arbeiter_innen in den Lagerhallen, während den migrantischen Arbeiter_innen die Tätigkeiten draußen zugewiesen werden. Ein Arbeiter bringt die harten Arbeitsbedingungen im Freien so auf den Punkt: „Egal ob Regen, Schnee, Sonne, wir sind immer da draußen, mit immer längeren Arbeitszeiten.“¹³ Ähnlich sieht es bei TNT in Piacenza aus. Die beschleunigten Arbeitsrhythmen werden dort von unaufhörlich antreibenden „Los, los, los!“-Rufen der Vorgesetzten begleitet, die so mit Worten das Knallen der Peitsche ersetzen, das einst im Plantagensystem die Arbeitsrhythmen vorgab.¹⁴ Zweihundert Lagerarbeiter_innen müssen in diesem Warenlager die Arbeit von fünfhundert machen, was mehr als eine Verdopplung der Arbeitsmenge und -geschwindigkeit bedeutet. Auf diese Weise hat es TNT geschafft, die Arbeitskosten um über die Hälfte zu reduzieren und in fünf aufeinanderfolgenden Jahren immer neue Produktivitätsrekorde zu verzeichnen.

¹³ Siehe die von der Zeitung „il manifesto“ am 14. August 2013 veröffentlichte Reportage über die Kämpfe in der Logistikbranche, zu finden auch auf [<http://www.commonware.org/index.php/needwork/32-facchini-granarolo>].

¹⁴ Siehe das bereits zitierte Interview mit Mohamed Arafat vom 11. Januar 2013 auf Uninomade (wie Anm. 9).

Die extrem verdichteten Arbeitsrhythmen und das Fehlen angemessener Arbeitskleidung führt bei den Arbeiter_innen vermehrt zu physischen Beschwerden: Bandscheibenvorfälle, Gelenksbeschwerden und Haltungsschäden, die oft nicht als Arbeitsunfälle oder -erkrankungen anerkannt werden. In den Warenlagern für frische Lebensmittel bei Granarolo liegt die Temperatur beispielsweise konstant bei vier Grad Celsius. „Unter diesen Bedingungen“, betont einer der Lagerarbeiter_innen, „kann man höchstens zwei Jahre arbeiten, danach ist der Körper verschlissen.“¹⁵

Im IKEA-Lager in Piacenza sind die zu entladenden „Reihen“ kurz vor Beginn des Arbeitskampfes von zwölf bis 13 auf 35 hochgesetzt worden. Als die Lagerarbeiter in den Streik getreten sind, um gegen diese Verschärfung der Arbeitsrhythmen zu protestieren, wurden ihnen die täglichen Arbeitsstunden auf vier verkürzt, mit zwei erzwungenen Ruhestunden zu Hause und einem dadurch auf 400,- Euro reduzierten Lohn. Im Lager von Granarolo, in dem die Kooperative CTL die Distribution der frischen Lebensmittel managt, müssen die Arbeiter_innen laut Vertrag 180 Pakete in der Stunde abfertigen. „Aber der Verantwortliche von SGB [dem Konsortium der Kooperativen, zu dem CTL gehört und bei dem die Lagerarbeiter_innen angestellt sind] hat für ein Klima der Angst gesorgt, und wenn jemand nicht mehr als 200 Pakete bearbeitet, dann schickt er ihn in Urlaub.“¹⁶ Aber obwohl jede/r Arbeiter_in laut Vertrag 168 Stunden im Monat arbeiten muss, kommen die meisten am Monatsende auf nur knapp hundert Stunden, während andere Beschäftigte Überstunden machen. Diese Beispiele verdeutlichen den hohen Grad an Willkür, durch den die Arbeitsorganisation in den Warenlagern gekennzeichnet ist. Das Management der Kooperativen hat aufgrund der besonderen Beschäftigungsverhältnisse, bei denen die Arbeiter_innen als Genoss_innen statt als abhängige Beschäftigte angestellt werden, und wegen der nicht geltenden Ta-

¹⁵ Siehe die von der Zeitung „il manifesto“ am 14. August 2013 veröffentlichte Reportage (wie Anm. 13).

¹⁶ Ebd.

rifverträge eine beinahe uneingeschränkte Entscheidungsmacht über die Arbeitszeiten und -rhythmen.

In den Warenlagern spielen die Vorarbeiter_innen als wahrhaftige „Korporale“ eine zentrale Rolle für die Arbeitsorganisation. Sie sind es, die die Schichteinteilung auf Basis betrieblicher und rassistischer Hierarchien und des individuellen Grades an Anpasstheit und Unterwürfigkeit vornehmen. Es ist auch kein Einzelfall, dass Streikaktivist_innen zur Bestrafung von der Arbeit suspendiert werden. Arbeitsschutzrechte sind für die Arbeiter_innen der Logistikkoooperativen alles andere als garantiert, zumal sie meist ohne gewerkschaftliche Unterstützung sind. Im Gegenteil, ihre spezifische Position als Beschäftigte einer Kooperative – eine der Fallen prekärer Arbeit heute – hat es den Arbeitgebern ermöglicht, die Arbeitskosten enorm zu verringern. Zu den bereits erwähnten unternehmerischen Vorteilen bei Steuern, Abgaben und Tarifverträgen kommt noch die Tatsache, dass die Arbeiter_innen selbst aus ihrem Lohn zum Unternehmenskapital beitragen müssen, indem sie Anteilsscheine der Kooperative erwerben. Dieser Vorgang liesse sich als individuelle ökonomische Verantwortungsübernahme für die eigene Ausbeutung bezeichnen. Der Erwerb von Genossenschaftsanteilen ist zum einen Vorbedingung, um überhaupt arbeitender Genosse oder Genossin einer Kooperative zu werden. Zum anderen nutzen die Kooperativen gerne eine erzwungene Erhöhung der individuellen Anteilsscheine, um so neues Unternehmenskapital zu generieren beziehungsweise Lohnbestandteile direkt einzubehalten. Dabei geht es um (vor allem im Verhältnis zu den Löhnen) hohe Beträge von durchaus bis zu 5.000,- Euro. Eine weitere Benachteiligung besteht darin, dass in absurder Weise für die Lagerarbeiter_innen der Status von Genoss_innen rechtlich mehr gilt als der von Arbeiter_innen, so dass sie keinen Anspruch auf volles Arbeitslosengeld haben und selbst für eventuelle Unfälle und Schäden bei der Arbeit aufkommen müssen. Währenddessen funktionieren die Kooperativen, den Konzentrationsprozessen der kommandierten Arbeit folgend, häufig nach dem Prinzip „fly-by-night“. Einer

der Arbeiter erklärt dies so: „Alle zwei Jahre ändern sie [die Kooperativen] ihren Namen, so kommen sie um die Sozialabgaben herum und schmieren damit die Arbeiter_innen an. Oder sie benutzen diverse Decknamen, legen sich achtzigjährige Eigentümer zu, die [nach italienischem Recht] nicht mehr juristisch zur Verantwortung gezogen werden können.“¹⁷

Segmentation der Arbeit und Zusammensetzung der Kämpfe

Im Folgenden sollen die strategische Ausrichtung der Kooperativen auf die Ausbeutung nicht spezialisierter Arbeit migrantischer Arbeitskräfte und die damit verbundenen Strategien der Rassifizierung der Arbeitsbeziehungen näher betrachtet werden. In Emilia Romagna, wo wir unsere militante Untersuchung durchgeführt haben, kommt die Mehrzahl der Arbeiter_innen aus Ägypten und dem Maghreb (Marokko, Tunesien). Andere kommen aus Osteuropa, aus dem subsaharischen Afrika und aus Südasien, wobei die Zusammensetzung je nach Branche variiert. Viele von ihnen, vor allem Marokkaner_innen, werden bereits in ihren Herkunftsländern von Arbeitsvermittlungsfirmen angeworben und dann nach Italien vermittelt. Diese Vermittlungstätigkeit ist hochgradig lukrativ für die Firmen, die oft in einer juristischen Lücke jenseits (arbeits-)rechtlicher Auflagen agieren. Bei den so vermittelten Lagerarbeiter_innen handelt es sich hauptsächlich um Männer, auch wenn Frauen nicht völlig fehlen. Meist sind sie jung bis sehr jung, oft haben sie einen weiterführenden Schulabschluss, ein Universitätsdiplom oder sind Student_innen. Ein Teil gehört bereits zur sogenannten zweiten Generation und ist selbst in Italien geboren und aufgewachsen.

Eine Arbeitsorganisation, die auf einer solchen Zusammensetzung der Arbeitskräfte mit einem derart hohen Migrant_innenanteil beruht, steht unweigerlich mit dem in Europa herrschenden

¹⁷ Siehe noch einmal das Uninomade-Interview vom 11. Januar 2013 mit Mohamed Arafat (wie Anm. 9).

System der Kontrolle und Regulation migrantischer Arbeit in Beziehung. In Italien wird diese Regulation der Arbeitsmobilität auf juristischer Ebene durch die Institutionalisierung einer engen Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Aufenthaltsrecht umgesetzt. Diese ist im sogenannten Bossi-Fini-Gesetz von 2002 festgeschrieben worden. Unter der erpresserischen Drohung, dass die Arbeiter_innen ihren Aufenthaltsstatus verlieren würden, werden sie hochgradiger Ausbeutung ausgesetzt, während gleichzeitig, wie bereits angedeutet, systematisch rassistische Hierarchien innerhalb der Arbeit geschaffen werden. Somit sind die Migrant_innen keineswegs vom Arbeitsmarkt der Ankunftsländer ausgeschlossen, sondern sie werden auf dessen untersten Stufen gezielt einbezogen, nämlich wie in den Logistikkooperativen dort, wo Arbeitsschutzrechte und Garantien rar bis inexistent, die Löhne niedrig und die Formen der Erpressung ausgeprägt sind.

In den Warenlagern dient der Rassismus, oder genauer gesagt ein wahrhaftiger Prozess des „Rassenmanagements“,¹⁸ dazu, die Arbeiter_innen gegeneinander auszuspielen, mit dem Ziel, jegliche Form der Solidarität und kollektiven Organisierung zu unterbinden. Während der Blockaden vor IKEA in Piacenza sprach einer der Arbeiter ganz explizit vom Rassismus als einer „Krankheit“, die er vorher nicht gekannt habe und die ihm von den Arbeitgebern und Vorarbeitern eingepflichtet worden sei: „Die Chefs sagen zu den Marokkanern, die Tunesier seien bessere Arbeiter. Zu den Tunesiern sagen sie, dass die Ägypter oder die Rumänen besser seien. Sie bringen die Italiener gegen die Migranten auf, Ägypter gegen Marokkaner: ‚Wenn Du brav bist, dann bezahle ich Dich besser, aber misch Dich nicht ein, der da, der ist ein Spion.‘“¹⁹ Zu diesen Managementstrategien kommen außerdem noch eine Reihe von Verständigungs- und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Migran-

¹⁸ David R. Roediger, *How Race Survived US History: From Settlement and Slavery to the Obama Phenomenon*, New York 2008.

¹⁹ Siehe die Sendung auf Radio Uninomade vom 3. Januar 2013, [<http://www.uninomade.org/ikeainlotta-non-va-in-vacanza-diretta-su-radio-uninomade/>].

t_innen unterschiedlicher Herkunft hinzu, die von den Vorgesetzten wiederum als zusätzliche Instrumente des rassistischen Ausbeutungsregimes genutzt werden. „Bei GLS [italienisches, europaweit agierendes Speditionsunternehmen] gab es viele Inder, häufig sprachen sie wenig Italienisch. Und das nutzte der Chef, um sie besser auszubeuten. Wir haben Versammlungen organisiert, mit Indern und Chinesen, wir fühlten einen Unterschied zu den Arabern, aber ich habe gesagt: ‚Lasst uns vergessen, wo wir herkommen, hier sind wir alle Arbeiter und allesamt ausgebeutet. Das ist das einzige, woran wir denken müssen.‘“²⁰ Wie diese Erzählung deutlich macht, sind also in den Kämpfen konstruierte rassistische Differenzen und Trennlinien zerstört und überwunden worden, und zugleich ist es zu Vereinigungsprozessen genau dort gekommen, wo das Kommando des Kapitals es auf Fragmentierung angelegt hatte.

Die Lage der ArbeiterInnen, die gemeinsam dem Kommando und der Ausbeutung unterworfen sind, verändert sich dadurch: Jenseits aller unterschiedlichen nationalen Zugehörigkeiten entstehen kooperative und solidarische Beziehungen, es bildet sich eine Klassenneuzusammensetzung.²¹ Der Ägypter Mohamed Arafat, Arbeiter bei TNT in Piacenza, eine der Schlüsselfiguren dieses Kampfzyklus, gibt in dem bereits zitierten Interview die Aussage eines anderen Arbeiters, eines Marokkaners, wieder: „Ich hätte nie gedacht, dass ich einem Ägypter vertrauen würde.“ Analog hierzu hebt Aadil, einer der Betriebsräte im Frischwarenlager von Grana-rollo, hervor, wie die traditionellen Unterschiede zwischen Pakistaner_innen und Marokkaner_innen, die in den letzten Jahren weitgehend als Bremse der Kämpfe gewirkt hatten, schließlich überwunden wurden: „Jetzt wissen alle, dass sie ausgebeutet werden

²⁰ Siehe das Uninomade-Interview vom 11. Januar 2013 mit Mohamed Arafat (wie Anm. 9).

²¹ Für einen kurzen Überblick zum Begriff der Klassenzusammensetzung und seiner theoretischen Verortung siehe Salvatore Cominu, *Composizione di classe*, in: *Commonware*, 3. März 2013, [<http://www.commonware.org/index.php/neetwork/276-composizione-di-classe>].

und vor allem, dass es die Chefs sind, die uns gegeneinander auspielen.“²²

Diese Neuzusammensetzung auf Basis geteilter Arbeitsbedingungen und gegen die Segmentierungsstrategien des Kapitals ist die wahre Waffe in der Hand der Lagerarbeiter_innen gewesen: „Wir haben gelernt, dass der Chef nur dann kommandieren kann, wenn die Arbeiter_innen gespalten sind. Und jetzt, wenn sie einem was tun, dann tun sie allen etwas.“ In diesem Satz, in dem das „*An injury to one is an injury to all!*“ der IWW wiederholt, kommt die ganze Tragweite der subversiven Kooperation zum Vorschein, die es möglich gemacht hat, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreiten. Auf diese Art und Weise haben die Kämpfe außerdem erfolgreich das Dispositiv der Rassifizierung unterlaufen und obsolet gemacht, auf dessen Basis heute ein wesentlicher Teil der kapitalistischen Inwertsetzung in der Distributionslogistik aufgebaut ist. Ein Arbeiter bringt diesen Zusammenhang zwischen den Kämpfen gegen Rassismus und Ausbeutung so zum Ausdruck: „Gegen die erpresserische Verknüpfung von Aufenthaltsrecht und Arbeitsvertrag zu kämpfen, bedeutet vor allem, sich am Arbeitsplatz gegen Erpressung und Ausbeutung zu stellen.“ Zugespitzt heißt dass: Der Rassismus lässt sich nur durch einen Kampf gegen die Ausbeutung zerstören. Das ist eine weitere der wichtigen Lehren, die aus diesem Kampf der Lagerarbeiter_innen gezogen werden können.

Die Produktion von Subjektivität

„Das erste zu überwindende Problem war es, die Arbeiter_innen im Betrieb zusammenzubringen und gemeinsam die Erpressbarkeit durch die niedrigen Löhne und die Angst vor dem Jobverlust zu überwinden.“ So beschreibt ein Arbeiter, der heute Betriebsrat ist, den Beginn der Auseinandersetzungen bei TNT in Piacenza. Es waren die Kämpfe selbst, die diesen Möglichkeitsraum aufgemacht ha-

²² Siehe hierzu die Reportage der Zeitung „il manifesto“ vom 14. August 2013 (wie Anm. 13).

ben, genauer gesagt: die Schlagkraft der Kämpfe, die den Unternehmen einen so großer Schaden zugefügt haben, dass sie gar nicht anders konnten, als die Forderungen der Arbeiter_innen zu erfüllen. Das Entscheidende daran ist, dass in diesem Prozess der Zustand der Angst und Erpressbarkeit überwunden wurde und autonome Subjektivitäten entstanden sind, die widerstandsfähig gegenüber den Kontrollinstrumenten des Kapitals geworden sind.²³ Ein Warenlager nach dem anderen hat durch den Arbeitskampf die eigenen Forderungen durchsetzen können: von der Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertretung bis zur Anwendung des nationalen Tarifvertrags, von der Wiedereinstellung der wegen ihrer Streikbeteiligung beurlaubten und entlassenen Kolleg_innen bis zur Auszahlung bis dahin nicht anerkannter Lohnrückstände. Aber vor allem, so betonen die Arbeiter_innen, „haben wir uns unsere Würde zurückgeholt, was noch wichtiger ist als das Geld.“²⁴ Dieses Zitat zeigt, dass sich die Auseinandersetzungen auf ein umfassenderes Konfliktfeld bezogen. Dabei ist die Frage der Löhne nur ein Teilspekt und der Verweis auf die Würde gleichzeitig Ausdruck von Widerstand und von Befreiung von der Ausbeutung. Wie ein Arbeiter in einer der Versammlungen hierzu passend anmerkte, hat das arabische Wort für Würde die gleiche Wurzel wie Widerstand, Aufstand, Revolte. Und genau an diesem Punkt zeigt sich der widerständige Subjektivierungsprozess, der diese Kämpfe charakterisiert.

Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass die nordafrikanischen Rebellionen einen entscheidenden Einfluss auf die Arbeitskämpfe in den Logistikkoperativen hatten, da sie gezeigt haben, dass es möglich ist zu gewinnen. Wenn es möglich war, einen Diktator wie Mubarak in Ägypten oder Ben Ali in Tunesien zu verjagen und einen Transformationsprozess der gesamten Gesellschaft anzustoßen, dann musste es auch möglich sein, gegen die Kooperativen

²³ Zum Begriff der Subjektivität siehe Jason Read, *The Micro-Politics of Capital. Marx and the Prehistory of the Present*, Albany 2003.

²⁴ Siehe das Uninomade-Interview mit Mohamed Arafat vom 11. Januar 2013 (wie Anm. 9).

und die Arbeitgeber zu kämpfen, um der Ausbeutung ein Ende zu setzen. Aus diesem Grund haben die Arbeiter_innen bei TNT ganz explizit von Revolution gesprochen: „Was bei TNT in unserem Kampf geschehen ist, damit hat niemand gerechnet. Deshalb haben wir diesen Kampf auch nicht Streik, sondern Revolution genannt: die Revolution bei TNT.“²⁵

Knapp zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Produktion von Subjektivität durch eine Kombination mehrerer Faktoren zustande gekommen ist: das genaue Erkennen des Feindes („Dem Chef muss weh getan werden“); die Wahl adäquater Kampfformen, um dieses Ziel zu erreichen (der Streik und die Blockaden der Produktion/Distribution); die Anwendung des eigenen Wissens über den Produktions- und Distributionsprozess (auf dessen Basis auf die Mobilität von Arbeit und Gütern mit einer entsprechenden Mobilität der Kämpfe geantwortet werden konnte); die Zirkulation von Kampfvorstellungen und -bildern (im Fall der nordafrikanischen Rebellionen); die Autonomie der Organisationspraktiken und die Nichtrepräsentierbarkeit der Kämpfe sowie der Gebrauch der Medien. Internet und soziale Netzwerke wurden beispielsweise intensiv als Kommunikations- und Verbreitungsinstrument der Kämpfe genutzt, was unter anderem auch dazu geführt hat, dass diese über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurden. Die Nachrichten von den Streiks und Blockaden bei IKEA haben sich von Schweden bis in die Türkei und Nordafrika verbreitet. Sie haben einen großen Schaden gerade in den Regionen angerichtet, in denen IKEA neue Märkte erschließen will, denn sie haben zumindest potentiell auch den Arbeiter_innen dort einen Anlass gegeben, die Machtverhältnisse vor Ort in Frage zu stellen. Dies macht deutlich, dass die Kämpfe in der Distributionslogistik eine unmittelbar transnationale Reichweite haben.

Aber der wahrscheinlich bedeutsamste Aspekt bezüglich der Produktion von Subjektivität war in den Kämpfen die Fähigkeit, Streik für Streik, Blockade für Blockade, führende Aktivist_innen

²⁵ Ebd.

mit ausgeprägten politischen Analyse- und praktischen Organisationsfähigkeiten hervorzubringen. Zwar hatten viele die Luft der nordafrikanischen Rebellionen geatmet, doch war dies ihre erste eigene politische Erfahrung. Die Arbeitskämpfe stellen sich somit als wichtiger Raum der Politisierung dar. Gleichzeitig sind während der Kämpfe, in Piacenza ebenso wie in Bologna, veränderte Lebensformen, soziale Beziehungen und Momente der Gemeinschaftlichkeit entstanden, sowohl zwischen den Arbeiter_innen über die unterschiedlichen Warenlager hinweg als auch zwischen den Lagerarbeiter_innen und Gruppen anderer Sektoren – da waren vor allem Prekäre, aber auch Student_innen, mit denen die Lagerarbeiter oft die Universitätserfahrung teilen. Diese Erfahrung der Gemeinsamkeit hat das Leben der jungen migrantischen Arbeiter_innen radikal verändert. Einer der Arbeiter, der an der Auseinandersetzung bei Granarolo beteiligt war, sagt hierzu: „Ich wartete eigentlich nur darauf, die fünf Arbeitsjahre zu erreichen, die notwendig sind, um in Italien eine längerfristige Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, und wollte dann sofort in ein anderes Land gehen. Hier werden wir als Ausländer stark ausgebeutet. Die Lohnzahlungen sind nie korrekt und die CGIL [einer der drei großen italienischen Gewerkschaftsdachverbände] sagt immer nur, dass sich da nichts machen lässt. Dann habe ich mitbekommen, dass die Arbeiter anderer Kooperativen ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen gewonnen haben. Wir sind dann S.I. Cobas [einer Basisgewerkschaft] beigetreten, die den Kampf um die Anerkennung des nationalen Tarifvertrages organisiert hat. Jetzt habe ich das Aufenthaltsrecht bekommen, aber ich will trotzdem in Bologna bleiben. Im Kampf habe ich Brüder gefunden.“²⁶ Die Kämpfe haben also nicht nur die Prozesse der Rassifizierung und Segmentierung der Arbeit unterbrochen; sie waren auch ein höchst wirksames Terrain für den Aufbau von widerständigen Kooperationsbeziehungen zwischen (sehr) jungen, prekären und studentischen Logistikarbeiter_innen und an-

²⁶ Siehe hierzu die Reportage der Zeitung „il manifesto“ vom 14. August 2013 (wie Anm. 13).

deren Prekären und Studierenden, die auf unterschiedlichen Ebenen tagtäglich gegen die gleichen Formen der Ausbeutung kämpfen.

Der proletarische Gebrauch der Gewerkschaften

Die Kämpfe in den Kooperativen der Distributionslogistik haben vor einigen Jahren ziemlich simultan im ganzen Gebiet der Poebene begonnen. Nach Venezien und der Lombardei war in der Region Emilia Romagna Piacenza das erste Epizentrum der Auseinandersetzungen. Im Sommer 2011 hat bei TNT eine kleine Gruppe von etwa zwanzig der 380 dort beschäftigten Arbeiter_innen mit der Mobilisierung begonnen. Zunächst bestand die Strategie darin, von Tür zu Tür, von Haus zu Haus zu gehen, um die Arbeitsverträge und die Verstöße dagegen durch die Arbeitgeber zu erklären und vor allem, „um zu sagen, dass wir diese Behandlung, durch die unsere Würde mit Füßen getreten wird, nicht mehr länger hinnehmen können.“²⁷ Dadurch konnte eine erste Ausweitung der Mobilisierung erreicht werden. Der wirkliche Qualitätssprung kam schließlich zustande, als die Aktivitäten der Informationsverbreitung auf ganz Piacenza ausgeweitet wurden, wo ein Großteil der Arbeiter_innen von TNT und anderen Kooperativen des nahen Logistikzentrums wohnen. Dennoch reichte zum Streikbeginn die Selbstorganisation der Arbeiter_innen alleine nicht aus. In diesem Moment habe die Arbeiter_innen beschlossen, nach einer Gewerkschaft zu suchen, die ihren Kampf unterstützen würde. „Im Juli 2011 sind wir S.I. Cobas begegnet; ich habe erklärt, dass wir innerhalb von einer Woche eine Blockade organisieren würden. Die Leute von S.I. Cobas waren bereit, uns dabei zu unterstützen. Wir haben angefangen, und wir haben gewonnen.“²⁸

²⁷ Siehe das Uninomade-Interview mit Mohamed Arafat vom 11. Januar 2013 (wie Anm. 9).

²⁸ Ebd.

In ähnlicher Weise ist die Sache bei den Arbeiter_innen im Warenlager von Granarolo in Bologna gelaufen, das von der Kooperative CTL im Auftrag des Genossenschaftskonsortiums SGB betrieben wird. Die Mobilisierung begann im Sommer 2012 mit der Forderung nach der Anwendung des nationalen Tarifvertrages. Die Arbeiter_innen haben sich zunächst an die CGIL (den eher linken Gewerkschaftsverband) gewendet und dann an UGL (eine rechte Gewerkschaft). Aber in beiden Fällen wurden die Erwartungen schnell enttäuscht. Mit der CGIL „gab es zwei Treffen und einen Besuch im Warenlager. Dann haben wir mitbekommen, dass sie sich schon mit der SGB abgesprochen und geeinigt hatten, und damit war die Sache zwischen uns beendet. UGL hat nach vier Monaten einen Vertrag mit der SGB unterschrieben, der eine Lohnkürzung von 35 Prozent vorsah“, erzählt ein Arbeiter. Den Möglichkeitsraum für die Auseinandersetzung bei Granarolo haben schließlich die Arbeitskämpfe in anderen Warenlagern geschaffen. „Wir haben Kontakt aufgenommen mit Lagerarbeitern von SDA, die Mitglieder bei S.I. Cobas waren, und mit ihnen zusammen haben wir unsere Forderung gestellt: fünfte Lohngruppe ab dem ersten März und Konformität mit dem nationalen Tarifvertrag. Am 18. März wurde dann gestreikt.“²⁹

Ein besonders interessanter Aspekt bezüglich der Beziehungen zwischen den Arbeiter_innen der Distributionslogistik und den Gewerkschaften ist, dass letztere in den Kämpfen als Dienstleister genutzt wurden. Die migrantischen Arbeiter_innen waren überwiegend skeptisch hinsichtlich der Fähigkeit und Bereitschaft der Gewerkschaften (hauptsächlich der CGIL), sich tatsächlich ihrer Arbeitsprobleme anzunehmen, beziehungsweise hinsichtlich der Komplizenschaft der Gewerkschaften mit den Kooperativen. Sie haben deshalb eine Gewerkschaft gesucht, die besser auf ihre Bedürfnisse eingeht: „Eine Gewerkschaft, die bereit ist, uns in unseren Kämpfen zu unterstützen, so wie wir sie führen wollen, mit

²⁹ Siehe die Reportage der Zeitung „il manifesto“ vom 14. August 2013 (wie Anm. 13).

Streiks und Blockaden, die den Chefs und ihren Interessen wirklich weh tun.³⁰ Mit anderen Worten, eine Gewerkschaft im Dienst der Arbeiter_innen und nicht umgekehrt. Die traditionellen Gewerkschaftsverbände werden höchstens als Serviceagenturen betrachtet, an die sich für die Erneuerung des Aufenthaltsstatus, die Familienzusammenführung oder das Ausfüllen irgendeines Formulars gewendet wird, aber nicht um eigene Rechte einzufordern. Es lässt sich also einerseits von einer aktiven Passivität der Arbeiter_innen sprechen, die im Zurückweisen der (traditionellen) Gewerkschaften als untauglich für das Führen von Kämpfen zum Ausdruck kommt. Andererseits ist ein proletarischer Gebrauch der Basisgewerkschaften zu erkennen, die als flexibles Instrument zur Potenzierung der Arbeiter_innenautonomie genutzt werden.

Seit 2011 hat die Basisgewerkschaft S.I. Cobas durch die Arbeitskämpfe einen schnellen Mitgliederanstieg in vielen Warenlagern der Emilia Romagna erlebt. Nach dem ersten Erfolg bei TNT in Piacenza haben sich die Mobilisierungen schnell auf andere Warenlager des piacentinischen Logistikzentrums und auch außerhalb der Provinz, vor allem in Bologna, ausgeweitet. Ein nationaler Koordinator der S.I. Cobas betonte dennoch während des Generalstreiks am 22. März 2012: „Auf jeden Erfolg folgt eine Reaktion der Arbeitgeber, die versuchen, die durch die Kämpfe erzwungenen Zugeständnisse wieder zurückzunehmen.“

Zum Beispiel wurde bei IKEA in Piacenza eine Betriebsvereinbarung unterzeichnet, mit der die Anwendung des nationalen Tarifvertrags, die Anerkennung gewerkschaftlicher Aktivitäten und die Reduktion der exponentiell gestiegenen Arbeitsrhythmen und -volumen festgeschrieben wurde. Unmittelbar danach hat die Kooperative, die das Warenlager managt, jedoch versucht, zu der Vorstreiksituation zurückzukehren, indem sie die Menge der durchschnittlich zu bearbeitenden Paletten verdreifacht hat. Außerdem wurden im Oktober etwa neunzig Arbeiter_innen ausgesperrt, weil

³⁰ Uninomade-Interview mit Mohamed Arafat vom 11. Januar 2013 (wie Anm. 9).

sie gegen die neuen Arbeitsrhythmen protestiert hatten.³¹ An diesem Punkt kam es zu einer Radikalisierung der Initiativen der Arbeiter_innen, die mit der Konstitution eines breiten Unterstützerkreises einherging, der politische und soziale Netzwerke in Piacenza und darüber hinaus umfasste. Dies ist ein weiteres Zeichen für die Autonomie der Arbeiter_innen.

Die Basisgewerkschaft hat ihrerseits eine keineswegs selbstverständliche Fähigkeit gezeigt, den Initiativen der Arbeiter_innen zu folgen. Ein Beispiel hierfür ist die Tatsache, dass bei der alltäglichen Organisation der Streikposten die Positionen der Gewerkschaft offen von Arbeiter_innen und Unterstützer_innen diskutiert wurden, mit nicht immer vorhersehbaren Ergebnissen. Gleichzeitig hat S.I. Cobas sich offen gegenüber anderen Praxen und Kampfformen gezeigt. Am 2. November, während einer der vielen Streikpostenaktionen der sieben Monate andauernden Auseinandersetzung bei IKEA, hat die Polizei am Werkstor 9 mit extremer Gewalt die Streikenden angegriffen, mit zwanzig Verletzten und dreißig Anzeigen auf Seiten der Streikenden und Unterstützer_innen. Das Echo dieser Angriffe hat als Resonanzboden gewirkt und weitere Proteste provoziert. So wurde die Internetseite von IKEA Objekt einer Subvertising-Kampagne und daraufhin schnell geschlossen. Am 18. Dezember, kurz vor den Weihnachtsferien, haben Student_innen, Prekäre und verschiedene politische Kollektive in Bologna gemeinsam mit den Arbeiter_innen von IKEA in Piacenza und anderswo einen Streikposten vor einem IKEA-Geschäft organisiert. Während die Kundgebung mehrere Male von der Polizei angegriffen wurde, hat sie viel Solidarität von Kund_innen erfahren, die offenbar in ähnlich prekärer Situation lebten.³² In beiden Fällen kam zu dem ökonomischen Schaden durch die Blockaden für IKEA auch noch ein beträchtlicher Imageschaden hinzu. Anfang Januar hat das

³¹ Ebd.

³² Siehe die Sendung von Radio Uninomade vom 18. Dezember 2012, [<http://www.uninomade.org/ikeainlotta-diretta-su-radio-uninomade/>].

schwedische Unternehmen dann das Handtuch geworfen und alle Forderungen der Arbeiter_innen angenommen.

Die Kräfteverhältnisse

Die Auseinandersetzung bei Granarolo in Bologna stellt ein geradezu paradigmatisches Beispiel für die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiter_innen, Gewerkschaften und Arbeitgebern dar. Auf der einen Seite sind die Kämpfe dort unmittelbar ins Zentrum des Systems der Kooperativen vorgedrungen, in seine Trutzburg: die „rote“ Region Emilia Romagna. Gerade in dieser Region hat die dort seit langem die Politik bestimmende institutionalisierte Linke – ex-sozialistische und kommunistische Parteien, die heutige Demokratische Partei (PD), der Gewerkschaftsdachverband CGIL undsoweiter – ihre ökonomische und politische Macht auf dem System der Kooperativen aufgebaut. Über 500.000 Menschen sind in der Emilia Romagna in Kooperativen beschäftigt, und diese verzeichnen einen ständig wachsenden Umsatz, wobei die besten Produktivitätsergebnisse von den Agrar- und Lebensmittelkooperativen verbucht werden. Dazu gehören unter anderem Granarolo und Coop Adriatica, die im Dezember 2012 und Januar 2013 beide mit im Zentrum der Auseinandersetzung gestanden haben. Andererseits ist die Reaktion der Arbeitgeber hier sehr hart gewesen. Ein- undvierzig Arbeiter_innen sind bei Granarolo entlassen worden, weil sie sich am Streik beteiligt und die Anerkennung des nationalen Tarifvertrages sowie die Rücknahme einer fünfunddreißigprozentigen Lohnkürzung gefordert hatten. Diese Lohnkürzung wurde vom Management mit der Weltwirtschaftskrise begründet, erschien den Beschäftigten aber angesichts der auch in der Krise stetig wachsenden Unternehmensgewinne besonders skandalös.³³ Als

³³ Ausgehend von der besonderen Rolle der Kooperativen innerhalb des italienischen Systems der Distributionslogistik kann die Diskrepanz zwischen wachsenden Unternehmensgewinnen und dem „Krisenzustand“ sowie der Kürzung der Arbeitslöhne erklärt werden. In einer langen Kette aus Werkverträgen und Subunternehmungen wird ein Großteil der Arbeit an die Kooperativen und deren Konsortien

es in mehreren Städten wegen dieser Geschehnisse zu Streikpostenaktionen und Blockaden kam, haben Aufstandsbekämpfungseinheiten von Polizei und Carabinieri wiederholt die Arbeiter_innen angegriffen, um sie zu zerstreuen. Das hat dann nicht zuletzt den institutionellen Rassismus in Italien zum Vorschein gebracht. Einer der vielen Tweets, die von den Blockaden aus gesendet wurden, bringt diese Erfahrung auf den Punkt: „Wenn der Streikposten aus migrantischen Arbeiter_innen besteht, dann vermittelt die Polizei nicht, sondern schlägt brutal zu.“³⁴

Während es bereits bei IKEA in Piacenza Entlassungen und Polizeiangriffe gegeben hatte, kam es bei den Auseinandersetzungen bei Granarolo zu einem politischen Qualitätssprung. Das System der Kooperativen ist in dieser Region der Träger starker Interessen, die sich um die Legacoop, den Dachverband der Kooperativen, und die Finanzgruppe Unipol gruppieren, die beide wiederum eng mit der Demokratischen Partei (PD) verbunden sind, die seit Jahren die Lokalregierung stellt. In diesem Kontext ist wahrscheinlich auch die Entscheidung der von Granarolo angerufenen Streikgarantiekommission zu sehen,³⁵ Milch und Milchprodukte zu essentiellen Primärgütern zu erklären, deren Produktion und Zirkulation laut italienischem Streikrecht nicht blockiert werden darf. Es war das erste Mal, dass das Gesetz über die Einschränkungen des Streikrechts auf den Sektor der Distributionslogistik angewandt wurde. Und dies geschah nicht zufällig in einem Moment ausgeprägter Konflikte in diesem Sektor. Diese Entscheidung wird zwei-

vergeben, die innerhalb eines besonderen Rechtssystems und im Schatten der großen Markenproduzenten die Tarifverträge und das Steuersystem umgehen und so ungestört die Ausbeutung der Arbeitskräfte realisieren können, während die Konkurrenz zwischen den Kooperativen zu einer enormen Reduktion der Lohnkosten führt.

³⁴ Siehe [Lavoratori coop #logistica resistono], [#granarolo #bologna].

³⁵ Die Garantiekommission hat offiziell die Aufgabe, über die eingeschränkte Anwendung des Streikrechts im Bereich essentieller öffentlicher Dienstleistungen zu wachen und eine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte der Einzelnen (auf Leben, Gesundheit, Freiheit und Sicherheit, Bewegungsfreiheit, soziale Absicherung, Bildung und Kommunikationsfreiheit etc.) durch einen Streik zu verhindern.

felllos schwerwiegende Rückwirkungen auf die Kämpfe haben. Einerseits trifft sie ihr wichtigstes Instrument, da die wilden Streiks damit für illegal erklärt werden, die es ja gerade geschafft hatten, ohne Vorankündigung und von der Güterzirkulation ausgehend den gesamten Prozess der Inwertsetzung zu blockieren. Andererseits hat diese Entwicklung aber auch die soziale und politische Aufmerksamkeit für diese Auseinandersetzung erhöht. So erklärten in etlichen Stellungnahmen mehrere Jurist_innen die Entscheidung der Garantiekommission für verfassungswidrig, weil – kurz zusammengefasst – Milchprodukte zwar durchaus als essentielle Güter angesehen werden könnten, ihr Markt jedoch nicht (wie im entsprechenden Gesetz vorausgesetzt) von einem Monopol, sondern von Konkurrenz gekennzeichnet sei. Darüber hinaus gab es in Reaktion auf diese Streikrechtseinschränkung am 2. Juni in Bologna eine Demonstration für demokratische Teilhabe und die Möglichkeit, politischen Dissens auszudrücken, die eine breite Beteiligung von einfachen Bürger_innen, Student_innen und anderen Schichten des sozialen Prekariats zu verzeichnen hatte.

Der politische Einsatz

Als eine der Charakteristiken und Stärken der Arbeitskämpfe in der Distributionslogistik kann schließlich angesehen werden, dass es ihnen gelungen ist, über rein gewerkschaftliche oder betriebliche Forderungen hinauszugehen und auf eine umfassendere Mobilisierung zu setzen. Und das nicht nur, weil dieser Kampf im umfassenden Sinn Fragen migrantischer Arbeit artikuliert, indem er die Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen unmittelbar zum Kampf gegen den erpresserischen Mechanismus der Migrationsgesetze und den sich ausbreitenden Rassismus in Beziehung setzt. Die Mobilisierungen im Logistiksektor haben darüber hinaus den Lagerarbeiter_innen Möglichkeiten eröffnet, sich an weiteren Auseinandersetzungen zu beteiligen: von den vielen Unterstützungsinitiativen für Arbeiter_innen und Gewerkschaftsvertreter_innen,

die aufgrund ihrer Aktivitäten von Restriktionen und Strafzahlungen betroffen sind (im Fall des Streiks im IKEA-Lager setzte die Polizeidirektion von Piacenza beispielsweise großflächig Platzverweise ein), über die Teilnahme an alternativen Initiativen zum ersten Mai, jenseits der Kundgebungen der Gewerkschaftsdachverbände, bis hin zu den vielen Versammlungen an den Universitäten und den Momenten der Begegnung und Diskussion mit Studierenden und anderen Prekären, an denen die Arbeiter_innen der Distributionslogistik immer beständiger teilnehmen. Der umfassende Raum des Austausches und der Kooperation, den der Kampf der Logistikarbeiter_innen – im scharfen Kontrast zur falschen offiziellen Integrationsrhetorik – aufgemacht hat, ist dabei ein besonders wichtiges Moment. Im Lauf der Monate sind Beziehungen geknüpft worden, gemeinsame Praxen und eine gemeinsame Sprache zwischen unterschiedlichen sozialen und Beschäftigtengruppen erprobt worden, auf die keine/r der Beteiligten mehr verzichten will. Denn alle sind sich bewusst, dass es genau solche gemeinsamen, kooperativen Konfliktpraxen braucht, um den Weg in Richtung Veränderung gehen zu können. In dieser Hinsicht haben die Kämpfe der Logistikarbeiter_innen noch einen weiteren wichtigen Effekt gehabt: Sie haben etwas ins Zentrum der politischen Agenda zurückgebracht, das lange vergessen war: die Möglichkeit des Kampferfolges.

Bedeutet dies alles, dass die Dynamiken der Klassenneuzusammensetzung sich bereits entfaltet haben und in vollem Schwung sind? Sicherlich nicht, aber der emphatische Hinweis auf die Frage der Kooperation und Verallgemeinerung der Kämpfe, den uns die erfolgreichen Auseinandersetzungen in der Distributionslogistik geben – die Einsicht, dass auf den eigenen Sektor beschränkte Kämpfe langfristig zu nichts führen, und das während der gemeinsamen Streikposten gewachsene Gefühl, dass der Kampf der einen der Kampf aller ist –, stellt einen wichtigen Ansatzpunkt dar, von dem aus gemeinsam weiterentwickelt und vorwärtsgegangen werden kann. Angesichts der offensichtlichen und andauernden Frag-

mentierung der durchaus vielfältigen Konflikte, die in der Krise ausbrechen, ist es das Anliegen der militanten Untersuchung zu versuchen, in den vorhandenen Kämpfen Tendenzen und Möglichkeiten der Verallgemeinerung zu erkennen. Die Tendenz und Möglichkeit als schon realisiert darzustellen, wäre ein unsinniger, kindischer Abkürzungsversuch. Sich nicht darum zu bemühen, diese Tendenzen und Möglichkeiten ausfindig zu machen, würde bedeuten, das Gemeinsame aufzugeben. Der langweilige Streit zwischen Optimismus und Pessimismus des Willens führt am Ende nur dazu, den militanten Verstand zu vernebeln.

Helmut Dietrich

Unliebsamer Aufstand? Zur Diskussion über Azawad und Arabellion

NoLager Bremen hat meinen Aufsatz „Nord-Mali / Azawad im Kontext der Arabellion“ (Heft 10 / 2013) in Heft 11 / 2013 kritisch besprochen. Meine These zur Entwicklung der dortigen Unruhen lautete: Dem Aufstandsbeginn in Nord-Mali liegen lokale und regionale Sozialrevolten im Jahr 2010 zugrunde, die in ihrer Erscheinungsweise der Arabellion gleichen. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass sie sich in einer Hungerzone entwickeln und kein Gehör im Norden finden, weder bei den Aufständen in Nordafrika, noch bei den europäischen und US-amerikanischen Occupy-Protesten.

Das transnationale soziale Subjekt dieser Revolten steht in meinem Aufsatz im Mittelpunkt:¹ Seit dem Aufstand im Jahr 2010 machen sich auch in Nord-Mali die Armen, Ausgebeuteten und Entrechteten in einer neuen historischen Formierung bemerkbar. Auf den Plan treten Jugendliche, die von der durch neoliberale Wirtschaftspolitiken bedingten Landflucht der letzten zwei Jahrzehnte und von der Bildungsexpansion geprägt wurden. Sie sind in der Dorf- und Stadtteilarmut verankert, aber regional wie transnational hochmobil, mehrsprachig und gewandt, was die Nutzung technischer Kommunikationsmittel angeht. Ihre Argumentationsmuster sind globalisiert. Sie berufen sich auf Menschenrechte und dokumentieren entscheidende Ereignisse, um sie in die Öffentlichkeit zu bringen. Zugleich verstehen sie es, wie undokumentierte Flüchtlinge und MigrantInnen wieder gänzlich von der Bühne der Sichtbarkeit zu verschwinden.

¹ Den Anlass meiner Recherchen zu Nord-Mali bildeten persönlichen Erfahrungen: Bis Sommer 2010 habe ich in Algerien gelebt und dort auch Studierende aus Mali und der Sahara unterrichtet. Zu Beginn meiner Recherchen habe ich im Internet Texte direkt aus dieser Sozialrevolte gefunden, die durch Klarheit bestechen; aus ihnen habe ich ausführlich zitiert.

NoLager Bremen argumentiert hingegen in seiner Kritik vom Ende der Aufstandsentwicklung her: Dass die Tuareg-Organisation MNLA (*Mouvement national de libération de l'Azawad*) die Sozialunruhen instrumentalisiert haben könnte, leiste einer „Romantisierung“ des MNLA Vorschub, und das erscheint angesichts der aufgeheizten Stimmung geradezu ungeheuerlich. Rückblickend heißt es bei NoLager Bremen: „Es macht einfach keinen Sinn, lobend ein Strategiepapier der [Vorläufer-Organisation] MNA zu erwähnen, welches einen ‚allmählichen und irreversiblen Vertrauensverlust zwischen nördlichen Communities und Zentralregierung‘ ins Zentrum rückt.“ Stattdessen gelte es, einen „neuen ‚sozialen Vertrag‘ zwischen Bevölkerung und Regierung“ für Gesamt-Mali zu erarbeiten.² Aufstände mit nur regionaler Reichweite seien von Anbeginn verfehlt.

Mit dieser Anmerkung trifft NoLager Bremen den Kern auch der Arabellion: Nirgendwo haben die Aufstände, die seit Ende 2010 / Anfang 2011 in vielen Ländern andauern, eine solche nationale Perspektive der Revolution oder Reform aufscheinen lassen. Die Aufstände tendieren gerade nicht nach einem „neuen Sozialvertrag zwischen Bevölkerung und Regierung“. Sie kommen aus völlig vernachlässigten Landesteilen, und sie bringen keine Anführer und neuen Eliten hervor, die entsprechende staatliche Neugründungsakte vollbringen und damit das alte Polizei- und Militärwesen sowie die vorgängigen ungerechten Eigentumsverhältnisse zerschlagen könnten. Dennoch – oder vielleicht gerade wegen dieser

² Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den bewaffneten Organisationen Nord-Malis haben mit wenig Erfolg zunächst in Ougadougou und dann in Algier stattgefunden. Seit dem 1. Februar 2014 finden die Verhandlungen unter Führung des Weltsicherheitsrats in Mopti statt, das auf der Grenzlinie zwischen Süd- und Nordmali liegt; siehe [<http://www.rfi.fr/afrique/20140202-mali-conseil-securite-delegation-mopti-araud-ibk>]. In Strategiepapieren wird der Politik empfohlen, die international vorherrschende ethnisierende Sicht des Konflikts zu relativieren und vielfältige sozialen Ursachen zu berücksichtigen; siehe Michel Luntumbue, *Comprendre la dynamique des conflits. Une lecture synthétique des facteurs de conflits en Afrique de l'Ouest*, GRIP (Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité), Brüssel, 14. Januar 2014.

„Anomalie“ – lehren diese Aufstände die Herrschenden das Fürchten. In wenigen Wochen haben revoltierende Menschen auf der Straße die stabilsten Diktaturen Nordafrikas gestürzt.

Der soziale Ursprung der nordmalischen „Instabilität“ scheint inzwischen vergessen. Er wurde von verschiedenen machtfixierten Gegenbewegungen überlagert. In Nord-Mali haben zunächst circa 300 bis 400 Tuareg-Milizionäre, die aus Libyen zurückkamen, das Ruder an sich gerissen. Dann wurden diese von einigen hundert bewaffneten dschihadistischen Kämpfern verdrängt, die im Januar 2013 die inoffizielle Grenze nach Süd-Mali überschritten. Der anschließende französisch-tschadische Militäreinsatz richtete sich erklärtermaßen und auch faktisch gegen die islamistischen Gruppen.³ Aber der malische Zentralstaat will den französischen Militäreinsatz gegen den drohenden Separatismus der MNLA aufgestellt sehen.⁴ Dieser, und nicht der Dschihadismus gilt Bamako als Hauptfeind. Und schließlich lässt die deutsche Bundesregierung im Umfeld der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 verlauten, dass sie mehr Bundeswehrtruppen nach Mali schicken will, um die transsaharische Migration schon vor der Ankunft am Mittelmeer zu stoppen.⁵

³ Nach französischen und afrikanischen Regierungskreisen wurden durch die Militärintervention 600 Personen getötet und 400 Personen gefangengenommen: Bryant Harris, Restive North Languishes in Post-War Mali, IPS, Washington, 15. Januar 2014. Die Coordination des cadres de l'Azawad beziffert die Zahl extralegalen Hinrichtungen durch die malische Armee und ihre Milizen im Schatten der Militärintervention im Jahr 2013 auf 498: Bilan partiel des exactions et exécutions extrajudiciaires dans l'Azawad, janvier 2013 à janvier 2014, [<http://www.tamurt.info/bilan-partiel-des-exactions-et-executions-extra-judiciaires-dans-l-azawad-janvier-2013-a-janvier-2014-2014,5530.html>].

⁴ Jean-Dominique Merchet, Mali : la France commence à s'inquiéter des intentions du président IBK, L'opinion 26. Januar 2014.

⁵ Wolfgang Ischinger im Interview, Die Welt, 31. Januar 2013: „Als Tausende von Flüchtlingen aus Bosnien nach Deutschland kamen, hat sich die deutsche Politik massiv engagiert – viel stärker als Frankreich. Bis heute sind wir stärkster Truppensteller im Kosovo! [...] *Die Welt*: Bei Ausbruch der Mali-Krise fragten sich die meisten deutschen Politiker: Wo ist das überhaupt? Wieso ist diese Wüste wichtig? – *Ischinger*: Weil es mit dem Auto nur ein paar Stunden dauert, bis ein Terrorist oder

Vom Hunger, der sich 2014 in Nord-Mali wie in der gesamten Sahelzone erneut und dramatisch ausbreitet, ist keine Rede.⁶ Und von der Staatsferne der dortigen Bevölkerungen, die in mobiler und grenzüberschreitender informeller Wirtschaft überleben, wird ebenfalls nicht gesprochen. Noch immer sind ungezählte Flüchtlinge aus Nord-Mali im Ausland; am 31. Oktober 2013 waren noch 283.726 innerstaatliche Flüchtlinge in Mali registriert.⁷ Aber es ist sinnvoll, alle machtpolitischen und militärischen Akteure, die dort aktiv sind, auf eine „*hidden agenda*“ gegenüber dem Hunger und der mobilen Staatsferne der Bevölkerung hin zu befragen.

Seit Beginn der französisch-tschadischen Militärintervention haben die Nachbarstaaten ihre Grenzen geschlossen. Auf nordafrikanischen Gipfeltreffen haben sie bekräftigt, dass die Grenzsicherungen von Dauer sein werden. Die nord- und westafrikanischen Militärs haben seit zwei, drei Jahren die Grenzaufrüstung zum bevorzugten Ziel ihrer Arbeit gemacht. Ein neues Grenzregime entsteht in der Sahara.⁸ Die Bevölkerung, die oft grenzüberschreitende familiäre Bindungen hat und Lebensform wie Einkommensmöglichkeiten grenzüberschreitend organisiert, sieht sich abgeschnitten und einer neuen Form der Einhegung unterworfen. Wenn die mobile, migrierende Existenzform vernichtet und Flucht vereitelt wer-

Flüchtling die Fähre nach Europa erreicht.“ – Langfristig müssten 10.000 Soldaten in Nord-Mali stationiert werden, laut Rinaldo Depagne, dem ICG-Direktor für Westafrika: Harris, Restive North (wie Anm. 3)

⁶ In Nord-Mali müssten wegen akutem Hunger sofort 800.000 Personen Lebensmittelhilfe erhalten. In den nächsten drei Monaten wird sich dieser Kreis auf drei Millionen Menschen ausweiten: Augustin K. Fodou, Crise alimentaire au Mali: les ONG tirent la sonnette d'alarme. JournalduMali.com, 31. Januar 2014. Laut UNO sind im Jahr 2014 in der Sahelzone 20 Millionen Menschen von Hunger bedroht: Middle East Online, 3. Februar 2014.

⁷ Siehe [<http://maliactu.net/regions-nord-du-mali-le-grand-retour-des-deplacés/>].

⁸ Helmut Dietrich, Von der Pan-Sahel-Initiative zum neuen Grenzregime in der Sahara, inamo 72 (2012). Siehe auch Fayçal Métaoui, Aborder les menaces extérieures autrement, El Watan, 21. Januar 2013; Ghania Oukazi, Lutte antiterroriste et sécurité dans le Sahel et le Maghreb: L'UE veut impliquer l'Algérie sur le terrain, Le Quotidien d'Oran, 18. Januar 2014; Ahmed Elumami, Libya and Algeria sign border security deals, Libya Herald, 29. Dezember 2013.

den kann, wird der Hunger zur Waffe einer neuen Staatlichkeit, die sich auf Warlords, Grenztruppen und internationale Spezialkommandos gründet.⁹ Das französische und US-amerikanische Militär setzen Drohnen, Satelliten und elektronische terrestrische Detektoren ein, um Personenbewegungen in Nord-Mali zu verfolgen.¹⁰ Die neue französische Kriegsstrategie in Nord-Mali nutzt solche Daten, um Militärkommandos zum Töten ins Gelände zu schicken und sie anschließend sofort zurückzubeordern.¹¹ Die Strategie stammt aus der US-Kriegsführung im Irak.

Malische Staatsangehörige werden in den Nachbarländern illegalisiert, weil sie ihre mehrmonatigen regulären Aufenthalte nicht mehr durch kurze Ausreisen verlängern können. Die transsaharische irreguläre Migration verläuft heute wieder größtenteils über Libyen, da dies der einzige Staat in der Region ist, dessen Regierung seine Grenzen nicht kontrolliert.¹²

Doch zurück zur Auseinandersetzung mit NoLager Bremen über Nord-Mali / Azawad: Wir sollten betonen, dass wir in praktischen Fragen gemeinsame Bezugspunkte haben. Die Abgeschobenen, Flüchtlinge und Boat-people des Mittelmeers, die uns wie bei „Lampedusa in Hamburg“ nun auch mit selbständigen Protesten erreichen, gehören diesen oben beschriebenen neuen sozialen Kernen an, die wir in Mali, und eben auch in Nord-Mali / Azawad, wiederfinden.

⁹ Das algerische Militär fahndet zusammen mit dem Zoll nach Weizenschmuggel über die geschlossene algerisch-malische Grenze; beispielsweise beschlagnahmten sie dort am 1. Februar 2014 fünf LKW-Ladungen mit insgesamt 55 Tonnen Weizen: *Le Quotidien d'Oran*, 4. Februar 2014.

¹⁰ Frankreich und die USA überwachen Nord-Mali von ihrer gemeinsamen Militärbasis im Niger aus mithilfe der Drohnen „MQ-1 Predator“ und „MQ9-Reaper“: Ignacio Cembrero: *Los 'drones' surcan el Magreb a la caza del terrorista*, *El País*, 26. Januar 2014.

¹¹ Aziz M., *Nouvelle stratégie au nord du Mali pour les Français*, *El Watan*, 31. Januar 2014.

¹² Astrid Frefel, *Libyen bleibt das bevorzugte Transitland für Flüchtlinge*, *Neue Zürcher Zeitung*, 28. Januar 2014.

Diese sozialen Stimmen, die nach Würde und Überleben, nach Bewegungsfreiheit und Einkommen verlangen, so unterschiedlich und widersprüchlich sie auch sein mögen, sollten wir gegen die herrschende Lesart setzen, die die Unruhen und Aufstände in der Sahara und im Sahel generell als Konfessions-, Religions- oder Ethnokonflikte in zerfallenden Staaten einstuft.

Und wenn wir die militärischen Geschehnisse in Ägypten und Syrien als Omen nehmen, haben wir damit zu rechnen, dass sich die internationalen Militäreinsätze in der Sahara nicht nur gegen Dschihadisten richten werden, sondern auch gegen die dortige Bevölkerung, gegen MigrantInnen und Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa und gegen künftige Sozialrevolten.

Max Henninger

Rhetorik der Desillusionierung. Kritische Anmerkungen zu Jörg Baberowskis Gewaltbegriff

Im Mittelpunkt der Arbeiten des Osteuropa-Historikers Jörg Baberowski und seiner Schüler steht die Untersuchung von Zonen entfesselter physischer Gewalt, sogenannten „Gewalträumen“.¹ Der Begriff ist in seiner Allgemeinheit sehr vielfältig anwendbar, auf historische ebenso wie auf aktuelle Entwicklungen. Um eine Bezugnahme auf Gegenwärtiges wird Baberowski tatsächlich auch regelmäßig gebeten, jüngst etwa als Kommentator der Auseinandersetzungen um den Anschluss der Krim an Russland.² Besonders kurz ist der Weg von Baberowskis historischen Forschungen zu den Konflikten der Gegenwart im Fall seiner Zuarbeit für das „Modul Einsatzunterstützung“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA).³

¹ Siehe etwa Jörg Baberowski, *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, Köln 2012; Felix Schnell, *Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905–1933*, Hamburg 2012. Vgl. zu diesen beiden Veröffentlichungen die Rezensionen von Frank Borris und Franziska Bruder in *Sozial.Geschichte Online* 8 (2012), S. 138–147, und *Sozial.Geschichte Online* 11 (2013), S. 99–105.

² Deutschlandfunk, Sendung Hintergrund, 17. März 2014, [http://www.deutschlandfunk.de/optionen-im-krim-konflikt-live-brennpunkt-druck-und-724.de.html?dram:article_id=2803629]. Siehe auch Jörg Baberowski, *Zwischen den Imperien*, *Zeit Online*, 13. März 2014, [<http://www.zeit.de/2014/12/westen-russland-konflikt-geschichte-ukraine>]; kritisch dazu: Ulrich Schmid, *Das ist eine Nation*, *Zeit Online*, 20. März 2014, [<http://www.zeit.de/2014/13/ukraine-contra-teilung#comments>].

³ Baberowski ist Beiträger der vom MGFA in Auftrag gegebenen *Kaukasus- und Afghanistan-Handbücher: Jörg Baberowski, Der hundertjährige Krieg 1774–1878: Russische Expansion und zarische Herrschaft*, in: Bernhard Chiari (Hg.), unter Mitarbeit von Magnus Pahl, *Wegweiser zur Geschichte: Kaukasus*, Paderborn 2008, S. 37–45; ders., *Afghanistan als Objekt britischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jahrhundert*, in: Bernhard Chiari (Hg.), *Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan*, Paderborn 2009, S. 27–35. Zu einem auf Einladung des MGFA gehaltenen Vortrag Baberowskis über den „gewalttätigen Dialog“ zwischen Wehrmacht und russischer Bevölkerung an der Ostfront des Zweiten Weltkriegs siehe Peter Hoeres, *Am Anfang stand die Gewalt*, *Handelsblatt*, 25. Juni 2008, [<http://www.handelsblatt.com/>]

Baberowskis Urteil ist, trotz teils vehementer fachlicher Kritik an seinen Arbeiten,⁴ weithin gefragt. Der 1961 Geborene kann als arriviert gelten: Ein im Nachrichtenmagazin *Spiegel* erschienener Artikel präsentiert ihn in einer Reihe mit Fritz Fischer, Gerhard Ritter, Ernst Nolte und Hans-Ulrich Wehler.⁵

Die folgende Skizze ist vorläufiges Ergebnis von Diskussionen um Baberowskis historiographischen Ansatz und fragt, ausgehend von einem 2012 erschienenen Text, nach dem Gewaltbegriff, der der Rede von den „Gewalträumen“ zugrundeliegt.

In seiner Einleitung zum Sammelband *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand* entfaltet Baberowski eine Rhetorik der Desillusionierung, um die Vorstellung von einem „endgültige[n] Ende der Gewalt“ als „schöne Hoffnung“ zu diskreditieren, die „allen Erfahrungen“ widerspreche.⁶ Irritierend daran ist, dass Baberowski über weite Strecken nicht etwa Argumente bemüht, sondern eben Rhetorik. Nicht wenige Absätze beginnen mit kategorischen Aussagen wie „Gewalt verändert *alles*“, „Niemand möchte [...] der Gewalt ins Auge sehen“, „Alle [...] Erzählungen [...] haben Gewalt als Abweichung [...] beschrieben“ oder „Überall dort, wo die Macht sich ihrer selbst nicht gewiss wird, greift sie [...] auf Gewalt zurück“.⁷ Solche Aussagen werden als selbstverständlich präsentiert, obwohl sich ihr Wahrheitsgehalt, sofern es sich nicht um Gemeinplätze handelt, durchaus in Frage stellen ließe. Vor allem aber stehen diese Sätze dort, wo nach gängigen wissenschaftlichen Standards die Begriffserläuterung stehen müsste. Baberowski verzichtet darauf, seinen Ausführungen konzise Definitionen (und

technologie/forschung-medizin/geisteswissenschaften/militaergeschichte-am-anfang-stand-die-gewalt/2978458.html].

⁴ Siehe die Beiträge zu Baberowski, *Verbrannte Erde* (wie Anm. 1) in: Osteuropa, 62 (2012), 4, S. 181 ff.

⁵ Dirk Kurbjuweit, *Der Wandel der Vergangenheit*, *Der Spiegel*, 7 (2014), S. 112–117.

⁶ Jörg Baberowski, *Ermöglichungsräume exzessiver Gewalt*, in: ders. / Gabriele Metzler, *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, Frankfurt am Main / New York 2012, S. 7–27, hier S. 13.

⁷ Ebd., S. 7, 8, 10, 16; Hervorhebungen M. H.

seien sie auch nur vorläufig) der in ihnen verwendeten Grundbegriffe voranzustellen: Die semantischen Felder, auf die Worte wie ‚Macht‘ oder ‚Gewalt‘ verweisen, werden eher umkreist als abgesteckt, und vieles wird offenbar bewusst mehrdeutig gelassen, um je nach Opportunität einmal diesen und dann jenen Sinn suggerieren zu können.

Natürlich ist ein Wort wie ‚Gewalt‘ – anders als Neologismen wie „Gewaltraum“ oder „Ermöglichungsraum“, die im Übrigen ebenfalls nie erläutert werden – Teil der Alltagssprache, so dass man ein rudimentäres Verständnis davon unterstellen kann. Doch ist es von wissenschaftlicher Forschung wohl nicht zuviel erwartet, dass sie bei diesem Alltagsverständnis nicht stehenbleibt. Bei der Lektüre von Baberowskis Einleitung drängt sich der Eindruck auf, dass er die *doxa* des durchschnittlichen deutschen Lesers gerade nicht hinterfragen, sondern eher untermauern will, jedenfalls solange, wie damit der von ihm vertretenen Vorstellung von physischer Gewalttätigkeit (nicht etwa: Aggression) als einer anthropologischen Konstante Akzeptanz verschafft wird (Gewalt sei „überall, so wie auch die Liebe und das Bedürfnis sexueller Befriedigung allgegenwärtig“ seien).⁸

Findet sich in der Einleitung auch keine Definition von Gewalt, so werden immerhin einige in Arbeiten anderer Autoren vertretene Begriffsbestimmungen – etwa von Norbert Elias, Elias Canetti, Steven Pinker, Zygmunt Baumann, Johan Galtung und Wolfgang Sofsky – kritisch diskutiert und teilweise zurückgewiesen, wodurch erahnbar wird, in welche Richtung Baberowskis Verwendung des Wortes zielt. Eindeutig zurückgewiesen wird Johan Galtungs Konzept ‚struktureller Gewalt‘, das auf soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit abzielt. Für Baberowski ist dies das Konzept einer Gewalt „ohne Täter und Opfer“, und ob es eine solche geben könne,

⁸ Ebd., S. 8. An späterer Stelle wird Wolfgang Sofsky zitiert: „Die Gewalt ist das Schicksal der Gattung.“ Ebd., S. 26; Wolfgang Sofsky, Traktat über die Gewalt, Frankfurt am Main 1996, S. 224.

erscheint ihm fragwürdig.⁹ Ob ‚strukturell‘ und ‚akteurslos‘ gleichbedeutend sind, wie damit unterstellt wird, wäre zu diskutieren. Jedenfalls wird erkennbar, dass ‚Gewalt‘ für Baberowski stets ein unmittelbares personelles Verhältnis, eben eine Täter-Opfer-Beziehung ist. Die Herstellung solcher Beziehungen begreift Baberowski als Form der Selbstermächtigung. Als „Handlungsressource“ verspreche Gewalt eine wohlfeile Kompensation von Benachteiligungen: „Selbst der Geringste kann durch den Einsatz seiner Faust einen Machtgewinn erzielen und sich Respekt verschaffen.“¹⁰ Darin klingt bereits an, dass die Gewalt für Baberowski der Macht vorgeordnet ist: Es sei „kein Machtverhältnis vorstellbar,“ das sich nicht „auf Gewalt“ gründe.¹¹

Mit diesem letzten Gedanken ist ein gewisses Kokettieren mit der Naturrechtstheorie von Thomas Hobbes verbunden. Der Name Hobbes fällt zwar nicht, aber der Hobbessche Grundgedanke wird über ein Zitat von Wolfgang Sofsky eingeführt: Die in der Möglichkeit von Gewalt angelegte Angst der Menschen voreinander sei „Anlass und Grund der Vergesellschaftung“.¹² Ist Baberowski Hobbesianer? Handelt es sich bei seinem „Reich der Gewalt“, in dem „[d]er Mensch nicht des Menschen Freund“ sei,¹³ nur um eine aktualisierte Fassung des Hobbesschen Naturzustandes (wo bekanntlich der Grundsatz gilt: *homo homini lupus*)? Die Frage ist wohl zu verneinen, denn für Baberowski schließen sich Staatlichkeit und die Entfesselung von Gewalt nicht aus; letztere könne ebenso gut auf einem „Missbrauch“ des staatlichen Gewaltmonopols wie auf dessen Kollaps zurückgehen.¹⁴ Baberowski weiß: „Die Mordexzesse

⁹ Ebd., S. 15.

¹⁰ Ebd., S. 14 f.

¹¹ Ebd., S. 16. Die Stelle macht auch deutlich, dass es Baberowski vor allem oder sogar ausschließlich um physische Gewalt geht. Konzepte wie die der verbalen oder epistemischen Gewalt werden nie auch nur erwähnt.

¹² Sofsky, Traktat (wie Anm. 8), S. 10 f.; Baberowski, Ermöglichungsräume (wie Anm. 6), S. 16.

¹³ Baberowski, Ermöglichungsräume (wie Anm. 6), S. 20.

¹⁴ Ebd., S. 24.

des Nationalsozialismus und des Stalinismus waren überhaupt nur vorstellbar, weil es einen Staat gab, der sie organisierte.“¹⁵ Insofern gehört für ihn offenbar auch der Hobbessche *Leviathan*, der die Institutionierung einer souveränen Staatsmacht als Königsweg zur Eindämmung von Gewalt darstellt, in die Rubrik jener Utopien, von denen wir uns zu verabschieden hätten.

Als konstitutive Eigenschaften von „Gewaltsituationen“ begreift Baberowski deren Offenheit und den kontagiösen Charakter der Gewalt. Wie sich Gewaltsituationen entwickeln, sei auch bei genauester Kenntnis der Ausgangslage nicht vorhersehbar;¹⁶ Gewalt tendiere aber dazu, sich über die durch sie erzeugten „Handlungszwänge“ zu verstetigen, wirke „ansteckend“ und erzeuge einen „Sog“.¹⁷ Ist Gewalt für Baberowski eine anthropologische Konstante, so ist sie doch nur situativ und fallspezifisch analysierbar: Es gehe stets nur „um Situationen und ihre Menschen.“¹⁸ Mit dieser Feststellung ist eine Absage an „gesellschaftliche Ursachenforschung“ verbunden: Eine solche Forschung sei „unzureichend“, wenn es Gewaltsituationen zu beschreiben gelte, denn diese hätten zwar „unmittelbare Ursachen“,¹⁹ darüber hinaus aber auch – und hierauf legt Baberowski den Akzent – eine nicht prognostizierbare Eigendynamik, eben ihren je spezifischen „Sog“.

Baberowski verbindet also die anthropologisch begründete, realistisch und anti-utopisch sich präsentierende These von der historischen Unmöglichkeit einer nachhaltig gewaltfreien Gesellschaft –

¹⁵ Ebd., S. 11.

¹⁶ Ebd., S. 18. Baberowski greift damit eine These aus der Gewaltsoziologie Trutz von Trotha auf; vgl. Trutz von Trotha, Zur Soziologie der Gewalt, in: ders. (Hg.), Soziologie der Gewalt, Opladen / Wiesbaden 1997, S. 9–56. Freilich steht die Vorstellung, dass sich Gewalt entwickle, in einem gewissen Spannungsverhältnis zu ihrer ansonsten betonten Permanenz (Gewalt als anthropologische Konstante). Dieses Problem betrifft, nebenbei bemerkt, auch den „Gewaltraum“, denn dieser wird ja als Ausnahmerraum gedacht, obwohl Gewalt gerade nicht die Ausnahme sein soll.

¹⁷ Baberowski, Ermöglichungsräume (wie Anm. 6), S. 19.

¹⁸ Ebd., S. 25, 27.

¹⁹ Ebd., S. 21. Vgl. auch S. 23: „Denn wer nur von Gründen spricht, wird über die Dynamik und Eigenlogik von Gewaltverhältnissen nur wenig erfahren.“

Gewalt als „Schicksal der Gattung“ (Wolfgang Sofsky) – mit zwei Einschränkungen, die er der Gewaltforschung auferlegt: Die Gewaltforschung soll erstens nicht auf *Strukturen*, sondern auf die Selbstermächtigung von *Personen* fokussieren, und zweitens soll sie Gewalt weniger kausal *erklären* als den je spezifischen Verlauf konkreter Täter-Opfer-Beziehungen *nacherzählen*. Daraus ergibt sich eine Kreisstruktur, denn jede solche Nacherzählung wird als Bestätigung der These erscheinen – und doch wird, zumindest rein logisch, keine als ihr Beweis gelten können. Die Beschreibung dessen, was bislang geschah, ersetzt nicht, und sei sie noch so ausführlich, den argumentativen Nachweis, dass das, was morgen geschieht, von derselben Qualität sein muss. In diesem Sinne ist Baberowskis „Realismus“ auch ein Verzicht auf Argumentation. Die Empirie der Gewalt wird zur Rechtfertigung einer Selbstbescheidung der Reflexion.

Peter Birke

Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren

I

Das erste Mal habe ich im Herbst 1988 von der Flora gehört – als sie noch nicht „rot“ war und einige Monate, nachdem das Warenhaus „1.000 Töpfe“ ausgezogen war.¹ Ich war schon fast 23 und saß in der Küche eines Freundes in der Schanzenstraße im gleichnamigen Hamburger Viertel, etwa dreihundert Meter von der Flora ent-

¹ Ich bedanke mich für zahlreiche Anregungen und Einwände, nicht zuletzt innerhalb der Redaktion bei Thomas Funk für seine unermüdlichen Anstrengungen, diesen Text lesbar zu machen sowie bei den LeserInnen des Manuskripts, die anders als ich längere und aktuellere Erfahrungen aus dem Inneren der Roten Flora haben. Ich schließe hier an Arbeiten über die aktuellen stadtpolitischen Bewegungen an, die in Sozial.Geschichte Online veröffentlicht worden sind. Dabei ist meine Perspektive durch die Teilnahme an diesen Bewegungen geprägt, und zwar an solchen, die sich in den letzten Jahren nicht auf die Rote Flora, sondern auf die städtische Peripherie Hamburgs und die Kampagne gegen die Internationale Bauausstellung bezogen haben; siehe zuletzt: Peter Birke, Radikaler Umbau. Eine Bilanz der Internationalen Bauausstellung in Wilhelmsburg, in: emanzipation, 3 (2013). Wer den O-Ton aus der Roten Flora lesen möchte, gehe auf [www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora] und die aktuelle Kampagnenseite [<http://florableibt.blogspot.de>]. Auch aus dem Haus selbst und bereits im Kontext der hier diskutierten Fragen: Andreas Blechschmidt, Im ‚Gleichgewicht des Schreckens‘. Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel, in: StadtRat (Hg.), Umkämpfte Räume, Hamburg u. a. 1998, S. 84–99. Ansonsten ist die Literatur etwas fragmentarisch. Die einzige existierende Monographie ist von einem Vertreter der Gegenseite (einem ehemaligen Polizisten) verfasst worden: Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011 (Rezension von Bernd Hüttner in Sozial.Geschichte Online 11 / 2013). Eine Übersicht über die autonomen Bewegungen in Hamburg, die hoffentlich bald auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden wird, gibt Bart van der Steen, Between Streetfight and Stadtguerrilla. The autonomous movement in Amsterdam and Hamburg during the 1980s, Dissertation, Florenz 2012.

fernt. Er erzählte fasziniert, dass er in der vergangenen Nacht in das leerstehende Gebäude des früheren Varieté-Theaters geklettert sei, das zuletzt das Weißwarenhaus „1.000 Töpfe“ beherbergt hatte. Das Gebäude stand leer, war allerdings im Zuge des Plans, dort ein gigantisches Musical-Theater zu errichten, zum Teil abgerissen worden. Nach Protesten im Schanzenviertel, einer Besetzung der Baustelle, Anschlägen auf den Zaun und auf Baufahrzeuge hatte der Event-Unternehmer Friedrich Kurz seinen Plan aufgegeben. Mit dem Gebäude passierte augenblicklich gar nichts, eine Art Zwischensituation war entstanden, eine „Winterfestmachung“ stand bevor. Mein Freund sah dort tausend Möglichkeiten, er sah eine kleine Bühne im ersten Stock, einen riesigen Keller für Übungsräume, einen großen Versammlungsraum im Obergeschoss. Das war das Alternativprogramm der Flora-Nutzung gegenüber dem Plan, in einem der ärmsten Quartiere Hamburgs einen kommerziellen Showpalast zu errichten, der die umliegenden Straßenzüge in einen Parkplatz für Reisebusse verwandelt hätte. Viele Nachbarn unterstützten die Proteste; sie fürchteten steigende Mieten und unerträgliche Lebensbedingungen.

Es war die Frühzeit der Gentrifizierung des Schanzenviertels, ein Wort, das damals noch niemand benutzte. In der Schanzenstraße konnte man noch den furchterregenden Gestank des nebenan gelegenen Schlachthofs wahrnehmen. Am Ende der Schanzenstraße roch es angenehmer, nach Curry, dort war eine Gewürzmühle. Wenn der Wind stärker aus dem Westen kam, war die Maische der Holstenbrauerei kaum zu ignorieren. Und im großen Hinterhof zwischen Schulterblatt und Schanzenstraße befand sich das Fabrik- und Verwaltungsgebäude der Firma Montblanc, die hier bis vor kurzem tausende ArbeiterInnen beschäftigt hatte. Das Schanzenviertel selbst wurde von erwerbslosen Jugendlichen, ArbeiterInnen, Punks, Linksradikalen und MigrantInnen bewohnt; viele der zuletzt genannten fanden in dem Quartier auch ihr politisches Exil. Das Schanzenviertel war noch von der Weltwirtschaftskrise nach 1973 und insbesondere der Krise des Hafens und der hafennahen Industrie nach

1981 geprägt. Aber es geriet bereits in den Strudel seiner Kommerzialisierung und, wie man damals sagte, „Yuppiesierung“. Es war ein Grenzland, einer der von Lefèbvre als umkämpfte Zonen beschriebenen Räume, in dem es Ansätze einer umfassenden Inwertsetzung, aber auch Möglichkeiten der Entwicklung anderer, offener Räume gab. Die Flora war nur eines von zahllosen neu angeeigneten Gebäuden, und einige Besetzungen, wie eben in der Schanzestraße, waren durchaus erfolgreich gewesen. Aber immer wieder kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Vor einigen Monaten war nur einen Katzensprung entfernt, in St. Pauli Süd, der spektakuläre Kampf um die Hafestraße vorläufig gewonnen worden.

Ich rieb mir die Augen, war eben aufgewacht. In der Nacht erst waren meine Freundin Tanja und ich aus Frankfurt gekommen, um meinen Bruder und einige Leute in Hamburg zu besuchen. Für uns war das hier eine andere Welt. Nicht, dass wir nicht auch mitten aus den sozialen Kämpfen der 1980er Jahre angereist wären. Aber wir orientierten uns vor allem an der antimilitaristischen und betrieblichen Linken, und zwar umso mehr, nachdem die autonome Linke in Frankfurt am Main im selben Monat, in dem die Hafestraße gerettet wurde, nach der Erschießung zweier Polizisten während einer Demo an der Startbahn West ihren deprimierenden Showdown erlebt hatte. Im Schanzenviertel hingegen wohnten wir – selbstverständlich – in einem von mehreren umkämpften Häusern des Quartiers, und im Schlafzimmer meines Bruders in Eimsbüttel – er studierte Theologie – hing selbstverständlich ein „Hafestraße bleibt“-Plakat. Nach einer Zeit fragten wir unseren Freund, ob wir unser Auto nicht lieber woanders parken sollten. Wir hatten den roten Lada von Tanjas Eltern ausgeliehen, sehr nette Leute mit einem langsamen Auto, aufrechte Linke auch, die aber im Hintertaunus eine gewisse Rolle in der SPD spielten. Wir könnten alternativ auch den Aufkleber entfernen, schlug unser Freund vor.

II

Die SPD hatte immer mehrere Gesichter. Klaus von Dohnanyi war eben erst, am 8. Juni 1988, als Bürgermeister zurückgetreten, Henning Voscherau hatte seine Nachfolge angetreten. Dohnanyi wurde nicht nur durch Grundrechtsverletzungen wie den „Hamburger Kessel“ zwei Jahre zuvor bundesweit berühmt, sondern auch durch die sogenannte friedliche Lösung des Hafenstrassen-Konflikts.² In der Tat war Dohnanyi innerhalb der Sozialdemokratie, die bis in die späten 1980er Jahre in Hamburg parteipolitisch absolut dominant blieb, wegen seiner Haltung in der Hafenstrassen-Frage sehr umstritten, wofür der Hardliner-Flügel der Partei sorgte, der in den späten 1980er Jahren durch Leute wie Innensenator Pawelczyk oder Bausenator Eugen Wagner („Beton-Eugen“) repräsentiert wurde.

Dass die Hafenstrasse eine an mehrere Bedingungen geknüpfte vorläufige Tolerierung erreichen konnte, war allerdings kaum allein auf Konflikte innerhalb der SPD zurückzuführen.³ Die Janusköp-

² Zur Hafenstrasse sind seitdem zahllose Texte erschienen, zuletzt: Simone Borgstede, Der Kampf um das Gemeinsame: St. Pauli Hafenstrasse, in: Willi Baer / Karl-Heinz Dellwo, Wir wollen alles: Die Hausbesetzungen in Hamburg, Berlin 2013, S. 105–157. Dieser Band gibt auch sonst einen ausgezeichneten Überblick über die Geschichte der Hausbesetzungen in Hamburg. Von derselben Verfasserin: Der Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen: St. Pauli Hafenstrasse, 1981 bis 1987, *Das Argument*, 52 (2010), 289, S. 849–859. Ganz neu und leider noch nicht übersetzt: Ask Katzeff, Tag byen tilbage. Autonome zoner i den neoliberale by, Dissertation, Kopenhagen 2014 (Manuskript). Asks Arbeit bot zahllose Anregungen zu vorliegendem Text, insbesondere bezüglich des Zusammenhangs zwischen der „unternehmerischen Stadt“ und den „autonomen Zonen“. In der vorliegenden Zeitschrift (beziehungsweise der papierernen Vorgängerin) wurde die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Stadtökonomie und Hafenstrassen-Besetzung schon sehr früh diskutiert: Erich Kerner, Die Hamburger Hafenstrasse als Investitionsbremse?, 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. 1 (1989), S. 101–105.

³ Selbstverständlich ist die breite soziale Bewegung, die sich zeitgenössisch um den Konflikt herum entfaltete, eine der wesentlichen Ursachen für den Erhalt der Häuser. Dabei spielte der UnterstützerInnenkreis der Hafenstrasse eine wichtige

figkeit ihrer Politik entsprang auch der Logik des „Teile und Herrsche“, denn die Akzeptanz der Hafensstraße war immer mit einer harten Linie gegenüber weiteren Besetzungen verbunden, die mit sofortigen Räumungen zu rechnen hatten, sich aber dennoch in dieser Zeit zumindest teilweise etablieren konnten.⁴ Darüber hinaus hatte Dohnanyi bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, vor dem Hintergrund der zweiten Rezession in der langen Depression nach 1973, die die Hafenstadt außerordentlich stark getroffen hatte, das „Unternehmen Hamburg“ ausgerufen.⁵ Innerhalb dieses Unternehmens waren industriepolitisch „Gründergeist“ und sozialpolitisch „Subsidiarität“ angesagt – mit anderen Worten: die aktive Förderung neuer, innovativer Branchen in Verbindung mit rigiden Sparmaßnahmen bei staatlichen Dienstleistungen und im öffentlichen Sektor. In diesem Kontext kam es auch zu einer umfassenden Neujustierung der megalomanen Stadtpolitik der 1960er und

Rolle, die hier aber nicht weiter beleuchtet werden kann. Eine ausgezeichnete zeitgenössische Dokumentation hierzu: Michael Herrmann / Hans-Joachim Lenger / Jan Philipp Reemtsma / Karl Heinz Roth, „Hafensstraße“. Chronik und Analyse eines Konflikts, Hamburg 1987. Ich danke Rainer Zwanzleitner für diesen Hinweis.

⁴ In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, den (hier anonymisierten) Kommentar einer Leserin des Manuskripts zu diesem Text wiederzugeben, der – besser als ich es aufschreiben kann – genau diese Situation umreißt: „Als eine derjenigen, die damals tatsächlich dabei waren, erinnere ich mich noch an die tatsächliche Aufbruchstimmung. Wir hatten wirklich das Gefühl, in dem Freiraum, der einerseits durch die Auseinandersetzungen um den Hafen (erfolgreiches ‚Militantzgebaren‘), andererseits aber auch durch die andernorts beschäftigte Großpolitik entstanden war, einiges möglich zu machen: Hafen, Schanze 41a, Chemnitzstraße, Flora, Schäferkamp 46a/b, Nimm2, Klausstraße, Lobuschstraße, Bergiusstraße, um nur einiges zu nennen, von denen tatsächlich noch viel existiert. Es war eine sehr anstrengende und sehr motivierende Zeit, und die Erfolge haben unendlich viel Kraft gegeben.“

⁵ Sybille Brauriedl, Hamburger Leitbilder der Stadtentwicklung = Masterpläne der Imagebildung, in: Irene Bude et al. (Hg.), Begleitbroschüre zum Film „Empire St. Pauli – von Perlenketten und Platzverweisen“, Hamburg 2009, S. 20–23. Siehe zur Darstellung im Folgenden auch Peter Birke, Sozialproteste im „unternehmerischen Hamburg“. Notizen zu ihrer Geschichte, in: Norbert Gestring / Renate Ruhne / Jan Wehrheim, Stadt und soziale Bewegungen, Berlin 2014, S. 83–97.

1970er Jahre, in der ganze Stadtteile zur Disposition gestellt wurden und Massenwohnsiedlungen wie Autobahnbauten als progressiv galten, eine Politik, die schließlich zunehmend mit dem Widerstand der lokalen Bevölkerungen etwa in St. Georg oder Ottensen konfrontiert war. Gleichzeitig wurden die Altbaubestände in den innenstadtnahen Quartieren nach und nach für die Stadtplanung attraktiv. Und auch der Beschluss, den östlichen, innenstadtnahen Hafbereich zu einem neuen Quartier umzubauen, das eine Anziehungskraft für Betriebe expandierender Branchen, Unternehmen des Finanzsektors, reiche steuerzahlende Neubürger und, *last but not least*, den Massentourismus entwickeln sollte, war bereits gefällt: Voscherau sollte später stolz darauf sein, das Projekt „HafenCity“ unter strikter Umgehung des Parlaments durchgesetzt zu haben.

Dieser Beschluss, die Prinzipien der „unternehmerischen Stadt“ in Form einer Neubau-Gentrifizierung umzusetzen, nahm – ironischerweise – auch etwas Druck von der Hafenstraße. Die Häuser lagen nämlich genau auf der Achse eines anderen stadtpolitischen Megaprojekts, das Dohnanyi und der damalige Oberbaudirektor Egbert Kossak entworfen hatten: eine „Perlenkette“ aus hochpreisigen Büro- und Wohnungsbauten, die von der Innenstadt bis nach Altona reichen sollte (und heute übrigens auch reicht). Unter der neuen Schwerpunktsetzung konnte mit einer „Lücke“ in dieser Kette flexibel umgegangen werden. Mehr noch, sie konnte im Sinne einer Inwertsetzung der Subkultur als weichem Standortfaktor ebenfalls als „Perle“ gedacht werden – zumindest unter der Perspektive einer gelingenden Einhegung des lokalen Klassenkampfes und der selbstverwalteten Projekte der Hafenstraße. Als subkulturelles Einsprengsel konnten die bunten Häuser die Attraktivität der Stadt steigern, als Touristenattraktion, aber auch als „spannendes“ Umfeld für das, was man damals als Yuppies bezeichnete.

Kein Zweifel, dass ohne die Kämpfe um die Hafenstraße dieser Ort und der Stadtteil St. Pauli heute ganz anders aussehen würden. Kein Zweifel aber auch, dass sich der Hamburger Senat mit ihr

letztlich arrangiert hat, um sie in ihre Vision zu integrieren, in der das, was man später als „kreative Klasse“ bezeichnet hat, ein zunehmendes Ansehen genoss. Ähnliches gilt für die Rote Flora.

III

Nach einer sechswöchigen Phase eines legalisierten Experiments mit einem Stadtteilkulturzentrum wurde die Rote Flora am 1. November 1989 für besetzt erklärt.⁶ Dass die Flora in den 1990er und 2000er Jahren zu einem wichtigen Angelpunkt überregionaler autonomer Bewegungen werden sollte, war damals selbstverständlich noch nicht klar. Parolen, die mit der Besetzung verbunden waren, bezogen sich auf das Quartier und die unmittelbare soziale Umgebung. Man wollte, wie zeitgenössischen Plakaten zu entnehmen ist, „Das Viertel denen, die dort wohnen“ sichern oder „Den Widerstand in die Viertel tragen“.⁷ Die Parolen waren (noch) vor allem durch die Kämpfe der 1980er Jahre geprägt, durch die Haus- und Platzbesetzungen, die seit den frühen 1980er Jahren in Amsterdam und Westberlin, Köln und Kopenhagen und etwas später auch in Hamburg eine entscheidende Rolle innerhalb der urbanen Sozialbewegungen spielten. Die Besetzungen verbanden dabei einen lokalen Bezug mit einem transnationalen Ansatz. Ihr Einsatz bestand darin, in der ökonomischen und sozialen Krise, die in den 1980er Jahren die Innenstadtränder auch und sogar insbesondere in Hamburg prägte, Räume für selbstorganisierte Experimente mit anderen Wohn- und Lebensformen zu schaffen. Dabei sollte es durchaus ums Ganze gehen: um das Wohnen, das Arbeiten, das Leben. Die Rote Flora wurde – schon aufgrund ihrer räumlichen Möglichkei-

⁶ Obwohl sie offenbar noch nicht ganz fertig redigiert wurde, gibt die „Zeitleiste“ einer älteren Ausstellung über die Rote Flora einen guten ersten Überblick über die Geschichte des Projekts und die vielfältigen Konflikte um das Haus: [www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/zeitleiste.html#2004]. Eine umfassende und gut recherchierte Chronik findet sich auch auf [http://asb.nadir.org/filme.html].

⁷ Auch diese Plakate und ihre Parolen kann man in der in Anmerkung 6 genannten Ausstellung bewundern.

ten – schnell zu einem Ort, in dem Konzerte und Partys stattfanden, eine „Volkküche“ betrieben wurde, Übungsräume, eine Motorradwerkstatt, später auch das Archiv der Sozialen Bewegungen einen Platz fanden. Sie blieb allerdings immer ein Zentrum, auf das sich zwar auch Ältere bezogen, das aber eher durch die jüngeren, kinderlosen Generationen geprägt wurde. 1995 wurde ein Kinderladen vor allem deshalb nicht eingerichtet, weil sich das Flora-Plenum bezahlten Stellen verweigerte.

Vor allem aber ist aus heutiger Sicht bemerkenswert, dass die Rote Flora immer ideologisch antikapitalistisch und praktisch unkommerziell geblieben ist: ein Ort ohne Profite, ohne bezahlte Stellen und ohne Vertrag mit der Stadt. Noch heute ist das Gebäude besetzt – während zahllose soziale Zentren in Hamburg inzwischen legalisiert sind, wie beispielsweise die „Motte“ und die „Fabrik“ in Altona oder die „Honigfabrik“ in Wilhelmsburg.

Die Rote Flora blieb immer umkämpft, und auch die Linie, die Integrationsangebote der Stadt abzulehnen, war keinesfalls der durchgehende Konsens im Flora-Plenum. Noch 1989 beschloss die Stadt, den hinter der Flora liegenden Park zu bebauen, worauf es zu einer „Bewaldungsaktion“ und schließlich zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht kam, als der Park schließlich am 27. Juli 1991 geräumt wurde. Ebenfalls im Jahr 1989 entdeckte der Hamburger Senat das Potenzial des Viertels im Kontext einer subsidiären und „kreativwirtschaftlichen“ Stadtpolitik. Auch zu diesem Zweck gründete er eine „Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“ (steg), die seitdem als outgesourcte städtische Firma die „Aufwertung“ von Sanierungsgebieten mitverwaltet. In diesem Kontext begann man dann auch „Friedensangebote an den Stadtteil“ zu formulieren. Das erste Projekt der steg war der sogenannte „Schanzenhof“, der im ehemaligen Gebäude der Montblanc-Werke angesiedelt wurde und in den ortsansässige Kleinbetriebe, ein Kino, die Volkshochschule und so weiter zu im Ver-

gleich zu heute günstigen Bedingungen einzogen.⁸ 1992/93 baute der Hamburger Senat nicht zuletzt auf dieser Grundlage eine andere Art von Druck auf die BesetzerInnen auf, indem er ihnen Vertragsverhandlungen anbot – die Flora lehnte nach längerer kontroverser Diskussion ab. Kurz darauf schob ein Wechsel im politischen Personal der Stadt die Verhandlungen wieder von der Tagesordnung. 1995 kam zu den Verhandlungen und Konflikten mit der Staatsmacht hinzu, dass das Gebäude im ersten Stock abbrannte – nach einem halben Jahr war es im Rahmen eines „Aufbaus F“ wieder nutzbar. Mehr als einmal wurde die Flora danach auch Gegenstand polizeilicher Angriffe und Hausdurchsuchungen, vor allem Ende der 1990er Jahre und während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahre 2007. Aber auch in Phasen innerer Krisen wie während der Stagnation der autonomen Bewegung in den späten 1990er Jahren konnte sich das Projekt gegen Repressionen behaupten. In all diesen Jahren gab es keine „öffentliche Förderung“. Die Rote Flora ist ein herausragendes Beispiel für die Praxis der Selbstverwaltung, mit all ihren Ambivalenzen, von denen Debatten über Sexismus in der Szene, über Alkoholmissbrauch, über neue, informelle Hierarchien oder die Grenzen der Nutzung ebenso Zeugnis ablegen wie der Umstand, dass das freiwillige Engagement der NutzerInnen des Hauses schließlich sogar der CDU und der Hamburger Handelskammer angesichts klammer öffentlicher Haushalte einen gewissen Respekt abnötigte.⁹

2001 beschloss der damalige rot-grüne Senat, nachdem ein weiteres Angebot, über den Vertragszustand des Gebäudes mit den NutzerInnen zu verhandeln, abgelehnt worden war, den Verkauf

⁸ Auch für den Hinweis auf diesen Zusammenhang, den ich schon fast verdrängt hatte, obwohl (oder weil?) ich in den 1990er Jahren selbst in einem der von dieser Politik betroffenen Kleinstunternehmen gearbeitet habe, habe ich Rainer Zwangseleitner zu danken.

⁹ Zum Alltag in der Roten Flora siehe auch Andreas Blechschmidt, Die Rote Flora im Hamburger Alltag. Stör- oder Standortfaktor, in: Peter Birke / Chris Holmstedt Larsen, Besetze Deine Stadt! BZ din by! Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in Kopenhagen, Hamburg 2009, S. 190–198.

der Roten Flora.¹⁰ Für damals etwa 370.000 Deutsche Mark erstand der „Immobilienkaufmann“ Klausmartin Kretschmer das Gebäude mit der Auflage, das Kulturzentrum zu erhalten und das Gebäude nicht abreißen zu lassen. Inmitten des Wahlkampfs wollten SPD und Grüne das „Thema abhaken“. Sie fanden die Unterstützung der städtischen Eliten, die die Rote Flora mittlerweile als kulturelle Sehenswürdigkeit des Schanzenviertels würdigten. Die Handelskammer begriff das Gebäude als Touristenattraktion und somit – ähnlich wie die Hafestraße oder Christiania in Kopenhagen – als „weichen Standortfaktor“.

IV

Als die Rote Flora besetzt wurde, waren die politischen Instrumente, die solche „Faktoren“ in den „Standort“ integrieren sollten, schon vorhanden. Dazu gehörten die erwähnte Gründung der steg, die Entdeckung lokaler „kreativwirtschaftlicher Potenziale“, die kurzzeitige Verhandlungsoption. Doch das war nur die eine Seite der Medaille. Denn auch die repressive Tendenz des „tiefen Neoliberalismus“ (Neil Smith) und der Politik der Normalisierung der 1990er und frühen 2000er Jahre kann am Beispiel des Hamburger Schanzenviertels studiert werden. So kam es zwischen 1996 und 1998 zu erheblichen Auseinandersetzungen um polizeiliche Übergriffe, die damals schon mit *racial profiling* verbunden waren: ständige willkürliche Kontrollen und die Ausdehnung polizeilicher Sonderrechte, die mit dem Drogenhandel begründet wurden, der sich nach der Vertreibung der illegalisierten Händler vom mittlerweile inwertgesetzten und umfassend kontrollierten Hauptbahnhof hierher verlagert hatte.

Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre beförderte ein lokaler ökonomischer Boom die Aufwertung des Quartiers: Das Schanzenviertel wurde zum Vorzeigeort einiger jener „Cluster“, denen in der „unternehmerischen Stadt“ eine zentrale Rolle zugewie-

¹⁰ Die Position der Roten Flora dazu: [<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ro-teflora/positionspapier.html>].

sen wurde: IT-Dienstleistungen, Kreativwirtschaft, Tourismus. 1999 und 2000 wurden die Hinterhöfe und Cafés des Viertels zum Mittelpunkt der Selbstinszenierung der *startups* des IT-Booms, ein Image, das dem Quartier trotz des Verschwindens jener sagenhaften Reichtümer nach dem Platzen der Blase seitdem anhaftet. 2002 wurde gegenüber der Flora die Piazza fertiggestellt, die in den Jahren darauf zum Touristenmagnet wurde und – wie das gesamte Schanzenviertel – insbesondere an Abenden und Wochenenden Abertausende von BesucherInnen anzieht. Zwar ist die Rote Flora geblieben. Aber sie liegt heute in einem Gebiet, in dem die Mieten explodiert sind, viele Geschäfte aufgrund der rasant gestiegenen Ladenmieten verschwunden sind und sich die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft sehr stark verändert hat.¹¹

Die emphatische identitätspolitische Bezugnahme der Roten Flora auf den Stadtteil ist wohl auch deshalb in den 1990er Jahren durch das Selbstverständnis ersetzt worden, eine letzte Insel inmitten des Wahnsinns der neoliberalen Stadt zu sein. Das offene Einverständnis vieler alter und neuer Nachbarn mit repressiven Polizeistategien gegen Drogenkonsumenten und -verkäufer zog Abgrenzungen nach sich und ließ die unmittelbare soziale Umgebung der Flora nunmehr eher feindlich erscheinen.¹² Die Orientierung auf die „Kämpfe im Viertel“ und das virtuelle Kollektiv der „Nach-

¹¹ In den wenigen aber wesentlichen Erhebungen über lokale Armut- und Reichtumsverhältnisse (Indikatoren: Zahl der ALG-II-EmpfängerInnen, Kinderarmut, Erwerbslosigkeit und so weiter) liegt die lokale Verwaltungseinheit „Sternschanze“ heute nur noch geringfügig über dem Hamburger Schnitt: Die offizielle Erwerbslosigkeit lag 2012 bei 5,9 Prozent (Durchschnitt: 6,5 Prozent), 12,8 Prozent der EinwohnerInnen waren ALG-II-EmpfängerInnen (Durchschnitt: 10,5 Prozent), 26,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren lebten in sogenannten ALG-II-„Haushaltsgemeinschaften“ (Durchschnitt: 22,5 Prozent). Das bedeutet natürlich keineswegs, dass die Armut in diesem Stadtteil insignifikant ist, ganz im Gegenteil. Im Vergleich mit einigen Wilhelmsburger und Billstedter Quartieren werden die Unterschiede jedoch deutlich: Hier liegt der Anteil der (lohnarbeitenden und -arbeitslosen) ALG-II-EmpfängerInnen bei deutlich über 50 Prozent (Zahlen: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburger Stadtteilprofile 2012, Hamburg 2013, S. 58).

barn“ wurden durch einen „minderheitenorientierten Ansatz“ ersetzt – beziehungsweise in gewissem Sinne identitätspolitisch umgestülpt. Der Ansatz, bei dem zweifelsohne auch die Rezeption der antinationalen Debatte in der radikalen Linken eine Rolle spielte, war zeitgenössisch (auch deshalb) äußerst umstritten.

Einige Jahre später dagegen wurden auch in der Flora virtuelle Kollektive („das Viertel“, „die Nachbarn“, „die Minderheiten“) überhaupt in Frage gestellt, seien sie nun positiv oder negativ konnotiert. Gleichwohl nimmt die Rote Flora heute, im gentrifizierten Schanzenviertel, nur noch sporadisch und unsystematisch Bezug auf Konflikte im Quartier, zuletzt in den Kämpfen um den Umbau des Schanzeparks und des dortigen Wasserturms durch ein Mövenpick-Hotel, alljährlich auch in den Auseinandersetzungen um das selbstorganisierte Schanzenfest. Das Schanzenviertel, früher einer der Hochburgen kritisch-oppositioneller Stadtpolitik, spielt in dieser Hinsicht heute insgesamt nur noch eine Nebenrolle.

V

Die Besetzung des Hamburger Gängeviertels, der Kampf um das FRAPANT in Hamburg-Altona, das Manifest „Not in our name, Marke Hamburg“ – einige der Highlights von „Recht auf Stadt“ (RAS) – boten seit 2009 Anknüpfungspunkte für eine neue, offensive Aneignung städtischer Räume und relativierten damit den Eindruck des Inselcharakters der Roten Flora.¹³ Die Kritik an der In-

¹² Zum „minderheitenorientierten Ansatz“ siehe [www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/krieg_der_zwerge.html]. Diese Position scheint auch noch in der Rezeption der aktuellen Konflikte durch; vgl. Andreas Blechschmidt, Niemand hat die Absicht, den Senat zu stürzen, *transmitter*, 1 (2014), S. 10–12, hier S. 12. Zur Kritik siehe den Beitrag von Dirk Hauer und Pia Peddinghaus in: *StadtRat, Umkämpfte Räume* (wie Anm. 1). Zu aktuellen Widersprüchen dieses Ansatzes siehe unten.

¹³ Zu RAS siehe Christoph Schäfer, *Die Stadt ist unsere Fabrik*, Leipzig 2010; Christoph Twickel, *Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle*, Hamburg 2010. Siehe außerdem die Texte in: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*, Hamburg 2011; Peter

strumentalisierung der künstlerisch-kreativen Arbeit und die Rezeption der transnationalen Debatte über Gentrifizierung spielten für RAS eine große Rolle. Zu den Protesten gegen die Repression unter der rechtspopulistischen Koalition nach 2001 und gegen die Instrumentalisierung partizipativer Verfahren zum Zwecke der Aufwertung des Stadtteils (etwa in den Piazza-Planungen seit 1999) kam in der Flora die Reflexion auf die eigene Praxis als eine Art Gentrifizierung „von unten“: „Der wesentliche Unterschied zur Umstrukturierung von oben besteht darin, dass die lokale Alternativkultur nun selbst als Motor dieses Prozesses fungierte, indem sie den Stadtteil belebte und für eine weitergehende Verwertung erschloss.“¹⁴ Mit dieser Einschätzung wandten sich die Texte aus der Flora zugleich stärker einer anti-identitären, selbstreflektierten Position zu und lösten sich aus dem Schema „Unser Viertel / ihr Viertel“ früherer Verlautbarungen. Hier entwarf sich die Flora als Ort fluider, pluraler und sogar gegensätzlicher Identifizierungen, die zugleich als Voraussetzung eigensinniger Handlungsfähigkeit und als Abwehr gegen Vereinnahmung wirkten: „Wichtig ist uns, dass in der Flora Partys, Konzerte, Theateraufführungen und Lesungen genauso stattfinden wie politische Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Kongresse und Workshops. Es gibt Räume für Treffen von politischen Gruppen, das Archiv der sozialen Bewegungen, eine vegane Volküche, Bandproberäume, eine Siebdruckwerkstatt, ein

Birke / Max Henninger, Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, Hamburg 2012. Zur Bedeutung der Kritik an der Instrumentalisierung „kreativer“ Arbeit siehe auch Johannes Novy / Claire Colomb, Struggling for the Right to the (Creative) City in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New Spaces of Hope?, *International Journal of Urban and Regional Research*, 37 (2012), 5, S. 1.816–1.831. Es wäre eine eigene (aber meines Erachtens fällige) Auseinandersetzung wert, wie der Begriff der „Kreativität“ den spezifischen Charakter der Arbeit, von der in diesen Kontexten gesprochen wird, beschreibt, trivialisiert und zugleich korporatistisch „reklamiert“ – und insofern die Autonomie-Entwürfe Arbeitender anderer Branchen im Grunde entwertet (ein, wie ich finde, durchaus nicht geringfügiges Problem dieses „frühen“ RAS-Diskurses).

¹⁴ Positionspapier „Flora bleibt unverträglich“, 2011: [www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/unvertraeglich.html].

Künstler_innen-Atelier, eine Motorrad- und eine Fahrradselbsthilfewerkstatt, einen Bau- und einen Sportraum. Dabei ist Kultur in der Flora immer eingebunden in politische Strukturen. Alle Versuche, die ‚kreativen Kulturschaffenden‘ und ihre angesagten Veranstaltungen von den ‚autonomen Kapuzenträgerinnen‘ und ihren radikalen politischen Positionen zu trennen, laufen ins Leere – Politik und Kultur haben in der Flora viele Gesichter, oftmals gehören sie zu denselben Personen.“

Die Entdeckung der „eigenen Rolle“ in Aufwertungsprozessen, auf die die Rote Flora kein Monopol erheben kann, hat durchaus auch problematische Aspekte. Sie führt einen „verschleierte[n]“ Diskurs über den sozialen Charakter autonomer Projekte, in der die „bürgerliche Politik“ betont wird, der man ungewollt in die Hände spielen und deren Teil man insofern letztlich sei, während die soziale Zerklüftung und Prekarisierung innerhalb der Belegschaft sozialer Zentren weiterhin Non-Thema bleibt. Aber der Schritt von einer kritischen Selbstreflexivität zu einer offensiven anti-identitären Positionierung ist außerordentlich wichtig, wenn aus – mittlerweile nicht nur in der radikalen Linken verbreiteten – Erkenntnissen zur Rolle der Subkulturen in Gentrifizierungsprozessen ein politisches Projekt werden soll. Die Jahre nach 2009 können in dieser Hinsicht als qualitativer Sprung gesehen werden, in denen in Hamburg einige neue soziale Zentren entstanden sind und zahlreiche Besetzungsversuche stattgefunden haben. Die dadurch entstandene Pluralität der Autonomie-Entwürfe und die Subversion tradierter politischer Formen hat vor allem im Gängeviertel eine sehr wichtige Rolle gespielt. Sie hat die urbanen sozialen Bewegungen in Hamburg seitdem stark geprägt.¹⁵ Die Konsequenzen aus dieser Haltung sind nicht unwesentlich, auch in Bezug auf die aktuelle Auseinandersetzung innerhalb von RAS und den stadtpolitischen sozialen Bewegungen. Mit der Weigerung, sich auf eine bestimmte vordefinierte und repräsentierbare Form des Politischen festzulegen, wird an ein zentrales Element von Revolten nach 2011 angeschlossen, so-

¹⁵ Vgl. Komm in die Gänge, Mehr als ein Viertel, Hamburg 2012.

zusagen auch eine Verbindung zum Syntagma oder zum Gezi-Park hergestellt. Dies ist definitiv etwas anderes als jene „Minderheitenorientierung“, die oben skizziert wurde und die immer wieder auf eine Opposition gegen die „autoritäre Disziplinierung“ verengt wird, als deren geronnener Ausdruck die Polizeigewalt gilt.

Einige Erfolge von RAS sprechen darüber hinaus dafür, dass es durchaus möglich ist, Breschen in die neoliberale Formierung zu schlagen: Dies zeigt sich etwa in der – bis heute zwar nur partiellen, für die weiteren Kämpfe aber dennoch sehr wichtigen – Durchbrechung des Höchstgebotsverfahrens bei der Veräußerung städtischer Flächen und Immobilien, das auch in Hamburg mit der Durchsetzung neoliberaler Stadtpolitiken eingeführt worden war. Ebenso zeigt sich dies, vielleicht noch wichtiger, in einer Verbreiterung und Sichtbarmachung der MieterInnen-Kämpfe über die Szeneviertel hinaus, in ganz Hamburg und sogar in der Stadt-Peripherie. Vieles weist darauf hin, dass solche Erfolge durch Bewegungen erzielt werden können, deren politische Form wesentlich durch ihren experimentellen Charakter und eine soziale Heterogenität bestimmt wird, wie sie etwa in der offenen Konzeption des Gängeviertels repräsentiert wurde. Natürlich sind diese Formen ebenso ambivalent wie die Autonomie-Entwürfe der 1990er Jahre, und sie garantieren keineswegs, vor Versuchen der Instrumentalisierung und einer Re-Integration in die noch immer hegemoniale neoliberale Stadtpolitik gefeit zu sein. Aber eine solche Garantie gab es nie – und wie geschildert auch nicht für die Bewegungen der Vergangenheit.

VI

Was bedeutet die Hamburger „Recht-auf-Stadt“-Bewegung für den aktuellen Kampf um den Erhalt der Roten Flora? Zunächst muss der Ernst der Lage betont werden. Einerseits ist die Drohkulisse der Räumung mehr als ernst zu nehmen – und sie wird vor allem in Hamburg, wo die Flora zum selbstverständlichen Inventar der sozialen Bewegungen zu gehören scheint, nicht selten eher unterschätzt. Vieles an der aktuellen Situation erinnert insofern an jene

Tage kurz vor der Räumung des Kopenhagener „Ungdomshuset“ im März 2007.¹⁶ Die Politik der Stadt Hamburg erscheint dabei auf den ersten Blick ebenso widersprüchlich wie die Politik der damaligen sozialdemokratischen Regierung der Kommune Kopenhagen. Einerseits pocht der Hamburger Senat auf ein vertragliches Rückkaufrecht für das Flora-Restgebäude. Im Januar 2014 stellte er Klausmartin Kretschmer ein „Ultimatum“ und bot etwas mehr als eine 1,1 Million Euro – ein Angebot, das Kretschmer postwendend zurückwies. Bereits vorher war der Bebauungsplan dergestalt verändert worden, dass „der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen“ einer Genehmigung durch das Bezirksamt Altona bedürfen. Immer wieder wird von städtischer Seite betont, dass der Status quo – gemeint ist vor allem der Erhalt als Kulturzentrum – nicht angetastet werden soll. Eine sichere Barriere gegen eine Räumung ist das jedoch keinesfalls. Kretschmer hat das Ultimatum Anfang Februar 2014 unter anderem mit dem Argument verstreichen lassen, dass er das Gebäude, das er für auf heutige Preise umgerechnet rund 190.000 Euro gekauft hat, auf dem Immobilienmarkt gegenwärtig für ein Vielfaches des durch den Senat angebotenen Preises veräußern könne. Das ist angesichts explodierender Immobilienpreise durchaus plausibel. Nicht nur deshalb ist unklar, was bei dem bevorstehenden Rechtsstreit herauskommen wird.

Während der Senat also einerseits ein Interesse am Erhalt der Flora suggeriert, ließ er andererseits der Hamburger Polizeiführung bei einer Großdemonstration für den Erhalt der Roten Flora am 21. Dezember 2013 offensichtlich völlig freie Hand. Noch vor Beginn der Veranstaltung, an der zwischen 7.500 und 10.000 Menschen teilnahmen, wurden die DemonstrantInnen von der Polizei überfallen, woraufhin es zu Straßenschlachten mit hunderten Verletzten kam. Die Situation eskalierte sowohl während der Demon-

¹⁶ Vgl. hierzu René Karpantschhof, Kopenhagen, Jagtvej 69. Ein Jugendzentrum zwischen Besetzungen, Politik und Polizei (1981–2007), in: Birke / Holmsted (Hg.), *Besetze Deine Stadt!* (wie Anm. 9), S. 53–78.

stration – ein Teil der DemonstrantInnen versuchte die Polizeiangriffe mit allen greifbaren Mitteln abzuwehren –, als auch in den darauf folgenden Tagen und Wochen. Auf der Demonstration wurden hunderte DemonstrantInnen und dutzende PolizistInnen zum Teil schwer verletzt. Bereits zuvor und auch danach war es darüber hinaus zu vereinzelt „offensiven“ Aktionen gegen einige verantwortliche PolitikerInnen und Einrichtungen der Polizei gekommen – fast ausschließlich handelte es sich um Steinwürfe gegen Fenster und ähnliches, deren UrheberInnen für sich reklamierten, das Heft in die Hand zu nehmen. Insbesondere die Hamburger Massenmedien, allen voran das *Hamburger Abendblatt* und die *Hamburger Morgenpost*, welche über die „bunten“ RAS-Aktionen seit 2009 wohlwollend berichtet haben, reagierten auf die Ereignisse des 21. Dezembers 2013 mit einer in den vergangenen Jahren beispiellosen Hetze, in der alle Maßstäbe sorgfältiger und aufrichtiger journalistischer Arbeit verloren gingen.¹⁷ Nach einem angeblich von Autonomen verübten Angriff auf die Davidwache im Hamburger Stadtteil St. Pauli durfte die Polizei Ende Dezember 2013 ein flächenmäßig riesiges „Gefahrengebiet“ einrichten, in dem unter anderem willkürliche Kontrollen und Platzverweise legalisiert wurden.¹⁸ Das

¹⁷ Die Reaktion der bürgerlichen Presse – einschließlich großer Teilen der linksliberalen Medienlandschaft – auf die Hamburger Riots war in der Tat bemerkenswert. Beim Angriff auf die Demonstration vom 21. Dezember 2013 übernahm die gesamte Medienwelt, mit der rühmlichen partiellen Ausnahme der tageszeitung und der Frankfurter Rundschau, schlicht und ergreifend den Polizeibericht, der den brutalen Angriff, wohl in der Absicht bewusster Irreführung, als Reaktion auf Steinwürfe und dergleichen darstellte. Am Beginn der Demonstration waren Heerscharen von MedienvertreterInnen zugegen, die alle gesehen haben müssten, dass sich die Polizei diesmal nicht einmal die Mühe gemacht hatte, ihre V-Leute ein paar Böller werfen zu lassen, die als Anlass für den Angriff dienen konnten.

¹⁸ Auch im Fall des „Angriffs“ auf die Davidwache – dem Anlass für die Einrichtung der Gefahrengebiete – war das Sensations-Geschrei dieser Medien groß, während es sich in Wirklichkeit bei der „Tat“ um eine sehr kreative Zusammenstellung verschiedener Ereignisse durch die PR-Abteilung der Polizei handelte. Fest steht jedenfalls, dass es einen gezielten „Angriff“ auf die Wache – von wem auch immer – nicht gegeben hat.

ist an sich nichts Neues. Insbesondere das Schanzenviertel war über lange Zeit fast permanent eine Sonderzone, in der bestimmte Grundrechte de facto nicht galten. Andreas Blechschmidt zählte – als Sprecher der Roten Flora – in den vergangenen Jahren über vierzig Fälle, in denen solche Zonen eingerichtet worden sind.¹⁹ Neu hingegen war der Umstand, dass die Sonderzone gleich mehrere Stadtteile umfasste.

Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint – der Versuch, eine Räumung der Flora legal zu vermeiden, die Repressionen gegen die Demo und danach –, fügt sich mit Blick auf die Hamburger Stadtpolitik der letzten Jahrzehnte zu einem Mosaik aus Repression und Einhegung zusammen. Es bleibt in diesem Muster dauernd unklar, auf welche der beiden Strategien die Gegenseite setzen wird. Klar ist aber, dass die Wahrscheinlichkeit, ausgerechnet die aktuelle sozialdemokratische Mehrheitsregierung Hamburgs würde im Zweifel einer polizeilich-repressiven Lösung des Konflikts Einhalt gebieten, gegen Null tendiert. Dagegen spricht auch nicht, dass die Flora weiterhin als „weicher Standortfaktor“ bewertet wird, der die touristische Verwertung des Schanzenviertels fördert und als „authentischer Ort“ seinen Teil zum lokalen Immobilienboom beigetragen hat. Denn ihr Autonomieentwurf und ihr Charakter als nicht-kommerzielle Zone stehen in dauernder Opposition zu den Grundlagen dessen, was sich die Hamburger Stadtpolitik auf die Fahnen geschrieben hat. Die Konzeption einer Dauerbesetzung, die Weigerung, Verträge zu unterzeichnen, die Ablehnung einer „Professionalisierung“ sowie der kontrollierten Übernahme durch den lokalen Staat beziehungsweise parastaatliche Institutionen sind selbst im Vergleich zu den meisten anderen noch existierenden besetzten Häusern eine Provokation der auf *law and order* fokussierten Regierung.

Auch eine „Verstaatlichung“ im Sinne eines Kaufs der Roten Flora durch die Stadt kann deshalb – selbst wenn die Gerichte entsprechend urteilen – keineswegs mit einer nachhaltigen Sicherung

¹⁹ Blechschmidt, Niemand (wie Anm. 12), S. 12.

des Projekts als selbstverwaltetes Zentrum gleichgesetzt werden. Dass der Senat einen Rückkauf anstrebt und zugleich einen teilweise entgrenzten Polizeiapparat schalten und walten lässt, setzt die alte, zweigleisige Politik der „Normalisierung“ fort, der sich verschiedenste Hamburger Stadtregierungen in den 1990er und 2000er Jahren verschrieben haben. Es passt zu dieser Gemengelage, dass Kretschmer, der seit einigen Monaten keine Provokation auslöst, um seine Verhandlungsposition zu verbessern, selbst nicht nur Immobilienkaufmann, sondern auch kreativwirtschaftlicher Unternehmer ist. Und man darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass es die letzte rot-grüne Regierung war, die ihn als Vertreter eines aufstrebenden Clusters hofierte und für geeignet hielt, das Management des Flora-Gebäudes zu übernehmen. Kretschmers immer wieder neuen Pläne sahen unter anderem eine riesige Eventfläche und ein „sechsstöckiges Kulturzentrum“ vor – und passten damit in die Mainstreamkultur als Form der marktgerechten Verwertung der „kreativen Klasse“. Vielleicht bestand aber auch damals die Hoffnung, die Nutzer des Gebäudes würden sich auf Verhandlungen mit diesem selbsternannten Wohltäter einlassen. Dabei hatte sich Kretschmer als Ausbeuter prekärer KünstlerInnen schon früher einen schlechten Namen gemacht – seine Aktivitäten im „Brandshof“ an den Elbbrücken etwa waren ein Baustein der Gründung des Gängeviertels und des Recht-auf-Stadt-Netzwerkes. Der Konflikt um die Rote Flora knüpft in dieser Hinsicht direkt an jene Auseinandersetzungen an, die vor rund vier Jahren Auslöser für die Formierung der Recht-auf-Stadt-Netzwerke waren, und ebenso an den Widerstand gegen die Einverleibung in das „kreative“ Cluster.

VII

„4.700 Randalierer, 3.168 Polizisten. Die Schlacht um die Schanze.“ So titelte die *Hamburger Morgenpost* am 22. Dezember 2013. Schon die Überschrift weist angesichts dessen, dass die drei AutorInnen des Textes wohl kaum jeden einzelnen Polizisten gezählt haben werden, darauf hin, dass die Informationen dem Polizeibericht ent-

nommen sein müssen. Entsprechend geht es weiter, und damit war auch der Ton angeschlagen, den die Hamburger Medien in den Tagen nach der Demonstration beibehielten – der Kampf um die Rote Flora war plötzlich in einen Diskurs über den „schwarzen Block“, „die sinnlose, irre Gewalt“, sowie über „Krawallmacher und Randalierer, die unsere Stadt kaputtmachen“ eingewoben.²⁰ Ein Teil dieser Rezeption geschah auf der Grundlage von aus dem Netz, also etwa aus „Indymedia“, gezogenen Äußerungen: Die Rote Flora hatte es geschafft, die symbolische Bedeutung des Projekts zu nutzen, um recht massiv auf Bundesebene für die Demo zu mobilisieren. Innerhalb dieser Mobilisierung artikuliert sich – mit völlig unklarer Autorenschaft und sicherlich medial stark überrepräsentiert – auch so etwas wie ein ritualisierter Militantismus. Dabei wurde die Medialisierung des Konflikts auch „von links“ betrieben, indem die Kontroversen über die „Gewalt von links“ auch von Aktivisten aus dem Recht-auf-Stadt-Netzwerk in gängigen Meinungsmedien ausgetragen wurden.²¹ Die Rote Flora selbst reagierte zunächst mit einer gewissen Sprachlosigkeit, später mit der Betonung der notwendigen Abwehr eines angreifenden, autoritären Staates, die inhaltlich an die Position der früheren „Minderheitenorientierung“ anknüpft.²²

Charakteristisch ist in diesem Prozess die Wechselwirkung des massenmedialen wie polizeilichen Identifizierens einerseits und einer subkulturellen Identifikation andererseits, die im Gegensatz zu jenem oben zitierten, anderen Wunsch aus der Flora steht, sich nicht identifizieren zu lassen.

²⁰ Wer mehr von diesem dummen Zeug lesen will (oder sich für eine systematische sprachliche Analyse interessiert, die hier nicht geleistet werden kann) vgl. [<http://www.mopo.de/polizei/4700-randalierer—3168-polizisten-die-schlacht-um-die-schanze,7730198,25708136.html>].

²¹ Vgl. etwa Christoph Twickel, Ausschreitungen in Hamburg. Ein dämliches Gewaltspektakel, [www.spiegel.de/panorama/debattenbeitrag-zu-ausschreitungen-in-hamburg-a-941360.html]. Dieser Beitrag hat einen in der Hamburger radikalen Linken vielbeachteten Streit ausgelöst, der meines Erachtens allerdings kaum neue Erkenntnisse über DIE „Gewaltfrage“ hervorgebracht hat.

²² Vgl. Blechschmidt, Niemand (wie Anm. 12).

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht gegenwärtig vor allem das, was man am Körper trägt. Dem regionalen und bundesweiten Boulevard ist es in den ersten Wochen des Jahres 2014 gelungen, die Forderung und Praxis der Selbstverwaltung und Autonomie in der öffentlichen Wahrnehmung im Bild eines einheitlichen „schwarzen Blocks“ unsichtbar zu machen. In den sogenannten Gefahrengeländen beschlagnahmte die Polizei später jedoch vor allem Klobürsten, die findige AktivistInnen neben allerlei anderen Scherzartikeln am Körper trugen. Schließlich wurde von höchster Stelle vor Reisen ins Gefahrengelände gewarnt, der Massentourismus schien sich gegen diese neue Attraktion zu sperren. Diese Aufhebung war letztlich Resultat einer massiven, sozial wie politisch relativ breiten Protestwelle. Nach der Einrichtung der „Gefahrengelände“ kam es dort fast täglich zu Kundgebungen, die häufig durch massive Polizeieinsätze behindert wurden, aber deshalb kaum abnahmen. Am 13. Januar 2014 wurden die Gefahrengelände (die zum Schluss zu „Gefahreninseln“ geschrumpft waren) aufgrund des Drucks und des drohenden Imageverlustes der Hansestadt vorläufig aufgehoben.

Ironischerweise hat der kurze Bewegungszyklus zwischen dem 21. Dezember und dem 13. Januar sowohl die Position der Roten Flora gegenüber Kretschmer als auch den lokalen staatlichen Gewaltapparat gestärkt. Die Hamburger Stadtregierung und speziell Innensenator Michael Neumann stellte der Polizei praktisch in jeglicher „Einsatzlage“ einen Freifahrtschein aus und bestätigte später die Legitimität selbst der größten polizeilichen Übergriffe. Gleichzeitig wurden die Versuche seitens des Senats, Kretschmer von einer Aufgabe seines „Objekts“ zu überzeugen, im Anschluss an die Aufhebung der Gefahrengelände deutlich intensiver. Man könnte die Frage stellen, ob zu dieser Situation am ehesten (a) die Innenlogik der städtischen Politik (zwischen Repression und Einbindung, (b) das „militante“ Outfit der Demo oder (c) das breit gestützte subversive „Unterlaufen“ der „Gefahrengelände“ beigetragen hat. Die Antwort ist: Alle drei Aspekte spielten sicherlich eine Rolle,

aber die Frage ist im Grunde zweitrangig. Denn in Protestbewegungen werden oft die unterschiedlichsten Register gezogen und die Frage nach der *best practice* bleibt gegenüber der Tatsache, dass Sozialproteste ein ebenso komplexes wie selbstständiges soziales Phänomen sind, tatsächlich genau so abstrakt wie die Frage danach, was die ambivalente staatliche Politik jeweils auf Lager hat.

Wichtiger ist aus meiner Sicht eine Diskussion darüber, was „Militanz“ eigentlich konkret und auf den sozialen Alltag bezogen bedeuten könnte. In der sehr schwachen und kaum über interne Diskussionen hinausgehenden Debatte hierzu wurde die uniformierte Militanz, die in den Hamburger überregionalen und internationalen Medien der ersten Wochen des Jahres 2014 vorgezeigt wurde, von Seiten der VerteidigerInnen der Demo-Strategie gern als Ausdruck einer „sozialen Wut“ verstanden, die sich nicht nur auf die mögliche Flora-Räumung, sondern etwa auch auf hohe Mieten, schlechte Lebensbedingungen und eine repressive Flüchtlingspolitik beziehe. Ich halte solche Spekulationen über die soziale Authentizität militanter Aktionen für ziemlich fragwürdig. Denn erstens wurde die soziale Zusammensetzung der Protestierenden in diesen und ähnlichen Situationen niemals wirklich untersucht, zweitens entwickeln sich Straßenkämpfe durchaus eigendynamisch in unübersichtlichen, sich schnell verändernden und auch sich verselbständigenden Situationen. Ihre Motivlage nachträglich zu erklären, wendet sich zwar gegen die Spaltung zwischen medial als legitim und medial als illegitim geltenden Formen. Aber dies geschieht, indem in der Maskerade, die mit dem „Block“ inszeniert wird, ein sozialer Körper imaginiert wird. Es ist letztlich eine Falle, auch wenn ihr zugegebenermaßen nur schwer auszuweichen ist. Verschärft wird das Problem aber durch den Rückfall in die Rhetorik der „Minderheitenpolitik“, auch wenn diese auch als Folge einer notwendigen und unverzichtbaren Anti-Repressionskampagne begriffen werden muss, die die berechtigte Forderung nach einer Solidarisierung mit „allen Opfern staatlicher Gewalt“ enthält.

Es entsteht die Neigung, auf Positionen zu verzichten, die im Zusammenhang mit RAS bereits eingenommen worden sind. Subversion wird in der neu-alten Rhetorik an eine doppelte Einheit geklebt: Einheitlichkeit in der die „Flora“ verteidigenden Szene, Einheit der sozialen Kämpfe in der Stadt von „Lampedusa“,²³ von den „Esso-Häusern“ bis zur „Flora“.²⁴ Problematisch wird der Klebstoff dort, wo eine Festschreibung der Opferrolle die eigenen Handlungsmöglichkeiten als minoritär, als „letzte Option“ und somit als außerordentlich reduziert erscheinen lässt. Mehr noch: Die Flexibilität der staatlichen Politik, der Zusammenhang von Repression und Einbindung – den erkannt zu haben vor kurzem noch eine wichtige Voraussetzung der politischen Kritik an der Gentrifizierung war – wird nunmehr einseitig aufgelöst und in der Tendenz verwischt. Oder anders gesagt: Gentrifizierung und Repression für im Prinzip dasselbe zu halten, fällt hinter Positionen zurück, die einen der Kerne der Recht-auf-Stadt-Bewegung(en) ausmachen. Die Frage nach der Bedeutung einer Instrumentalisierung von Arbeit und Kreativität wird gelöscht, ja, im Grunde wird der gesamte biopolitische Fragenkomplex über Bord geworfen.

Dabei scheint die Behauptung einer grundlegenden sozialen Gemeinsamkeit der unterschiedlichen sozialen Kämpfe zwar einfach und logisch zu sein. Der Teufel steckt aber auch hier im Detail. Denn die Solidarität zwischen Menschen mit und ohne Aufenthaltsberechtigung ist keine Frage der Betroffenheit, sondern wesentlich eine Frage der Praxis. Sie ist insofern keineswegs an einen essenziellen Status als „Opfer“ oder „Unterdrückte“ gebunden, sondern vielmehr Ergebnis der Reflexion unterschiedlicher und gerade deshalb ungerechter Lebens- und Arbeitsbedingungen. Natürlich kann und sollte sich ein Arztsohn aus Pinneberg mit Lampedusa-Flüchtlingen solidarisieren. Trotzdem ist es eine ganz banale Feststellung, dass seine Lebenssituation sehr weit von deren Le-

²³ Aktuelles hierzu findet sich im Schwerpunkt der Hamburger Monatszeitung *analyse und kritik*, 1 (2014).

²⁴ Zu den Esso-Häusern siehe [www.initiative-esso-haeuser.de/].

benssituation entfernt ist. Und klar können Leute unterschiedlicher sozialer Herkunft in einem sozialen Zentrum zusammenarbeiten, dennoch ist das Aufwachsen in einem Hochhaus am Osdorfer Born ganz bestimmt unendlich weit entfernt von dem in einer Villa in Nienstedten. Und dann: Warum nur sollten „Lampedusa“ und „Flora“ und „Esso“ „ein Kampf“ sein – und wer hat ein Problem damit, wenn es tatsächlich „mehrere Kämpfe sind“? Warum denn bloß nur einen Kampf führen, wenn man gleich mehrere Kämpfe haben kann?

Die Rhetorik der „Einheit“, die derzeit durch die Blogs und Flugblätter eines Teils der Flora-Solidarität spukt, ist zwar historisch nicht neu, aber das macht die Sache nun wirklich auch nicht besser. Sie imaginiert sich als „Macht“, ist aber ein Ausdruck der Ohnmacht. Denn nicht ganz neu ist in diesem Zusammenhang ja ganz offensichtlich das Problem, dass sich zwischen den Kämpfen auf der Straße, den Feiertagen der Bewegungen und unserem tristen, individualisierten und vermutlich prekarierten arbeitenden und wohnenden Alltag oft kaum eine praktische Verbindung herstellen lässt. Das allerdings wäre von großer Bedeutung – eine Verbindung zwischen der Diskussion und Praxis sozialer Zentren auf der einen und eher sozialpolitisch motivierten Protesten auf der anderen Seite. Die Debatte über Gentrifizierung legt dies eigentlich nahe, denn sie umfasst sowohl die Auseinandersetzung mit der Inwertsetzung öffentlicher Räume und der Schließung autonomer Zonen als auch die Frage nach Konflikten um soziale Bedürfnisse, Einkommen, Mieten, Existenzsicherung. Eine breite Thematisierung sozialer Konflikte dies- aber auch jenseits des Kampfes um Autonomie in „Freiräumen“ hat aber auch in Hamburg tatsächlich gerade erst begonnen (und es ist ein Einsatz unserer Aktivitäten in der Vorstadt, diese Thematisierung zu forcieren).²⁵ Ob und wie es damit weitergehen wird, ist unklar. Zwar wurde die Bedeutung etwa von Migrations- und Armutsverhältnissen im Kampf der Lampedusa-Flüchtlinge 2013 im öffentlichen Raum sehr sichtbar und

²⁵ Siehe Anm. 1.

auch über die linke und radikal-linke Szene hinaus zum stadtpolitisch bestimmenden Thema – als Kampf um das Recht aller Menschen, sich frei von willkürlichen Kontrollen in der Stadt zu bewegen. Aber die Zuspitzung auf einzelne Fokuspunkte bleibt ambivalent. Denn zugleich gehen die Konflikte und Kämpfe nicht nur dort, sondern überall in der Stadt weiter. Offen bleibt, wie stark die drei derzeit aktuellen Beispiele auch migrantische Arbeitskämpfe etwa bei Sub-Subunternehmen auf einer Großwerft, MieterInnenkämpfe in einer Trabantenstadt oder den Kampf um ein Jugendzentrum in der Vorstadt inspirieren werden.

Immerhin gibt es in der mittlerweile langen Geschichte der Roten Flora Einsätze, die über die Fallen und Grenzen der skizzierten ohnmächtigen Reaktionen auf die jüngsten Diskursverschiebungen hinausweisen: Gegenüber der Identifizierung die Nicht-Identität, gegenüber der Opferrolle die Entwürfe der Autonomie, die nicht „einfach nur (sozial) da sind“, sondern politisch bestimmt werden können. Gegenüber einer abstrakten, rhetorischen „Einheit“ die in Hamburg angesichts der Flüchtlingsproteste bereits massenhaft praktizierte konkrete Unterstützung „anderer“ sozialer Kämpfe im Alltag. Und, *last but not least*, gegenüber einer kompensatorischen, plakativen Militanz der Versuch, den eigenen Alltag auch auf der Maloche und auf dem Amt als „politisch“ zu begreifen. Einfacher gesagt als getan, gewiss – aber darum geht es wohl, wenn in der Roten Flora von „Unverträglichkeit“ gesprochen wird. Und vor allem deshalb geht der Kampf um die Flora uns alle etwas an.

Working Group on “Free and Unfree Labour”

The European Labour History Network (ELHN)

The founding meeting of the ELHN took place at the International Institute of Social History (IISH) on 12 October 2013. The forty scholars who gathered in Amsterdam, belonging to research institutions, archives and journals based in various European countries, felt the need to increase cooperation among labour history scholars, share knowledge and (digital) material, create a platform for future collective research and organise conferences and seminars. The Network will primarily include Europe-based scholars (professors, post-doc and Ph.D. researchers, post-graduate students) but will also seek to connect with scholars based outside Europe.

It was agreed to circulate information through Labnet (<http://www.iisg.nl/labnet/>), the Social History Portal (<http://www.socialhistoryportal.org/>) and a virtual environment electronic discussion platform (forthcoming); a meeting of the journals group in Vienna will be held during the ESSHC; a first broad conference will be organised, probably in 2015, in conjunction with another event in the field.

A provisional coordination committee was appointed, whose members are: Marcel van der Linden, Stefano Musso, Silke Neunsinger, Leda Papastefanaki, Tibor Valuch, Xavier Vigna, Donald Weber and Susan Zimmermann.

In order to structure the network and overcome fragmentation, the key role of working groups was underlined. Some working groups were proposed and are now taking shape. Among others: long-term perspectives on remuneration; pre-industrial labour; feminist labour history; factory / worksite history; industrial heritage

and structural change; workers politics and social movements; imperial labour history.

The ELHN Working Group on “Free and Unfree Labour”

The study of various forms of labour relations and their mutual interconnections is a key issue in labour history, truly global in its scope and appropriate for *longue durée* approaches. The conceptualisation of “free” and “unfree” labour, and of the “free / unfree” labour divide, has been the topic of one of the most lively scholarly debates in the last decades. The issue also holds a fundamental importance in contemporary global society.

The working group primarily aims to bring together scholars who study all kinds of labour relations – e.g. chattel slavery, wage labour, debt bondage, convict labour, indentured work, sharecropping, household labour, military impressment – and who are especially interested in addressing and conceptualising their mutual connections at any time, place and scale.

Within this broad framework, the working group has three goals.

The first goal is to map the field, by sharing information about who (individual and collective) is studying related topics and where, what exactly is being studied, and which publications are available and forthcoming. For this reason, a database will be built and systematically updated.

The second aim is to share knowledge and provide a forum for discussion on the forms of free and unfree labour relations, the way they are conceptualised and their mutual connections. Calls for papers, news about forthcoming events and publications will be circulated through the ELHN website, LabNet and the Social History Portal. The organisation of workshops, sessions, conferences, book presentations and other public events will be another fundamental instrument of the working group. For an easy way to share abstracts and publications, the use of the platform academia.edu is

proposed, by tagging relevant texts with “Free and Unfree Labour”.

The third goal is to act as a “hub” to organise and design new research and collective projects. Further discussion is needed on this point.

Because the aim is to include as many interested scholars as possible, organisers will decide the language to be used in each event and meeting involving some participants in the working groups. However, English will be used for general communication and general events.

In order to become acquainted with each other and discuss the future activities of the working group, the proposal is to meet during the next major continental conference, the ESSHC in Vienna. The exact place and time will be communicated some weeks before the conference.

For any comments and suggestions, please contact the provisional coordinator of the working group:

Christian G. De Vito
christian.de.vito@iisg.nl
(0031).6.83089037
skype: christiandevito (Amersfoort, The Netherlands)

Philipp Rauh / Karl-Heinz Leven: Ernst Wilhelm Baader (1892–1962) und die Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus, Peter Lang: Frankfurt am Main 2013. 257 Seiten. € 46,95

Während der 1970er Jahre wurden mehr und mehr die Arbeitsmedizin und die Tätigkeit der arbeitsmedizinisch ausgebildeten Betriebsärzte thematisiert. In italienischen Arbeiterkämpfen bei Fiat, Olivetti und anderen Betrieben, insbesondere aber in der oberitalienischen Chemieindustrie, hatten kämpfende Arbeiter und kritische Intellektuelle die reaktionäre Rolle der dortigen Arbeits- und Betriebsmedizin unterstrichen. Sie konnten zeigen, dass das, was Betriebsärzte taten, meist nur Selektionsmedizin war. Diejenigen Arbeiter, deren Gesundheit verschlissen war, meldeten sie den Betriebsleitungen als dauerhaft arbeitsunfähig, mit der Folge, dass kranke Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Bemühungen um die Herstellung gesundheitsgerechterer Arbeitsbedingungen sahen sie nicht als ihre Aufgabe. Die italienischen Kämpfer forderten daher, dass die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr an Arbeitsmediziner delegiert werden, sondern in die eigenen Hände genommen werden müsse. „*Non delegata*“ war das Schlagwort, „Arbeitermedizin“ das neue Konzept. In Deutschland war die Situation keine grundlegend andere. Auch bei BASF, Thyssen und Opel sortierten Betriebsärzte Arbeiter/innen aus, die ihrer Meinung nach nicht mehr leistungsfähig waren, und setzten sie damit auf die Abschlusliste. Nur besonders verdiente Angehörige der Stammebelegschaften konnten hoffen, einen „Schonarbeitsplatz“ zu bekommen. Krankheit war ein Zeichen der Schwäche, genauer: der Schwächlichkeit, oder – schlimmer – ein Zeichen des Simulanten­tums. Darin war die Arbeitsmedizin immer ganz groß: Simulanten zu „enttarnen“.

Doch die damalige Situation war komplizierter, komplexer, verwickelter. Wer Anfang der 1970er Jahre das Problem der gesundheitszerstörenden Arbeitsbedingungen in der deutschen Industrie aufwarf, hatte viele Gegner. Die Gewerkschaften hatten in vielen

Tarifverträgen schmutzige und gesundheitsschädliche Arbeit mit finanziellen Zulagen verknüpft, sodass Arbeiter/innen unterer Lohngruppen sich ihre Gesundheit oftmals abkaufen ließen. Das war im Übrigen in der DDR nicht anders. Wer von Zulagen lebte, dem waren die „Gesundheitsapostel“ Feinde. Doch als mächtiger und hoch aggressiver Gegner erwies sich das Medizinsystem und insbesondere die Arbeitsmedizin höchstselbst. Wer in ihren eigenen Reihen – oder noch schlimmer: auf ihren Veranstaltungen, in ihren heiligen Hallen – kritische Fragen stellte, riskierte den beruflichen Ausschluss, kam auf diverse schwarze Listen und geriet mitunter auch ins Fadenkreuz des Verfassungsschutzes. In den Auseinandersetzungen wurde relativ schnell klar, dass die führenden Vertreter der Arbeitsmedizin eng mit der Industrie liiert waren und sich auf eine bislang ungebrochene Tradition stützen konnten, deren Hauptwurzeln im Nationalsozialismus zu finden waren. Nur wenige kritische Mediziner wie Karl Heinz Roth, Sepp Graessner, Gine Elsner, Rainer Müller und nur wenige Historiker wie Dietrich Milles begannen in den 1970er Jahren, sich mit der unheilvollen Geschichte der Arbeitsmedizin auseinanderzusetzen. Beim Gesundheitstag 1980 trugen Roth und Graessner erste Ergebnisse vor, 1985 folgende legten Elsner, Müller, Milles und andere Forscher/innen, vorwiegend der Universität Bremen, weiteres Material vor. Die Bremer Hochschullehrer/innen Müller und Elsner, die zugleich auch Fachärzte/-ärztinnen für Arbeitsmedizin waren, und weitere Arbeitsmediziner/innen, denen eine enge Verbindung zu „den Bremern“ nachgesagt wurde, galten bei der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin als „unerwünschte Personen“. Sie wurde gleichsam exkommuniziert. Stattdessen hob man die vermeintlichen Säulenheiligen der arbeitsmedizinischen Tradition wie etwa die Arbeitsphysiologen Atzler und Lehmann und dann immer stärker Baader auf den Sockel.

Von Atzler und Lehmann wusste man längst, dass sie überzeugte Nazis waren. Baader galt als Mitläufer, und nach ihm benannte man dann in den 1980er Jahren auch den Ernst-Wilhelm-Baader-Preis

für besondere Verdienste auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin. Ebenfalls nach ihm benannt wurde die Ernst-Wilhelm-Baader-Gedächtnis-Vorlesung bei der jährlichen oder zweijährlichen Jahrestagung der Fachgesellschaft. Im Jahr 2000 veröffentlichte Gine Elsner, mittlerweile Ordinaria in Frankfurt, einen kritischen Artikel zu Baader, im Jahr 2011 ein ganzes Buch zu ihm. Nun war Baaders Verstrickung in den Nationalsozialismus „eigentlich“ nicht mehr zu leugnen. Doch das Präsidium der arbeitsmedizinischen Fachgesellschaft wollte das immer noch nicht gänzlich wahrhaben, sodass Karl Heinz Leven, Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Universität Erlangen-Nürnberg, beauftragt wurde, erneut „dieser Sache“ nachzugehen. Man hoffte offenbar auf „Entlastung“. Doch es kam anders. Rauh und Leven haben eine sehr wichtige Studie vorgelegt, die noch einmal in ganzer Schärfe die Tradition der Arbeitsmedizin als Leistungs- und Selektionsmedizin herausarbeitet und exemplarisch an der Person Baader festmacht. Baader, ein Emporkömmling, der von der Vertreibung der damals führenden jüdischen Arbeitsmediziner wie etwa Ludwig Teleky profitierte, schloss sich auf verschiedenen Handlungsfeldern der NS-Gesundheitspolitik an. Baader wurde 1934 Professor und Direktor des Universitätsinstituts für Berufskrankheiten in Berlin-Neukölln. Doch das genügte ihm nicht. Er zeigte in seinem Ringen um einflussreiche Position in der NS-Medizin eine schier gnadenlose Rücksichtslosigkeit. Die Studie von Rauh / Leven belegt seinen Anpassungsdrang an die antisemitisch-rassistische Ideologie genauso wie seine bedenkenlose Mitarbeit an Wehrmachts- und Lagermedizin. Baader unterstellte, wie andere NS-Mediziner auch, kranken Arbeitern, wenn nicht gleich eine Ursache gefunden werden konnte, schnell ein „Simulantentum“. So abgestempelte Simulanten galten für ihn als „minderwertige Menschen“. Neu und über den bisherigen Forschungsstand hinausgehend ist der Nachweis der Autoren, dass Baader führend an Menschenversuchen mit russischen Zwangsarbeitern 1943/44 in Berlin beteiligt war. Es gibt zwar noch Forschungslücken, doch Baader zeichnete als Institutsdirek-

tor für Versuche mit verhungerten Russen verantwortlich. Es ging dabei um die „Behandlung“ von Zahnfleischerkrankungen mit Nikotinsäureamid und das Ausloten der maximal verträglichen Dosis. Man muss sich vergegenwärtigen: Die dem Tod geweihten Zwangsarbeiter wurden als Versuchsobjekte genutzt.

Entlassen aus US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, ließ sich Baader in Hamm nieder, wo er 1947 „entnazifiziert“ wurde. Er arbeitete als Internist am örtlichen Knappschafts-Krankenhaus und wurde alsbald auch dessen Direktor, bemühte sich aber gleichzeitig um die Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Karriere. 1951 wurde er zum Honorarprofessor für Pathologie und Klinik der Berufskrankheiten der Medizinischen Fakultät der Universität Münster ernannt. 1962 erhielt Baader, kurz vor seinem herzinfarktbedingten Tod, das Bundesverdienstkreuz. In der Zeit zwischen 1947 und 1962 vernetzte sich Baader mit allen seinen früheren Mitarbeitern und Kollegen, auch mit Teleky und anderen Emigranten, um das weltweite arbeitsmedizinische Wissen in einem Handbuch zu bündeln. Baader schaffte es, ein siebenbändiges und insgesamt fast 6.000 Seiten umfassendes Handbuch zusammenzustellen, das zwischen 1961 und 1963 herauskam. Noch in den 1980er Jahren wurde dies, auch von kritischen Arbeitsmediziner/innen, als beispiellose wissenschaftliche Großtat gefeiert. Unbestritten ist, dass man in „Baaders Handbuch“ auch heute noch viele wichtige Informationen finden kann, so zum Beispiel Kasuiken, das heißt detaillierte Arbeitsplatzbeschreibungen und Erkrankungsgeschichten, die später so nie mehr aufgeschrieben wurden. Wie gesagt: Es haben viele Arbeitsmediziner mitgewirkt, auch kritisch-engagierte. Zugleich aber machen manche Kasuiken stutzig, insbesondere wenn es sich um sehr genaue Schilderungen eines Vergiftungsverlaufs handelt. In der Regel finden sich keine genauen Angaben zu Person und Ort. Es muss vermutet werden, dass unter der Hand Ergebnisse von Menschenversuchen eingeflossen sind, auch von Versuchen, die in KZs durchgeführt wurden. Rauh / Leven machen in ihrer Studie deutlich, dass die Tradition medizinischer Forschung schon vor 1933

den Menschenversuch kannte und solche Versuche auch nach 1945 praktizierte – man denke etwa an die bewusste Exposition von Soldaten gegenüber radioaktiven Strahlen in der Wüste von Nevada. Einmal von den Beiträgen Telekys abgesehen, gibt sich in Baaders Handbuch immer wieder die Leistungsmedizin zu erkennen. Die Gesundheit des Arbeiters oder der Arbeiterin ist nicht deshalb zu schützen, weil er oder sie ein Mensch, sondern weil er oder sie Produktionsfaktor ist. An dieser Schräglage krankt die Arbeitsmedizin bis heute, auch wenn sie nunmehr versucht, sich vom Erbe des Nationalsozialismus zu lösen.

Auch die Autoren der hier besprochenen Studie bleiben in diesem inneren Widerspruch hängen, wenn sie schreiben, dass Baader „sicherlich“ kein Anhänger der Leistungsmedizin nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gewesen sei. Die DAF-Dokumente sind bis 1938 ganz auf der Linie der bis dahin artikulierten medizinischen und arbeitsmedizinischen Mehrheitsmeinung. Erst 1939, nach Kriegsbeginn, wandelt sich das Bild in Richtung Vernichtung durch Arbeit. Doch vorher gab es einen breiten Konsens. Die Vorstellung, dass Menschen im Arbeitsprozess möglichst lange, möglichst bis zum siebzigsten Lebensjahr, ausgepresst werden sollen, um die Dauer zwischen Ende des Arbeitslebens und Tod auf ein Minimum zu reduzieren, einte NS-Politik, Wissenschaft und praktische Medizin. Das konzedieren auch Rauh / Leven in ihrer Darstellung der Arbeits- und Leistungsmedizin im Nationalsozialismus. Wie also kommen sie zu dem Schluss, dass Baader nicht auf dieser Linie lag? Hier kann nur spekuliert werden. Das ist wahrscheinlich der Teil der Studie, der mit heißer Nadel gestrickt wurde, um den Auftraggeber nicht allzu sehr zu verschrecken. Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin (DGAUM), Hans Drexler, ist Professor für Arbeitsmedizin an der gleichen Fakultät wie die Autoren der hier diskutierten Studie. Und immerhin wurde die Studie finanziert von der Ernst-Wilhelm-Baader-Stiftung, deren Vorstandsvorsitzender ebenfalls Herr Drexler ist. Das ist eine – einmal sehr vorsichtig aus-

gedrückt – doch recht schwierige Konstellation. Gerade deshalb ist es erstaunlich, wie viel Material die Studie dennoch zutage befördert hat – Material, das hinreichen müsste, sich von Baader loszusagen, die Stiftung und die in seinem Namen vergebenen Stipendien und Preise umzubenennen, die in seinem Namen gehaltenen Gedächtnisveranstaltungen und die Lobpreisungen seiner Person in den Lehrbüchern ersatzlos zu streichen. Im April 2014 findet in Dresden die Jahrestagung der DGAUM statt. Ob es eine E. W.-Baader-Gedächtnis-Vorlesung geben wird, ist aus dem bisherigen Programm-Entwurf nicht ersichtlich, wohl aber, dass über Baader in einer gesonderten Sitzung diskutiert werden soll. Man wird sehen.

Wolfgang Hien

**Wolfgang Streek, Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Suhrkamp: Berlin 2013.
€ 24,95**

Wolfgang Streek war Mitbegründer des Sozialistischen Bundes, marxistischer 1970er-Jahre-Soziologe, in den 1990er und 2000er Jahren Mitglied zahlreicher Regierungskommissionen unter unterschiedlichen Regierungen, unter anderem Ende der 1990er Jahre einer der bekanntesten Vordenker von Schröders „Agenda 2010“. Jetzt hat er im Alter von fast siebzig Jahren (wieder) ein Buch geschrieben, das auf der antikapitalistischen Klaviatur spielt, und zwar nicht gerade leise. In *Gekaufte Zeit* geht es um nichts weniger als um eine grundlegende Kritik der neoliberalen politischen Ökonomie. Dass in diesem Zusammenhang von einer „Konterrevolution“ die Rede ist, deutet allerdings zugleich an, dass die nationalstaatliche Politik beziehungsweise kapitalistische Planung der 1950er bis 1970er Jahre in diesem Buch idealisiert werden. Dies wird bereits in einer expliziten Anrufung der staatlich induzierten keynesianischen Politik deutlich, die der „Eckstein des Gesellschaftsvertrags des Nachkriegskapitalismus“ gewesen sei, ein Motiv, das weniger explizit in jenen Passagen des Textes weiterentwickelt wird, in denen es um die Frage nach „Ratschlägen“ geht, durch die gesellschaftliche Alternativen konstituiert werden könnten. Das Problem der Kontinuität wird auch dort ausgeklammert, wo die Tendenz zur Ausweitung der privaten Verschuldung mit Colin Crouch als „Privatkeynesianismus“ bezeichnet wird (S. 68).

Das Buch entstand auf Grundlage dreier sogenannter „Adorno-Vorlesungen“ an der Universität von Frankfurt am Main. Es ist ein etwas lose zusammengefügter, sehr gut lesbarer, manchmal recht blumig verfasster Text entstanden. Der Autor selbst sagt, er zeige

„ein breites Bild, auf großer Leinwand gemalt“ (S. 18). Das mag, was die Reichweite der Entwürfe betrifft, richtig sein; die empirischen Grundlagen, die die Thesen belegen sollen, reduzieren sich allerdings wesentlich auf Entwicklungen im nordatlantischen Raum plus Japan. Für diesen relativ kleinen Teil der Weltgesellschaft zeichnet Streek die gegenwärtigen Krisenerscheinungen der Ökonomie aus einer historisierenden Perspektive nach. Als Soziologe kritisiert er die eher statischen Perspektiven seiner Fachdisziplin und plädiert für eine „Längsschnittanalyse“, die insbesondere den Wandel der politischen Ökonomie des globalen Nordens seit den späten 1960er Jahren in die eigenen Überlegungen einbezieht. Dabei kritisiert er einleitend die Modellbildung soziologischer Debatten (etwa der um die „*varieties of capitalism*“), die als „Querschnittsanalysen“ die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen nicht zu erfassen vermögen.

Im ersten Teil der Analyse wird wie anderswo von einer multiplen Krise ausgegangen und zugleich das Primat der Ökonomie betont: Die Krise sei eine der Banken, der Staatshaushalte und der Realökonomie beziehungsweise des Wachstums (S. 29). Der Kern der Erzählung ist, dass in dieser multiplen Krise hinsichtlich der Verschränkung von Ökonomie und politischer Legitimität eine „Verschiebung“ ausgelöst werde. Oder anders und in Streeks Worten gesagt: Der Staat habe seit den 1970er Jahren verschiedene „Notbehelfe“ geschaffen, um die Krise(n) der Ökonomie nicht in eine Krise der politischen Legitimation umschlagen zu lassen. Mit Geld sei Zeit gekauft worden (und werde es weiterhin), um soziale Konflikte zu vermeiden oder mindestens hinauszuzögern und zu entschärfen (S. 15). Im Anschluss an diese These wird eine etwas grobe historische Periodisierung angeboten, in der die 1970er Jahre als Epoche der Eindämmung sozialer Konflikte vermittels Inflation erscheinen, die 1980er Jahre als Dekade, in der vermittels Staatsverschuldung „Zeit gekauft“ wurde und die 1990er Jahre schließlich als Jahrzehnt einer zunehmend staatlich organisierten und vermittelten Privatverschuldung (S. 62 ff.).

Die These von der „gekauften Zeit“ ist nicht neu – die soziale Funktion und Relationalität von Staats- und Privatschulden und die damit untrennbar verbundene Logik der Austerität werden schon seit vielen Jahrzehnten in der kritischen Forschung diskutiert –, doch es ist bemerkenswert, wenn eine solche These von unerwarteter Seite geteilt wird. Man kann diesen Umstand als Hinweis darauf nehmen, dass antikapitalistisches Rasonieren auch einige Jahre nach 2008 *en vogue* ist, selbst bei Leuten, die noch vor wenigen Jahren und an nicht unwesentlicher Stelle an der Agenda des „tiefen Neoliberalismus“ der New-Labour-Epoche mitgearbeitet haben. Man sollte aber auch bemerken, dass die Komplexität des Gegenstandes globale Krise schon im ersten Teil des Textes sehr reduziert wird. Insbesondere erscheint der (bundesdeutsche, britische, schwedische) Staat als entscheidender, wenngleich „schwacher“ Akteur, der dauerhaft aber im Grunde vergebens gegen „das Monster“ des Neoliberalismus (so Streek auf S. 97 ff.) zu kämpfen habe.

Ihre Zuspitzung erfährt die These von der gekauften Zeit in Bezug auf die Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008, die als logische Konsequenz der verschiedenen krisenverdünnenden Mechanismen des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts erscheint. Ausgangspunkt der Krise sei die Sicherung der Massenloyalität durch freizügige Kreditvergabe an private Haushalte gewesen. Als Banken-, Fiskal- und Realökonomie-Krise hätte der Wirtschaftseinbruch von 2008 in sich alle „Verschiebungen“ der drei letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts enthalten (S. 29). Die aktuelle Krise, so wird durchaus nachvollziehbar argumentiert, sei im Grunde die Kulmination einer die sozialen Verhältnisse polarisierenden Tendenz, was namentlich durch der Erosion der Masseneinkommen seit den 1980er Jahren illustriert werde (S. 59). Am Ende des ersten Abschnitts wird es dramatisch: In Zukunft müsse, so Streek, „der Kapitalismus ohne die Friedensformel eines auf Pump finanzierten Konsumerismus auskommen“ (S. 78).

Insofern werde in der aktuellen Krise – wie vor allem im zweiten Teil des Textes ausgeführt – das „Ende des demokratischen Kapita-

lismus“ eingeläutet, indem dem „Staatsvolk“ gegenüber dem „Marktvolk“ immer mehr Macht genommen werde: Die ökonomischen Entscheidungen, insbesondere die zur Einführung von Austeritätsprogrammen, würden sowohl auf lokaler (Schuldenbremse, Defizite, schwindende Handlungsmacht lokaler Haushaltsführung) als auch auf transnationaler Ebene (Euro-Krise) jenseits der parlamentarisch verfassten Demokratie und durch nicht demokratisch legitimierte transnationale Institutionen gefällt. Der „Steuerstaat“ werde zum „Schuldenstaat“, die öffentlichen Leistungen würden mehr und mehr eingeschränkt, schließlich verschiebe ein „Investitionsstreik“ des Kapitals (S. 50 ff.) die Machtverhältnisse entscheidend gegenüber dem „Gesellschaftsvertrag“ der 1950er bis 1970er Jahre. Gearbeitet wird hier wiederum mit einem Motiv, das auch eine wachsende Distanz politisch-ökonomischer Entscheidungsprozesse von „dem Mann auf der Straße“ (S. 77) konstatiert: Es regiere eine „vom Alltagsleben völlig abgehobene Finanzdiplomatie“ (ebd.). Im Effekt dieser Argumentationskette verlieren allerdings beide Seiten des Antagonismus ihr Gesicht, denn „der Mann auf der Straße“ und „die Finanzdiplomatie“ sind keine Figuren, die Namen und Adressen haben können. Noch haben sie eine Geschichte, denn die Vorstellung einer „Nahdemokratie“ und einer Welt ohne Bürokratie und Entfremdung wird man wohl nur mit sehr viel Phantasie mit dem immer kurz vor der atomaren Katastrophe stehenden wilden Westen der 1950er und 1960er Jahre in Verbindung bringen können.

Im dritten Teil des Textes werden die Institutionen der EU, und zwar vor allem die Kommission, die mit einem ohnmächtigen Parlament schalte und walte, als Träger jener bürokratischen Maschinerie identifiziert, die den „Schulden-“ beziehungsweise „Konsolidierungsstaat“ präge und die Austeritätspolitik verstetige. Die EU sei ein auf mehreren Ebenen agierendes supranationales, nicht-demokratisches Regime (S. 158 u. a.), die in letzter Instanz den europäischen Einigungsprozess selbst unmöglich mache. Bei der seit Jahren betriebenen Politik gegenüber Griechenland und Spanien

habe es sich um eine „technokratische Rationalisierung“ und ein „Disziplinierungsinstrument“ gehandelt. Streek behauptet einen Gegensatz zwischen der früheren „Friedensmacht“ und dem heutigen „expandierenden marktwirtschaftlichen Imperium“ (S. 202).

Mittlerweile ist Streeks Ansatz vielfach kritisiert worden, insbesondere hinsichtlich seiner unmittelbaren politischen Konsequenzen. Denn unverhohlen spricht der Autor von einem Ausstieg aus der Währungsunion und der Perspektive einer (wenngleich als „vorläufiger Notbehelf“ gedachten) Re-Nationalisierung der politischen Entscheidungsprozesse und der Wirtschaftspolitik. Mit Bezug auf letztere denkt Streek vor allem an eine an das Bretton-Woods-System anknüpfende zielgerichtete Anpassung von Wechselkursen. Einwände gegenüber dieser Setzung werden unter anderem mit der Notwendigkeit der Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im europäischen Maßstab begründet (Habermas); andere Autoren kritisieren an Streek eine Fixierung auf Keynesianismus und Nationalstaat (Michael Brie) beziehungsweise eine mangelnde Differenzierung unterschiedlicher Ansätze innerhalb der (links-)keynesianischen Politik sowie eine holzschnittartige Historisierung derselben (Arne Heise).

In der Tat: Demokratisierung ist aus Streeks Sicht die Restituierung des „Staatsvolks“ und wird in erster Instanz als Rückkehr zum historischen Kompromiss des fordistischen Wohlfahrtsstaats gedacht. Dabei gehe es zunächst um eine Suspendierung neoliberaler Politiken; nur auf der Grundlage eines solchen Rollbacks könne eine nachkapitalistische Gesellschaft überhaupt entstehen. Auch soziale Bewegungen werden in diesem Sinne verhandelt, und dies trotz des etwas pathetischen Gestus, der sagt, der Ansatz von „Occupy“ bestehe darin, gegenüber dem Durchgreifen des „Marktvolks“ sozusagen die Notbremse zu ziehen. Während der Staat das Feld des Politischen vollkommen besetzt hält und die „politische Ökonomie“ die Institutionen „des Kapitals“ mehr oder weniger unmittelbar übersetzt, bleibt für diese und andere Protestbewegungen nur die Rolle der letzten verzweifelten und im Grunde unpolitischen

Gegenwehr, der weder eine gestaltende Rolle noch überhaupt eine konkrete Form zugestanden wird: Es geht um „Wutausbrüche expressiver Natur“ (S. 220) oder „gelegentliche Straßenschlachten“ (S. 222). Während der Autor damit kokettiert, diesen Bewegungen nicht jegliche Legitimität abzusprechen, lassen Sprechposition und Wortwahl an dieser Stelle daran zweifeln, ob hier nicht doch weiterhin vom Regierungssitz aus gedacht wird.

Alles in allem spricht Streek von der Notwendigkeit, die politische Ökonomie zu reanimieren, aber ebendiese kommt, verstanden als kritische Analyse asymmetrischer Machtverhältnisse, im Grunde nicht vor. Die politischen Subjekte, die ihre Geschichte auch unter Krisenverhältnissen selbst machen (müssen), werden bei Streek virtuell kollektiviert und verstaatlicht („Staatsvolk“), ihre Bewegungen vielfältigster Art erscheinen als völlig marginalisiert. *Gekaufte Zeit* formuliert eine vehemente und oft nachvollziehbare Kritik der hegemonialen Wirtschaftspolitik, sehnt aber im Grunde lediglich wieder jene vermeintlich vernünftige Herrschaft herbei, zu deren historischer Pleite der Autor in den 1990er Jahren und danach eigenhändig beigetragen hat.

Peter Birke

John Randolph and Eugene M. Avrutin (eds), *Russia in Motion: Cultures of Human Mobility since 1850*, Urbana: University of Illinois Press, 2012. 287 pages. \$ 49.50

Beginning in early August 2013, and continuing through the fall, police and security forces stormed dormitories, apartments, and tent camps known to house immigrant workers in Moscow, Saint Petersburg, and other cities of the Russian Federation. Market and street sweeps targeted men and women who originate from Central Asia and the North Caucasus, many of them labor migrants trying to make a living far away from their places of birth. Media campaigns fueled the hate campaigns that local politicians employed in part to garner support for upcoming elections and for protecting “national security,” especially in preparation for the G20 summit in Saint Petersburg in September. This recent crackdown on immigrant laborers, who provide major parts of the Russian population with cheap vegetables, fruits and other goods, or build residential and business complexes or hotels for visitors of the Olympic Games in Sochi, is but one of numerous attacks on immigrant life in post-Soviet Russia. A peculiarity of the intensified criminalization of laborers and other non-Russians (notably from the contested republics in the Caucasus) is that most of them are citizens of states that, before 1991, were part of the Soviet Union. Those who would once have been internal migrants and compatriots are now considered immigrants; their current citizenship precludes mobility to and within Russia, and access to legal protection. This is not to say that migration and mobility within the Soviet Union were unrestricted. Nonetheless, the historical ties, which are at the root of much of the labor migration to Moscow, Saint Petersburg, Irkutsk and elsewhere, are often, and conveniently, obliterated.

The volume under review makes an important, if unintended, contribution to assessing current social and political dynamics within the former Soviet Union. *Russia in Motion*, with its attention to the interplay between migration and mobility and a history of shifting borders and political agendas from imperial to post-Soviet times, makes a strong argument for studying the “new pressures and possibilities for human movement across Russian space” that emerged since the early 19th century (p. 4). Population growth resulting from demographic changes and territorial expansion, industrial forms of transportation such as the steamboat and the railroad, and industrialization and continued expansion facilitated movement between borderlands and metropolises, villages and cities, and European and Siberian and steppe regions.

Noting the confluence of these shifts, the volume is a welcome addition to a recently increasing body of scholarship on mobility and space. It stands out by attempting to bring this scholarship into proximity with themes and questions of migration studies, which look to synthesize the study of personal aspirations, modes of governance, and technological progress in order to explain social, cultural, and political trends. Perhaps more importantly, the book is one of still too few that attempt to problematize population movement in Russia / the USSR not solely from a macro perspective, as an effect of state violence and economic planning, but to consider the complex, often contradictory motivations and modes of moving from one place to another. Contributors include scholars trained and based in North America, Western Europe and the former Soviet Union, many of them in the early stages of their careers. This diversity is valuable, as it offers up-to-date research as well as perspectives shaped by various trajectories and interests.

The book is divided into three thematic sections, each including four chapters on tsarist, Soviet, and post-Soviet eras. “Governing mobility” attends to institutional attempts to manage migration, primarily in the service of state expansion and surveillance. Chapters of “Social horizons” explore how perceptions of distance and

the ability to overcome it intersect with technological, social, and cultural considerations, while papers under “Model mobility” note how concepts of space impacted historical trends in Russia and the Soviet Union. Each section opens with a short essay that suggests common themes across the following chapters.

The chapters assembled under “Social horizons” are at the center of the volume, literally and figuratively. Eileen Kane’s work on Odessa as a central hub for the hajj in late 19th / early 20th century, Anatolyi Remnev’s ruminations on contradicting interpretations of Russians colonists, Jeff Sahedeo’s study of the lives of citizens from the former Central Asian Soviet republic in Moscow and Leningrad, and Elena Tyuryukanova’s exploration of “staying put,” rather than getting on the road, as a survival strategy for current residents of Yaroslavl work like a lens on both understudied aspects of Russian / Soviet history and the rich field of migration and mobility studies.

Kane makes a forceful intervention into the study of Russian history more generally, emphasizing that the neglect of Islam as an important cultural force, and of the history of Muslims in particular, produces a significant gap in historiography, especially of social structures. Her study of both commercial and state agendas to streamline the organization of the Muslim pilgrimage destabilizes not only the image of Odessa as a Jewish city; it also suggests that not too long ago the diversity of peoples and religions within the Russian empire was considered a given rather than a threat. A similar shift of perception shines through in Sahedeo’s survey of non-Russian migrants’ memories of moving to Moscow and Saint Petersburg during Soviet times. While never fully and equally included in the networks of privilege, or able to maintain non-Russian national cultures, students and professionals from Armenia, Uzbekistan, or Chechnya who came to the European centers of the USSR experienced “a sense of tolerance that did not transfer into post-Soviet life” (p. 164). The forces and factors that facilitated these turns away from acknowledging Islamic culture and attemp-

ting to bring about a “friendship of the peoples” remain to be determined; otherwise raids such as those mentioned above will be unproductively presented as inevitable reactions against flows of immigration.

In the first section, Faith Hillis’ deep investigation of how the tsarist government first encouraged Jews to move to Kiev to help depolonize the city and later failed to stop Ukrainian populists from employing anti-Jewish propaganda adds a useful layer for understanding the history of anti-Semitism in the region. Chia Yin Hsu utilizes recent work on colonization and global cities to shed light on Russian colonization attempts in the Far East and to show how racial and ethnic hierarchies within and beyond Russian borders were constantly redefined.

The final section, “Model mobility,” ends with a thought-provoking chapter by Sarah Phillips on people with disabilities’ struggle for social justice in Ukraine. Her notes on the continuing impediments for people in wheelchairs to get from one place to another – because metro stations are inaccessible for anyone who cannot use an escalator, long-distance trains are too narrow for wheelchairs, and motorized public transport often precludes persons unable to walk on their own – confront the reader with important questions about mobility and its role in allowing for full citizenship, defined as the ability to participate in, and use, public spaces. The fairly young field of disability studies has championed the notion that “disabilities” result from social, structural, and environmental barriers, and not from individual impairments. Without drawing false analogies, Phillips’ analysis of the contrast between the growing emphasis on the need for flexibility and mobility as a precondition to participate fully in neoliberal, post-socialist societies and economies on one hand, and continuously reinforced borders for physical mobility on the other, points to a conundrum experienced by immigrants within and to the former Soviet Union, but also many other countries.

With *Russia in Motion*, Randolph and Avrutin avoid many of the traps of edited volumes, producing a cohesively edited volume that will be a great resource for scholars but also lends itself to classroom use. The two editors made the provocative choice to forego both summaries or a synthesis of all chapters, suggesting it is not “the place of this volume to do” so (p. 11). In other words, they allowed the volume to sketch the contours of what extensive studies of migration and mobility in the Russian and Soviet states might bring. The outstanding overview of existing literature, in multiple languages, in the *Introduction*, and the twelve book chapters suggests that there is much to do, but also plenty to build on.

Anika Walke

**Christoph Jünke, Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert, Laika Verlag: Hamburg 2014. 319 Seiten.
€ 21,00**

Susanne Martin, Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller, Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster 2013. 262 Seiten. € 29,90

Nach dem Ende der Geschichte ist das politische Engagement in der Krise. Wenn es nur noch ein technizistisches Verständnis von Fortschritt gibt, sind Gedanken an Emanzipation, Befreiung und radikale Umwälzung der Verhältnisse ins Abseits gedrängt. Eine linke Deutungshoheit über gesellschaftliche Konflikte – wenn es eine solche im Ansatz jemals gegeben haben sollte – ist verloren gegangen. Damit steht auch die Figur des Intellektuellen – sowohl in seiner bildungsbürgerlichen als auch in seiner Arbeiterbewegungsvariante – zur Disposition. Auf dieser Grundlage ist eine Suchbewegung in Sachen Vorbilder politischen Engagements und Intellektualität zu beobachten. Dies gilt sowohl für den akademischen Rahmen als auch für die politische Publizistik. Mit *Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert* von Christoph Jünke und *Denken im Widerspruch. Theorie und Praxis nonkonformistischer Intellektueller* von Susanne Martin liegen zwei Publikationen aus völlig unterschiedlichen Bereichen vor, die aber beide um die skizzierte Frage nach dem Standpunkt der Kritik – und das sowohl sozial als auch politisch – kreisen. Leider präsentieren beide ausschließlich eine

Männerriege von Intellektuellen – Jünke macht dies stillschweigend, während Martin zumindest dem Einwand Raum gibt.

Martin nimmt zur exemplarischen Grundlage ihrer Auseinandersetzung mit der Rolle der Intellektuellen die Lebensläufe und das Wirken von Theodor W. Adorno, Jean Améry und Günther Anders, die sie im Feld zwischen freischwebender Intelligenz und organischem Intellektuellen verortet. Alle diese drei zeichne inhaltlich vor allem die Beschäftigung mit der Dialektik der Aufklärung, das heißt mit dem Umschlag von Fortschritt in Herrschaft aus. Biografisch prägend sei dabei das Scheitern der Revolution von 1918/19 gewesen, dann das Aufkommen des Faschismus und vor allen Dingen dessen breite Unterstützung oder zumindest Duldung durch eine Mehrheit. Schließlich wurde auch die Erfahrung von Exil und / oder Lagerhaft prägend. Aus zwei paradigmatischen Grunderfahrungen – der Katastrophe von Auschwitz und dem Scheitern orthodox-marxistischer Befreiungskonzepte – speise sich somit das Konzept des nonkonformistischen Intellektuellen. Gesellschaftskritik und Befreiung „neu zu reflektieren“ (S. 116) sei dabei das Ziel gewesen. Das Proletariat werde ersetzt durch „das Individuum in einem emphatischen Verständnis“ (S. 117).

Eine der zentralen Aufgaben, die sich die nonkonformistischen Intellektuellen gestellt haben, war die Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Dabei betonten sie die Machtlosigkeit der Intellektuellen und das Scheitern von Aufklärung und Emanzipation angesichts der Vernichtungspolitik des NS, die von einem Großteil der Bevölkerung wenn nicht direkt unterstützt, so doch zumindest in Kauf genommen und zum persönlichen Vorteil genutzt wurde. Das Paradigma der NS-Aufarbeitung verweist in diesem Kontext aber ebenso auf das Eingeständnis des Scheiterns der Arbeiterbewegung. Zudem habe die Erfahrung des Exils eine gewisse intellektuelle Ort- und Heimatlosigkeit produziert und zu einem „Wissen um die spezifische ‚Marginalität‘“ (S. 118) nonkonformistischer intellektueller Positionen in der Nachkriegsgesellschaft geführt.

Dialektik der Aufklärung bedeute Denken im Widerspruch: Nicht die Ausweglosigkeit oder das vermeintliche Ende der Aufklärung stehe dabei im Mittelpunkt, sondern die Diskrepanz zwischen dem Ist-Zustand und den Möglichkeiten, aus der der „kritische Einspruch“ entstehe. „Maßstab der Kritik“ bleibe das „uneingelöste Versprechen“ der Aufklärung (S. 122): „Mit dem Ausdruck ‚Denken im Widerspruch‘ sollen die Theorien der nonkonformistischen Intellektuellen zusammenfassend charakterisiert werden. Sie repräsentieren sowohl eine radikal negativistische (Aufklärungs-)Kritik als auch das uneingelöste Versprechen auf eine befreite Gesellschaft – widersprüchlich“ (S. 123).

Bleibt das Problem der Praxis des Nonkonformismus, das sich als Changieren zwischen dem Typus des Bewegungsintellektuellen und dem des klassisch-humanistischen Intellektuellen darstellt. Beide Haltungen werden in Frage gestellt, als nicht mehr adäquat angesehen. Es gehe darum, sich nicht „einseitig vereinnahmen“ zu lassen und „ideologischem Missbrauch“ zu entgehen (S. 124). So entsteht die Idee von der Theorie als Form von Praxis, die aber nicht durch die Forderung nach einer „Praxistauglichkeit“ eingengt werden dürfe. Theoretische Texte werden in diesem Sinne zum diskursiven Ereignis, zur Intervention in eine Debatte um Erkenntnis und Wahrheit. All das verweist auf die Zeitgebundenheit des Typus des nonkonformistischen Intellektuellen. An heutigen Universitäten wäre ein solches Verständnis von Theorie nicht mehr vorstellbar, soziale Reproduktionsmöglichkeiten von Theoriearbeit jenseits der Akademie existieren schlichtweg nicht mehr.

Teil des Paradigmas der Dialektik der Aufklärung enthält auch den Gedanken, dass Fortschritt immer mit einer sich entsprechend weiterentwickelnden Herrschaft korrespondiert und nicht, wie in einem frühen marxistischen Verständnis angenommen, mehr oder weniger zwangsläufig zu Emanzipation und Befreiung führt. Hier wäre der Vorwurf des Stillstandes, den Martin allerdings nicht formuliert, angebracht: In ihrer Abgrenzung beziehen sich die nonkonformistischen Intellektuellen auf einen orthodoxen Marxismus,

der allerdings selbst in dieser Zeit eine theoretische Weiterentwicklung erfahren hat, die allzu oft ignoriert wurde. Diese Weiterentwicklung musste sich allerdings gegen die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung – Sozialdemokratie und Kommunismus – durchsetzen.

Einen differenzierteren Blick auf dieses Feld des politischen Intellektualismus wirft Christoph Jünke in einer Sammlung seiner politischen Aufsätze der letzten 15 Jahre. Er differenziert dabei zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie einerseits – sie kommen ihrem selbstgewählten Anspruch, den Weg zum Sozialismus zu ebnen, nicht nach – und der verdrängten und vergessenen Geschichte des Linksozialismus, der Abweicher, Oppositionellen und Kritiker der „offiziellen“ Linien der großen linken Strömungen des 20. Jahrhunderts andererseits. Für Jünke ist der Epochenbruch 1989 nur über den „vorangegangenen linken Niedergang“ (S. 13) verständlich. Prägend seien dabei „die enttäuschten Hoffnungen der Post-68er Bewegungen in der sogenannten ersten Welt, die gescheiterte Entstalinisierung in der zweiten und das Verebben des Befreiungsnationalismus in der dritten Welt“ gewesen (ebd.). Jünke lenkt den Blick fort von den Parteiorientierten in Ost und West und betont die Rolle der heimatlosen Linksozialisten, die die Erfahrung der gescheiterten Revolution und des Faschismus anders verarbeiteten als Adorno, Améry und Anders und deshalb in den Suchprozess nach intellektuellen *role models* mit einbezogen werden sollten. Für diese kritischen Intellektuellen stand die Dialektik von Teilnahme und Widerstand im Mittelpunkt: Wo ist es angebracht, sich in Verfolgung des Ziels der Emanzipation und des Umsturzes der Verhältnisse anzupassen und am politischen Prozess teilzunehmen und an welchen Punkten muss der grundlegende Widerstand in den Vordergrund gestellt werden? Dies ist in der Tat keine Frage, die abstrakt entschieden werden kann. Sie ist stets durch den politischen Gegenstand und die herrschenden Kräfteverhältnisse vermittelt.

Bei seinen Streifzügen durch das rote 20. Jahrhundert begibt sich Jünke auf eine Spurensuche, die als Grundlage einer Sozialgeschichte politischen Engagements verstanden werden kann. Da wäre etwa der Typus des Berufsrevolutionärs, zum Beispiel der weitgehend vergessene Victor Serge, der für eine Stalinismuskritik ohne Renegatentum steht. Unter heutigen Bedingungen ist sein Engagement kaum noch vorstellbar: Berufsrevolutionär und Schriftsteller in sieben Ländern, zehn Jahre Gefangenschaft, Verfasser unzähliger Artikel und von über vierzig Büchern und Broschüren. Serge war Mitarbeiter im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, „die ehemalige linke Sozialdemokraten, Anarchisten und revolutionäre Syndikalisten zu einer neuen linken Synthese vereinte“ (S. 64). Die Erfahrung des Stalinismus führte bei Serge zur Formulierung des Programms des „sozialistischen Humanismus“: „Es müsse jedem Sozialisten fortan darum gehen, den Menschen als solchen, seine individuellen Rechte, seine Sicherheit und seinen Wert zu achten und zu verteidigen“ (S. 71).

Der sozialistische Humanismus ist für Jünke eine Art Leitgedanke, dem er auch in der Nachkriegslinken und der Neuen Linken rund um 1968 nachzuspüren sucht. In einem langen Beitrag über Edward P. Thompson widmet er sich ausführlich der Kritik Thompsons an Althussers Text „Marxismus und Humanismus“, in dem dieser wiederum den sozialistischen Humanismus einer radikalen Kritik unterzogen hat. Interessant an dieser für die europäische Linke der 1970er Jahre zentralen Debatte ist, wie verschiedene Theorie- und Praxiskonzepte aufeinander prallen und sich leider auch grundlegend missverstehen: Während die Fürsprecher des sozialistischen Humanismus auf eine politisch motivierte Kritik der Sowjetunion abheben und bürgerliche Rechte als Schutz vor menschenverachtenden, technizistischen Vorstellungen von Fortschritt etablieren wollen, betonen die Kritiker den theoriepolitischen Epochenbruch. Als Wegbereiter des Poststrukturalismus hebt Althusser auf den ideologischen Charakter des Begriffs Humanismus ab, ohne dessen Analyse eine Linke diesen Begriff nicht einfach über-

nehmen könne. Wobei im deutschsprachigen Raum sicherlich die Intervention des Frankfurter Philosophen Alfred Schmidt weit mehr als die Kontroverse mit Thompson dafür gesorgt hat, eine breite Althusser-Rezeption zu verhindern beziehungsweise das Missverständnis vom „Antihumanisten Althusser“ fortzuschreiben.

Exemplarisch steht die Nachbereitung einer solchen Debatte für ein historisches Aufarbeiten des Scheiterns der Linken im „roten 20. Jahrhundert“. Hier liegt die Stärke von Jünkes Ansatz: Vom Linkssozialismus der 1920er Jahre über die heimatlose Nachkriegslinken und die Neue Linke bis hin zum Epochenbruch 1989 und der ideologisch unübersichtlichen Situation um die Jahrtausendwende deckt er einen mehr als großen Zeitraum ab. Zudem zeigt sich Jünkes Verortung in linken Zusammenhängen dadurch, dass er aktuelle Debatten aufgreift und politische Entwicklungen diskutiert. Susanne Martin hingegen kontrastiert den nonkonformistischen Intellektuellen der 1950er und 1960er Jahre mit den Medienintellektuellen von heute, mit ihrer Rolle in der Kulturindustrie und ihrem Begriff von Kritik – somit enden an diesem Punkt auch die Gemeinsamkeiten der beiden Publikationen.

Gottfried Oy

Steven Hirsch / Lucien van der Walt, *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940: The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution*, Amsterdam: Brill Press, 2010. 431 pages. € 115,-

Glauben wir den Medien, ist der Anarchismus im Aufschwung begriffen. Die zahlreichen Übersetzungen der Publikationen von David Graeber in den vergangenen Jahren, die es weit in die Bestsellerslisten schaffen, sind ein Indiz dafür. Die Neuauflage von Emma Goldmanns Biographie *Gelebtes Leben* (Hamburg 2010) und die Gesamtpublikation der Tagebücher Erich Mühsams (Berlin, seit 2011) sprechen zudem dafür, dass sich auch historische Werke einer erhöhten Nachfrage erfreuen.

In der deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft macht sich ein vergleichbarer Trend bisher nicht bemerkbar, wohl aber auf internationaler Ebene. „*Anarchist Studies*“ erfreuen sich in den USA und Großbritannien steigender Beliebtheit, WissenschaftlerInnen wie Judith Butler referieren mittlerweile im Rahmen wissenschaftlicher Anarchismus-Tagungen. In dieser Forschungslandschaft ist auch der Sammelband *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940* zu verorten. Lucien van der Walt und Steve Hirsch legen in diesem Band eine Reihe von Beiträgen über in Westeuropa und den USA noch weitgehend unerforschte anarchistische Bewegungen in den Trikont-Staaten und Irland vor. In der Gesamtheit bestätigt das Buch Eric Hobsbawms Analyse, dass im globalen Vergleich der Anarchismus vor dem Ersten Weltkrieg weit erfolgreicher war als der orthodoxe Marxismus.

Das hebt auch Benedict Anderson in seiner Einleitung zum Band (S. xiii–xxviii) hervor und geht dabei sogar noch einen Schritt weiter: Er vergleicht das Verhältnis von Marxismus und Anarchis-

mus mit dem aristotelischen Gleichnis von Hase und Schildkröte und kommt zu dem Schluss, dass die Schildkröte, der Anarchismus, sich noch immer voranbewege, im Gegensatz zum Marxismus. Die historische Grundlage hierfür sieht Anderson in drei zentralen Elementen der anarchistischen Bewegung: im utopischen Elan, in der Affinität zu bäuerlichen und agrarischen Milieus sowie in einem aktiv praktizierten Internationalismus (S. xv).

Im Gesamtkontext der Beiträge ist insbesondere der letzte Aspekt betonenswert, denn Anderson geht hier darauf ein, dass der Internationalismus der AnarchistInnen in Migration und Vielsprachlichkeit wurzelte: Während Marx Europa nie verlassen habe, war Errico Malatesta auch in Südamerika und Ägypten tätig. In ähnlicher Weise betonen Edilene Toledo und Lugi Biondi in ihrem Beitrag zum Syndikalismus in São Paulo: „[W]ithout immigration, the diffusion of anarchist and syndicalist ideas [...] would not have taken place in the same way“ (S. 369).

Zusätzlich profitierte der anarchistische Internationalismus auch von einer regen Übersetzungstätigkeit der AktivistInnen. Bekanntheitsmäßig gründen AnarchistInnen eine Zeitung, sobald sie zu dritt sind. In der Vergangenheit kursierten die tatsächlich produzierten Publikationen anarchistischer Gruppen oftmals über die Grenzen eines einzelnen Staates hinweg und wurden so zu wichtigen internationalen Austauschorganen, wie etwa in den Beiträgen Dongyoun Hwangs zu Korea (S. 95–126) und Arif Dirliks zu China (S. 131–146) deutlich wird. Auch Kirk Shaffers Beitrag, der auf ein karibisch-mexikanisch-US-amerikanisches Netzwerk von anarchistischen Organisationen fokussiert (S. 273–319), beschreibt, wie dieses Netzwerk durch Migrationsbewegungen wie selbstverständlich ausgeweitet wird und zugleich einen engen Zusammenhalt ermöglicht. Die Beispiele Koreas, Chinas und Japans weisen umgekehrt darauf hin, dass und wie staatliche Konflikte den Internationalismus der Bewegung behindern können.

Die meisten dargestellten Beispiele spezifischer, lokaler und regionaler Bewegungen sind in der deutschen Forschungs- und Be-

wegungslandschaft bisher weitgehend unbekannt, mit Ausnahme der ukrainischen Machnovščina sowie der Brüder Magon und der PLM, wobei das in jüngerer Zeit an letzteren angestiegene Interesse vorrangig ein Ergebnis der Aufmerksamkeit für den zapatistischen Aufstand in Chiapas, Mexiko sein dürfte. Den Herausgebern kommt damit der Verdienst zu, den Fokus von Europa und Nordamerika auf die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in den Staaten Asiens, Afrikas sowie Süd- und Lateinamerikas zu verschieben. In ihrem einleitenden Beitrag konstatieren die beiden Herausgeber zum Beispiel, dass der Anarchismus global auftrat, und zwar „simultaneously and transnationally“ (S. liv). Wenn man ihnen im Hinblick auf den Mangel an Aufmerksamkeit für die anarchistischen Bewegungen im Trikont auch recht geben muss, so ist dennoch zu fragen, ob diese Bewegungen nicht doch auf der Adoption einer europäischen Bewegungslehre beruhten. Die Theoretiker, auf die rekurriert wird, sind auch dort in erster Linie Mikhail Bakunin und Pjotr Kropotkin, und auch die analysierten Beispiele von Migration weisen deutlich darauf hin, dass die Idee des Anarchismus durchaus auf den Import europäischer Ideen- und Erklärungsmuster zurückzuführen ist; siehe hierzu unter anderem Malatestas Tätigkeit in Ägypten, die Anthony Gormans darstellt (S. 3–30) oder die von Kirk Shaffer diskutierte Rolle spanischer Migranten in der Karibik, in Mexiko und im Süden der USA. Trotz erwiesenermaßen vorhandener libertärer Tendenzen in bestimmten Kulturen, wie sie zum Beispiel von Christian Sigrist oder David Graeber analysiert worden sind, stieß vielfach ein europäisches Verständnis von Arbeiterbewegung auf andere Gesellschaftskonzepte, die in der europäisch-anarchistischen Tradition durchaus auch fehlinterpretiert wurden, indem etwa indigene gesellschaftliche Konzepte in den Kanon des Anarchismus integriert wurden, ohne deren anderen Bedeutungszusammenhang zu reflektieren. Dennoch ist die Übersetzungsleistung zu betonen, die Benedict Anderson in seinem Vorwort diskutiert (S. xvi): Auch wenn immer die Gefahr bestand, eurozentristische Interpretationen zu übernehmen, war

dieses Potential im Anarchismus offenbar geringer als in anderen Bewegungen. Zudem wurde zwar vielleicht die originäre Ideologie importiert, nicht aber die anarchistische Praxis, wie Toledo und Biondi am Beispiel Brasiliens verdeutlichen: „It is incorrect to conclude that the making of workers’ organisations – political, unionist, and mutualist – was simply a result of immigration. Brazil had a long history of struggle experiences, and labour and popular associations“ (S. 370).

In diesem Sinne ist auf zwei im Band immer wieder aufscheinende Elemente des Anarchismus und Syndikalismus hinzuweisen, die in traditioneller marxistischer Theorie gewöhnlich fehlen: zum einen die Berücksichtigung der agrarisch tätigen Bevölkerung, der Bauern und Bäuerinnen, die dem Marxismus lediglich eine „verschwindende Mittelklasse“ waren, zum anderen die Berücksichtigung und Beteiligung indigener Bevölkerungen, insbesondere in Latein- und Südamerika, wie sie etwa Steven J. Hirsch im Hinblick auf Peru analysiert (S. 262). Während Karl Marx und Friedrich Engels von „Völkerabfall“ sprachen und die deutsche Sozialdemokratie zumindest teilweise den Kolonialismus befürwortete, waren solche Positionen im globalen Anarchismus höchstens die Ausnahme. Dass im später hegemonial werdenden Marxismus Mao Zedong der Bauernschaft eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden ließ, ist in diesem Zusammenhang auf seine Beteiligung an der anarchistischen Bewegung Chinas in jungen Jahren zurückzuführen (vgl. den Beitrag von Arif Dirlik, S. 139).

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Frage, wie AnarchistInnen mit Nationalismus umgingen, das heißt mit oder gegen nationalistische Bewegungen kämpften. Prinzipiell, so lässt sich den Beiträgen zusammenfassend entnehmen, gab es für AnarchistInnen drei Möglichkeiten, auf nationalistische oder nationale Befreiungsbewegungen zu reagieren: Erstens konnte man sie aufgrund ihrer nationalistischen Agenda bekämpfen; zweitens konnte man sie zugunsten eigener Schwerpunkte ignorieren; und drittens konnte man aufgrund eines gemeinsamen Gegners,

imperialistischer oder kolonialistischer Fremdherrscher, temporäre Bündnisse mit ihnen eingehen – oft in der Hoffnung, durch Intervention den Nationalismus dieser Bewegungen abzuschwächen. Auch wenn festgehalten werden muss, dass der historische Anarchismus den Nationalismus im Großen und Ganzen abgelehnt hat, wurden alle drei Optionen praktiziert. In China (vgl. den Beitrag Arif Dirliks) und Korea (vgl. den Beitrag Dongyoun Hwangs) etwa unterstützten Anarchistinnen und Anarchisten durchaus offensiv die nationalen bis nationalistischen Bewegungen. In Mittelamerika, aber auch in Irland (vgl. den Beitrag Emmet O’Connors, S. 193–222) beteiligten Anarchistinnen und Anarchisten sich an nationalen Befreiungskämpfen, ohne die nationalistische Ideologie zu übernehmen. Die Probleme dieser Bündnisstrategie werden wohl am Beispiel Mexikos am deutlichsten: Dort schwenkte in der späten Revolutionszeit die syndikalistische Casa Obrera mit Roten Bataillonen auf die Regierungsseite und bekämpfte die aufständischen zapatistischen Bauern (S. 311 ff.). Dies war einerseits ein Bruch mit anarchosyndikalistischen Prinzipien, andererseits der Beginn eines sehr spezifischen mexikanischen Gewerkschaftssystems, das eine weltweit einmalige, krude Mischung aus Syndikalismus und Korporatismus darstellt.

Am deutlichsten wird die Spannung bezüglich der Nationalismus-Frage im Beitrag von Kirk Shaffner: „[T]hose anarchists who followed Bakunin’s reasoning could not escape this tension. The idea of freeing nationalities as part of a global anarchist revolution to allow all peoples to live autonomously meant that when outsiders arrived to help with that revolutionary experiment, they faced the challenge of being seen as just that; outsiders who knew neither the people nor culture, or who perhaps were viewed as taking jobs from the very people they came to organize“ (S. 318).

Die Frage nach dem Umgang mit nationalen Befreiungsbewegungen ist auch heute noch relevant für die anarchistische Bewegung; erinnert sei hier an mögliche Positionierungen gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung, insbesondere angesichts der nur ge-

ring aufgearbeiteten „libertären Wende“ Apo Öcalans, an die andauernden Konflikte um Palästina und Israel, zu denen sich in deutschsprachigen Ländern einerseits und der restlichen anarchistischen Bewegung andererseits sehr unterschiedlich positioniert wird, und an die während der vergangenen zwanzig Jahren ausgetragenen Debatten um den Charakter der EZLN in Chiapas, Mexiko.

In einem kürzlich auf Deutsch erschienenen Beitrag (*Direkte Aktion*, Nr. 209 / 2012, S. 12) hat Lucien van der Walt darauf hingewiesen, dass die Einschätzung, die Zeit des Anarchismus sei mit der Niederschlagung der Spanischen Revolution 1937 vorbei gewesen, eine eurozentristische Betrachtungsweise darstelle. Das ist durchaus in Frage zu stellen, nicht zuletzt auf der Basis des hier vorgestellten Bandes, dessen zeitlicher Rahmen bis zum Zweiten Weltkrieg reicht. Als integraler Bestandteil einer Arbeiterbewegung scheint der Anarchismus tatsächlich ad acta gelegt worden zu sein, letztlich wirkt er heute doch eher als Lifestyle-Bewegung unter Jugendlichen und Intellektuellen oder als „kleinbürgerliche“ Form des Aktivismus – aber dem orthodoxen Marxismus geht es hier nicht anders. Und wo es Ausnahmen von dieser Einschätzung gibt (und diese mehren sich), trifft Andersons Analyse nach wie vor zu: Selbst heutige anarchistische Organisationen wie die CNT (Spanien), die USI (Italien) oder die FAU (Deutschland), die zwar zahlenmäßig klein, angesichts der generellen Bedeutung von Anarchismus aber vergleichsweise bedeutungsvoll erscheinen, verdanken ihre Existenz dem praktischen Internationalismus. Benedict Anderson weist hier konkret darauf hin, dass die Migrationsströme unter AnarchistInnen inzwischen in umgekehrter Richtung verlaufen. Die FAU zum Beispiel entstand in den 1970er Jahren vor allem aufgrund des Engagements spanischer Diktaturflüchtlinge und sogenannter „GastarbeiterInnen“, bei denen die Erinnerung an den spanischen Anarchosyndikalismus noch lebendig war.

Ebenso wie in *Schwarze Flamme* (Hamburg 2013) von Michael Schmidt und Lucien van der Walt nehmen die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Bandes neben der geografischen auch

eine zeitliche Neubestimmung vor: Die Blütezeit des Anarchismus wie auch des Syndikalismus beginnt hiernach in den 1860er Jahren und endet keineswegs mit dem Spanischen Bürgerkrieg. Es ist allerdings durchaus fragwürdig, hieraus den Schluss zu ziehen, die Antiglobalisierungsproteste der 1990er Jahre stünden in einer direkten Kontinuität mit diesen Ansätzen (S. 404): Zwar reflektieren einzelne Formen dieser Proteste – Basisdemokratie, direkte Aktion – anarchistische Einflüsse, die soziale Basis wie auch der kulturelle Hintergrund der Protestierenden unterscheiden sich jedoch sehr stark. In der Tat ist es am ehesten der süd-mexikanische Neozapatismus, der anarchistische Impulse aufnimmt, wenngleich die dortigen AktivistInnen in ihrer undogmatischen Haltung gerade solche Kategorisierungen ablehnen. Auch der „praktische Internationalismus“, der, wie die einzelnen Beiträge deutlich herausstellen, aus der Arbeitsmigration entstanden ist, hat deutlich an Elan verloren: Im Rahmen von Solidaritätsbesuchen und Menschenrechtsbeobachtung wird er zwar noch praktiziert, aber nicht mit gleicher Dynamik. Vor allem ist dieser Internationalismus ein asymmetrischer, denn es gibt nur wenige Besuche aus dem Süden und Osten im Norden und Westen, und aus der durchaus relevanten Arbeitsmigration entstehen kaum dynamische Zusammenhänge. Auch die neuen Kommunikationstechnologien heben diesen Mangel an internationalistischer Praxis kaum auf.

Jenseits ideologischer Neuauflagen ist der hier vorgestellten Anarchismus- und Syndikalismusforschung zu wünschen, dass sie auch innerhalb des deutschsprachigen Wissenschaftsbetriebes wiederhallt. Dabei gilt es eine allgemeine Faustregel zu beachten: Anarchismus und Syndikalismus sind keine „Ausnahmeerscheinungen“ innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern organischer Bestandteil derselben. Das bedeutet vor allem, dass sich Anarchismus und Syndikalismus nicht kontextlos untersuchen lassen: Gerade in jüngeren deutschsprachigen Untersuchungen wird der Anarchosyndikalismus oftmals dargestellt, als bestünde er unabhängig von marxistischen, sozialdemokratischen oder auch christlichen Arbei-

terbewegungen, als gebe es keine Wechselbeziehungen, keine personellen oder inhaltlichen Überschneidungen und keine gegenseitige Inspiration. Geoffrey De Laforcades' Analyse des argentinischen Syndikalismus (S. 321–361), der eng mit der katholischen Arbeiterbewegung verknüpft war, macht deutlich, dass Analysen vermeintlich ‚reiner‘ Ideologien von Alltag und Praxis sozialer Arbeiterbewegungen weit entfernt sind. Die Politikwissenschaft beginnt sich bereits für das Thema zu interessieren. So wird zum Beispiel demnächst in der Reihe *Staatsverständnisse* des Nomos Verlags, herausgegeben vom Politikwissenschaftler Rüdiger Voigt, ein Band über anarchistische Staatsverständnisse erscheinen. Ob die „Renaissance des Anarchismus“ (*Neues Deutschland*, 8. September 2012) medialer Hype oder frommer Wunsch bleibt, sei dahingestellt, die Erforschung des Anarchismus als historisches Thema aber macht unbestreitbar bedeutsame Fortschritte.

Torsten Bewernitz

Abstracts

Anne Lisa Carstensen, Flexibilisierung und Prekari- sierung von Arbeit in globalen Produktionsketten – Informelle Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie in Puebla und São Paulo

The article analyses outsourcing and precarisation tendencies within the garment industries of Mexico and Brazil. In the Mexican case, production is organised in a decentralised manner, by means of outwork, whereas in the case of São Paulo, migrant workers are informally employed in backyard workshops. In both cases, the decentralisation of production leads to new labour relations and to the emergence and integration of new working classes. This development is analysed in terms of the concept of global production networks, as this approach has proven useful for understanding the precarisation of labour. To date, labour relations have often been neglected within research on global production chains and networks; against this trend, the case studies presented in the article are used to argue that labour is subject to a twofold integration: into global structures of production on the one hand and local subsistence contexts on the other. Against this background, the article addresses the prospects faced by local labour movements and the resources available to those movements.

Anna Curcio, Arbeitskämpfe in der italienischen Logistikbranche: Gedanken zur Klassenneuzusammensetzung und zur Neubestimmung des Streiks

The article analyses labour struggles in the Italian logistics sector, specifically in the distribution centres of Piacenza and Bologna, Emilia Romagna, an enormous hub of Italian and European commodity circulation. While the acceleration of commodity circulation constitutes a central mechanism of surplus value generation under just-in-time capitalism, the struggles in Emilia Romagna have successfully put into question the most intense forms of exploitation (particularly workplace increases and wage cuts, implemented by means of the Italian system of 'labour cooperatives' – organisations that have been fully stripped of their original mutualistic goals and now serve purely as instruments of labour deregulation). The article is based on the practice of militant or co-research, which constitutes both a process for producing collective knowledge and a means of collective organising. The article concludes by reflecting on the political challenges raised by these struggles and the possibilities for class recomposition and a generalisation of struggles inherent in them.

Helmut Dietrich, Unliebsamer Aufstand? Zur Diskussion über Azawad und Arabellion

By means of what standards and conceptual frameworks is the insurrection that occurred in northern Mali during 2010 / 2011 to be investigated and classified? In response to the controversy articulated in this journal, the author argues the case for reconstructing the initial social revolt, in spite of the militarist and ethnicising tendencies that have superimposed themselves on it. A new border regime

and the use of hunger as a weapon are two elements of contemporary counterinsurgency in the Sahel region.

Max Henninger, Rhetorik der Desillusionierung. Kritische Anmerkungen zu Jörg Baberowskis Gewaltbegriff

In a number of recent historical studies, Jörg Baberowski and scholars associated with him have coined the concept of ‘spaces of violence’ (*Gewalträume*) and applied it, *inter alia*, to the Soviet Union under Stalin and the Ukraine during the first third of the 20th century. The article raises critical questions concerning the notion of violence that underlies this concept, arguing that Baberowski operates on the basis of unverified anthropological claims and a circular argument about the perennial character of violence. Baberowski’s approach is also inherently contradictory, as it posits violence both as norm and as exception. Finally, Baberowski’s effort to discredit interest in the structural causes of violence risks a deterioration of historiographical analysis into the mere recording of singular and ultimately incomprehensible events.

Peter Birke, Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren

This article outlines the history of the occupied social centre Rote Flora in Hamburg. It points to the history of gentrification and the instrumentalisation of the ‘creative class’ as the background for the changing role of the centre within the local neighbourhood and within Hamburg’s urban social movements. When the current legal owner of the location, Klausmartin Kretschmer, demanded an evic-

tion in early 2014, mass demonstrations and riots took place. Police repression and the establishment of ‘danger zones’ in large parts of Hamburg’s western inner city triggered another wave of demonstrations and further actions. The text reviews these actions and discusses their underlying strategies in light of the entrepreneurial policies pursued by the city’s various administrations during the past two decades. These policies attempt to recuperate non-valorised, autonomous spaces by integrating them into urban marketing concepts.

Autorinnen und Autoren / Contributors

Peter Birke, Dr. phil., SOFI, Göttingen.

Anna Curcio, activist and precarious researcher, Commonware
(www.commonware.org).

Lisa Carstensen, doctoral student, University of Kassel.

Helmut Dietrich, formerly Institute for Advanced Study in the Humanities (Essen, Germany) and lecturer at the Universities of Oran (Algeria) and La Manouba (Tunisia).

Max Henninger, MA, Ph.D., independent scholar and freelance translator, Berlin.